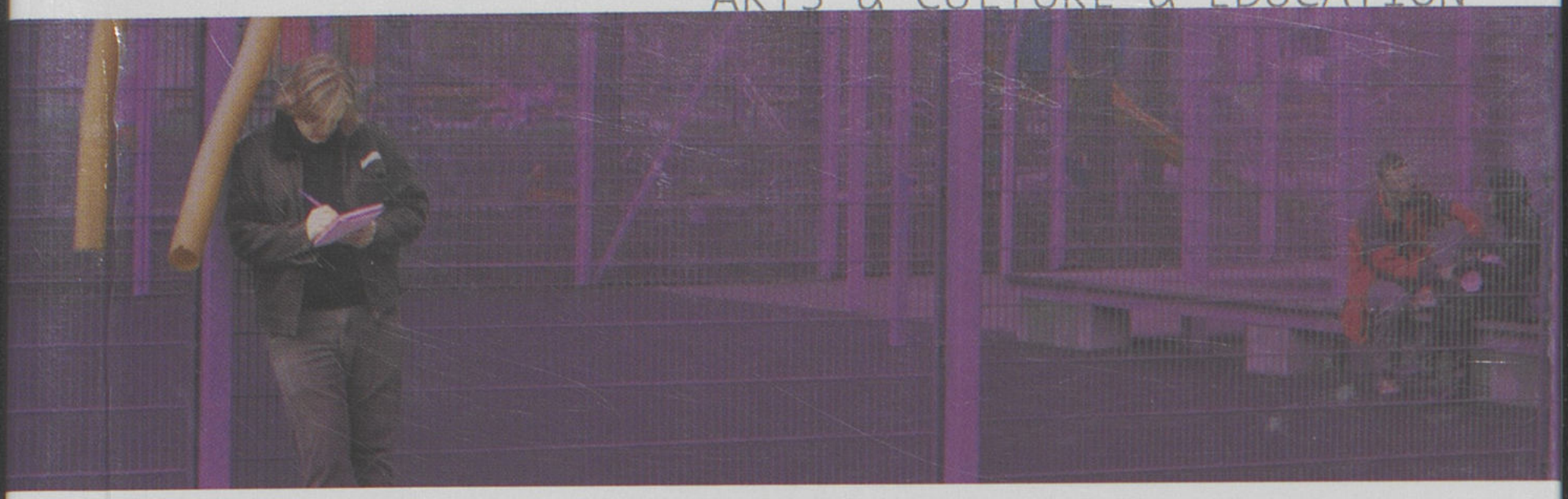
ARTS & CULTURE & EDUCATION



imagine economy

Neoliberale Metaphern im wirtschaftspolitischen Diskurs

Hg.:
BEIGEWUM

LÖCKER

ARTS & CULTURE & EDUCATION

Band 7

herausgegeben von Agnieszka Czejkowska

imagine economy

Neoliberale Metaphern im wirtschaftspolitischen Diskurs

BEIGEWUM – Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

Löcker

© Erhard Löcker GesmbH, Wien 2012
Visuelles Konzept und Gestaltung: Martina Gaigg
Coverfoto: Ruth Kaaserer aus der Serie student(s) work(s) in Zusammenarbeit mit den Kunstpädagogikstudierenden der Akademie der bildenden Künste: Christian Doby, Benjamin Eisinger, Astrid Engl, Lisa Fanus, Bruno Goldmann, Vanessa Kroell, Jaime Nagl, Michael Reiter, Susi Wang, Katarzyna Winiecka, Matthias Zech; Bildbearbeitung & Covergestaltung: Martina Gaigg
Lektorat: Thomas Unger
Herstellung: General Druckerei GmbH, Szeged
ISBN 978-3-85409-614-6

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der
Stadt Wien, MA 7, Wissenschafts- und Forschungsförderung
und der Universität Graz.

Inhalt

- Vorwort – Ruth Wodak
  Die Macht der Sprache und die Sprache der Macht 9
- Einleitung – Beat Weber 11
- Bildungs-Freifahrt –
  elffriede.interdisziplinäre.aufzeichnensysteme 25
- Chancenmixer – Eva Vasari 26
- Entprekarisierungs-Spirale –
  elffriede.interdisziplinäre.aufzeichnensysteme 28
- Exportweltmeister – Hans Asenbaum 31
- Freier Markt – Walter Ötsch 39
- Fühlungsqualitäten – Linda Bilda 47
- Gelderschöpfung – Linda Bilda 48
- Glückskompass – LAAS 51
- Harte und weiche Währung – Elisabeth Springler ... 53
- Investitionswählscheibe – Linda Bilda 59
- Das Kapital ist scheu wie ein Reh –
  Katharina Muhr 61
- Leistungsgedankenlosigkeit – LAAS 67
- Leistungsträger – Armin Puller 69

- Luxus-Fließband – Eva Vasari 76
- Mitsprachefeuerwerk – Eva Vasari 78
- Reformstau am Arbeitsmarkt –
  Philipp Poyntner & Daniel Siegrist 81
- Reichtumsdrossel – LAAS 89
- Rettungsschirm – Anita Roitner 91
- Schlanker Staat – Oliver Prausmüller 99
- Schuldenbremse – Klemens Himpele 107
- Sicherheitspolsterlandschaft – Eva Vasari 114
- Soziale Hängematte – Katharina Meichenitsch 117
- Staaten als Schweine und Ziegelsteine –
  Bernhard Leubolt 123
- Steuerlawine – Klemens Himpele 129
- Ungleichheits-Blocker –
  elffriede.interdisziplinäre.aufzeichnensysteme ... 135
- Vermögensentrümpelung – Linda Bilda 136
- Vollkasko-Mentalität –
  Alban Knecht & Michaela Neumayr 139
- Work-Life-Balance –
  Susanne Mayer & Louise Horvath 147
- Biografien, Abbildungsnachweise 154

Ruth Wodak

Die Macht der Sprache und die Sprache der Macht

Vorwort

Das vorliegende Buch »Imagine Economy« schneidet genau zur richtigen Zeit, nämlich am Höhepunkt der seit 2008 herrschenden globalen Finanzkrise, die sowohl Regierungen wie auch einfache BürgerInnen in Atem hält, ein wichtiges Thema an: die Macht hegemonialer, oft auch euphemistischer Bilder, die über Sprache vermittelt wird – über Metaphern, die geschickt medial lanciert werden. Zwei extreme Meinungen werden sowohl medial wie auch über zentrale Entscheidungsinstanzen verbreitet: Einerseits gäbe es scheinbar nichts zu befürchten, wenn die »notwendigen« Reformen nur »durchgezogen« würden – nämlich rasante Sparprogramme möglichst schnell und ohne Rücksicht auf Verluste. Andererseits hören wir zunehmend, dass es keine Auswege gebe, dass »die Politik« ohnmächtig sei und dass Europa und die Welt – ähnlich wie in den 1930er Jahren – vor dem Bankrott stünden; Panik sei daher durchaus angebracht.

Beide Diskursstränge werden natürlich auch oft verknüpft – in einfachen Argumentationsmustern, die vor allem dazu dienen, Angst zu erzeugen. Eine solche Argumentation verläuft daher wie folgt: Wenn wir nicht alle umgehend »die Gürtel enger schnallen«, dann »stehen wir vor dem Abgrund«, wie dies schon einmal geschehen ist und zur »Katastrophe« (gemeint ist der Zweite Weltkrieg) geführt hat. Auffallend – und damit sind wir beim Thema des Buches angelangt – sind die vielen Metaphern, impliziten Inferenzen und verkürzten Argumentationsschritte wie auch die falschen und viel zu schnell verallgemeinernden Vergleiche, die zu klaren Fehlschlüssen führen (zu sogenannten *fallacies*).

Es handelt sich um einen *Topos der Bedrohung*, der in Kombination mit einem *Topos der Geschichte als Lehrmeisterin* erfolgreich eingesetzt wird. Ein »Wenn – dann« in einer finalen, oft sogar kausalen Schlussfolgerung, deren Logik sich wohl niemand entziehen kann. Solche verkürzte Argumentationsschemata (inhaltlich orientierte *Topoi* dienen als Verbindungsglied zwischen Prämisse und Schlussfolgerung, als Schlussmuster *[Warrant]*, ohne dass die notwendigen Beweise *[Datum]* angeführt werden) sprechen den allgemein vorausgesetzten Common Sense direkt an. Panikmache über Medien und Eliten funktioniert solcherart meist recht gut; in einigen europäischen Ländern wird dementsprechend schon heftig »saniert«, der »Rettungsschirm« wirkt.

In anderen europäischen Ländern und auch darüber hinaus, wie an der Wall Street, hingegen werden starke Proteste laut – keineswegs gegen Reformen insgesamt, denn alle BürgerInnen sind sich einig, dass es schnelle und signifikante Veränderungen geben muss. Die Art der Reformpolitik wird hinterfragt: Sollen, so lauten die Slogans, die »99 Prozent für die Schulden aufkommen, die ein Prozent verursacht hat«? Es scheint also der Fall zu sein, dass andere »Führungsqualitäten« gefragt sind und neue »Wege der Mitsprache«.

In der Sprache des vorliegenden Buches also: Es geht darum, neue Debatten und Diskurse zu initiieren, neue Agenden und Frames zu besetzen und neue Bilder in Umlauf zu bringen. Dabei sollte man aber nicht außer Acht lassen, dass Sprache und Sprachverwendung immer an einen spezifischen sozialen Kontext gebunden sind; derzeit bekanntlich an einen Kontext, in dem es traditionelle und etablierte Machtzusammenhänge gibt.

Es bleibt zu hoffen, dass sowohl Medien wie auch PolitikerInnen den neuen Bewegungen zuhören und die vorgeschlagenen Alternativen in ihren Reformprogrammen mitbedenken. Damit würde alternativen und neuen Bildern die ihnen gebührende Bedeutung zukommen. Dieses Buch setzt dankenswerterweise einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung!

Beat Weber

Einleitung

»Börsencrash«, »Sparpaket«, »Schuldenfalle«: In politischen Reden, in Zeitungskommentaren und öffentlichen Diskussionen sind die einprägsamsten Begriffe, die im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Themen fallen, oft bildhafte Ausdrücke – Metaphern. Diese Sprachfigur bedeutet wörtlich »Übertragung«. Durch Metaphorisierung werden also einem Sachverhalt bestimmte Eigenschaften eines anderen Sachverhalts zugeschrieben.

Sie als rhetorisches Beiwerk abzutun würde bedeuten, ihre Macht zu unterschätzen. Wie linguistische Theorien gezeigt haben, sind Metaphern nicht nur ein Phänomen journalistischer Übersetzung, Überzeichnung und Banalisierung, sondern ein fundamentaler Bestandteil unserer Denkweisen. Selbst aus der Wissenschaft sind Metaphern nicht wegzudenken.

Metaphern veranschaulichen also nicht nur unsere Gedanken, sondern strukturieren unsere Wahrnehmung, unser Verstehen und unsere Handlungen (Lakoff / Johnson 1980). Metaphern vereinen Vernunft und Fantasie und transportieren deshalb Ordnungssysteme, ohne dass dies den Subjekten bewusst sein muss und ohne dass argumentiert werden muss.

So ist unsere Sprache durchsetzt von sogenannten Orientierungsmetaphern, die Begriffen eine räumliche Orientierung geben. Zum Beispiel wird Wirtschaftswachstum üblicherweise mit »oben« assoziiert, was in »Wirtschafts*auf*schwung« und in Grafiken, in denen Konjunkturverlaufskurven nach oben zeigen, zum Ausdruck kommt, während ein Nachlassen der wirtschaftlichen Aktivität mit gegenteiligen räumlichen Zuordnungen assoziiert und entsprechend ausgedrückt wird (»Konjunkturtal«, »Konjunkturdelle«, »Abschwung«, nach unten zeigende Kurvengrafiken etc.).

Dass Metaphern unsere Wahrnehmung strukturieren, bedeutet, dass sie keine unschuldigen Bilder sind. Metaphern betonen bestimmte

Aspekte eines Sachverhalts und blenden andere aus. Sie verleihen Dingen eine neue Bedeutung und können die Wirklichkeit verändern, wenn Menschen im Sinne der von der Metapher verliehenen Bedeutung handeln. Denn in Metaphern schwingen immer Wertungen mit, sie rechtfertigen bestimmte Schlüsse und legen bestimmte Zielsetzungen nahe. Weil sie Handlungen beeinflussen, haben verbreitete Metaphern die Macht, eine Realität (mit) zu schaffen, nicht nur eine existierende Realität in Begriffe zu fassen (Lakoff / Johnson 1980). So ist es zum Beispiel ein Unterschied, ob in Debatten über Bildungspolitik und ihre Finanzierung von »Bildungs(budget)mitteln«, »Bildungsausgaben« oder »Bildungsinvestitionen« die Rede ist. Der Begriff »Mittel« weist Geld den Status eines Instruments zur Erreichung des Endzwecks Bildung zu, das Wort »Ausgaben« betont Belastungen, während der Begriff »Investitionen« Bildung in ein ökonomisches Ertragskalkül einordnet.

Metaphern und Wirtschaftswissenschaft

Metaphern spielen nicht nur im öffentlichen Diskurs über Wirtschaft, sondern auch in der Wirtschaftswissenschaft eine fundamentale Rolle: Die Modelle, die in volkswirtschaftlichen Untersuchungen, Beweisführungen und Konjunkturprognosen gebräuchlich sind, sind nichts anderes als Metaphern (McCloskey 1995). Die Logik, Berechenbarkeit, Sauberkeit und Geschlossenheit mathematischer Gleichungssysteme wird damit auf die wissenschaftliche Vorstellung vom Wirtschaftssystem übertragen. Die dominierende neoklassische Wirtschaftswissenschaft ruht fundamental auf den physikalischen Metaphern des 19. Jahrhunderts – diese Metaphern strukturieren den wissenschaftlichen Blick auf die Welt der Wirtschaft (allerdings ohne sie konsistent anzuwenden, so Mirowski 1989). Es handelt sich dabei um sogenannte konstitutive Metaphern. Diese Art von Metaphern wird selten explizit gemacht, aber

orientiert grundlegend das Denken einer Wissenschaft. Diese Metaphern sind so grundlegend, dass sich der laufende Wissenschaftsbetrieb, der darauf aufbaut, sich dessen gar nicht bewusst ist (Klamer / Leonard 1994). In der Geschichte des ökonomischen Denkens hat es eine Abfolge grundlegender Metaphern gegeben: Bei den Physiokraten im 18. Jahrhundert dominierte die Uhrenmetapher, die in Einklang mit den herrschenden Staats- und Gesellschaftsvorstellungen ihrer Zeit der Ökonomie Eigenschaften wie Ordnung, Regelmäßigkeit, Geschlossenheit und Stabilität zuschrieb. In der den Physiokraten nachfolgenden klassischen Ökonomie wird die Metapher der Uhr durch jene der Waage ersetzt, um der Vorstellung einer harmonischen Selbstregulierung des Wirtschaftssystems Ausdruck zu verleihen (Ötsch 2007).

Eine andere wichtige Form sind pädagogische Metaphern. Sie stellen mentale Bilder bereit, mit denen ein Publikum einen komplizierten Fachbegriff visualisieren kann. Sie helfen, etwas zu sehen, was in der Modellwelt der Wirtschaftsfachleute bereits existiert, indem sie dessen Verständnis erleichtern. So wird das Beispiel des Robinson Crusoe gerne bemüht, um das individualistische Entscheidungskalkül zu veranschaulichen, das in der neoklassischen Ökonomielehre ausgearbeitet wurde.

Wenn Metaphern für unser Denken grundlegend sind, dann ist ihre Verwendung an sich nichts Unangebrachtes oder Unredliches. Problematisch ist aber ein unreflektierter Umgang mit ihnen (McCloskey 1995). Und in der Tat ist in der Praxis der Wirtschaftswissenschaften das metaphorische Fundament des eigenen Theoriegebäudes wenig bewusst. Zudem entwickeln Modelle, die als Analogien begannen, häufig ein Eigenleben: Ihr metaphorischer Kern wird vergessen, und ihre Ergebnisse werden für die Wirklichkeit selbst gehalten, wie Klamer / Leonard (1994) am Beispiel des rationalen, nutzenmaximierenden Individuums zeigen – einer zentralen Metapher für neoklassische Wirtschaftsmodelle, die in der Wirtschaftswissenschaft häufig mit einer Beschreibung tatsächlichen menschlichen Verhaltens verwechselt wird.

Metaphern und Framing

An der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik kommt es mitunter zu einer gezielten Arbeit an pädagogischen Metaphern, bei der ökonomische Sachverhaltsbeschreibungen und wirtschaftspolitische Konzepte mit einer bestimmten Färbung, einem sogenannten *framing* versehen werden. Framing (zu Deutsch in etwa »Rahmung«) ist in Sprache allgegenwärtig. In der Framing-Theorie wird davon ausgegangen, dass unser Denken durch solche Rahmungen strukturiert ist, dass wir mit ihnen unserer Vorstellung von der Welt eine Ordnung geben. Der Prozess kann aber auch als bewusste Strategie eingesetzt werden. Framing bedeutet, bestimmte Aspekte der wahrgenommenen Realität auszuwählen und so eine bestimmte Problemdefinition, Ursacheninterpretation, moralische Bewertung und / oder Handlungsempfehlung in den Vordergrund zu rücken, so der Medienforscher Robert Entman (zit. nach König o. J.).

Framing kann durch eine bestimmte Wortwahl oder durch eine grammatikalische Konstruktion geschehen – oder durch Metaphern. In Debatten über Steuerpolitik etwa verwenden konkurrierende politische Gruppen häufig ein spezifisches metaphorisches Framing, um ihre Vorstellungen attraktiv erscheinen zu lassen bzw. gegnerische Vorschläge zu diskreditieren. So besteht das Framing im Begriff »Steuererleichterungen« in der darin implizierten Vorstellung von Steuern als Belastungen. Die Steuerleistenden werden in die Rolle von Opfern versetzt und jenen politischen Gruppen, die diese Belastungen beseitigen oder lindern, der Status von HeldInnen zugeschrieben (Jensen 2009). Ein drastisches Beispiel liefert die Auseinandersetzung um die Zukunft der Erbschaftssteuer in den USA, in der die Konservativen den Begriff »Todessteuer« lancierten, um ihr Projekt der Steuerbeseitigung zu befördern (Graetz / Shapiro 2005).

Metaphern werden in solchen Fällen gezielt als Überredungsmittel im öffentlichen Diskurs eingesetzt, um politische Projekte durchzusetzen

bzw. abzuwehren. Allerdings kann nicht jeder beliebige Frame erfolgreich in die Welt gesetzt werden. Rahmungen, die sich an dominante kulturelle Erzählungen, Mythen und Metaphern anlehnen, gelten als durchsetzungsfähiger als andere. Auch Anschlussfähigkeit an Alltagserfahrungen und verbreitete Wissensbestände begünstigt erfahrungsgemäß den Erfolg.

Im Zuge der jüngsten Wirtschaftskrise kam eine Vielzahl neuer Metaphern in Umlauf. Der Kursverfall auf den Finanzmärkten wurde als Kernschmelze (»meltdown«) oder als »geplatzte Blase« beschrieben, wertlos gewordene Wertpapiere wurden als Giftmüll (»toxic assets«) tituliert, Kredite für überschuldete EU-Mitglieder als »Rettungsschirm« etc.

Durch die Verwendung von Metaphern aus der Natur (Blase, toxic assets) wird das wirtschaftliche Geschehen naturalisiert und eine Trennung zwischen einer (als bewahrenswert erachteten) Normalität und davon abzutrennenden Exzessen vorgenommen, die für die Krise verantwortlich gemacht werden. Eine Grenzüberschreitung (irrationale Gier, exzessiv riskante Geschäfte etc.) wird identifiziert, die das System in die Krise geführt habe. Diese Exzesse werden mit Leidenschaften identifiziert, die als Fremdkörper in der Wirtschaft betrachtet werden. Systemische Probleme – etwa inhärente Instabilität von Finanzmärkten oder strukturelle Verteilungsungleichgewichte (BEIGEWUM 2010) – geraten so aus dem Blick (de Goede 2009; Stäheli 2007).

Framing, Metaphern und die Rolle von Diskursen für die Ökonomie

Werden durch metaphorisches Framing nicht einfach objektive ökonomische Sachverhalte verzerrt? Frames sind kein Schleier, der zerrissen werden muss, um einen unverstellten Zugang zur Welt zu erhalten. Denn Bedeutung wird immer und notwendigerweise sozial

ausgehandelt. Für diesen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess und seine (Zwischen-)Ergebnisse hat sich der Oberbegriff »Diskurse« eingebürgert. Wir nehmen die Welt unweigerlich durch Diskurse wahr, deshalb ist die Alternative zu einem problematischen Frame nicht ein Zustand ohne Frame, sondern ein anderer Frame, der seinen Wahrheitsanspruch wiederum nur durch Berufung auf (andere, mächtigere, überzeugendere) Diskurse erheben kann. Heißt das, dass die Welt allein durch Interpretationen beliebig geändert werden kann?

Nein. Menschen handeln in Strukturen (Kapitalismus, Wettbewerb, Nationalstaat, Rechtsordnung etc.), beeinflussen diese aber durch ihr Handeln (Lobbying, Wahlen, Proteste, Streiks, Schweigen etc.) – manche mehr, manche weniger. Handeln wiederum ist von Erwartungen geprägt. Erwartungen basieren auf Interpretationen, wie die Welt ist und wie die Zukunft aussehen wird. Diese Interpretationen sind umkämpft, mittels Framing und anderen Mitteln versuchen verschiedene Gruppen, die Verhältnisse zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

»Die großen Prozesse des Wirtschaftslebens – Inflation, Deflation, Depression, Erholung und wirtschaftliche Entwicklung – werden zum Großteil durch den Prozess der Reorganisation von ökonomischen Bildern durch die Verbreitung von Botschaften gesteuert«, beobachtete der Wirtschaftswissenschaftler Kenneth Boulding bereits 1956 (Beckert 2011). Heute untersucht eine wachsende Literatur diskurstheoretischer Studien die Wirkung von Diskursen im Wirtschaftsleben. Das Kaufverhalten von KonsumentInnen, das Agieren von Unternehmen, Anlageentscheidungen auf Finanzmärkten und Entscheidungen in der Wirtschaftspolitik beruhen demnach auf Deutungen, auf bestimmten Frames. Und dieses Frame-geleitete Handeln wirkt sich folglich auf verschiedenen Ebenen auf die ökonomischen Prozesse aus.

Auf der Ebene der individuellen Entscheidungen etwa zwischen verschiedenen Produkten ist es naheliegend, dass das Framing (Werbung, Produktpräsentation etc.) eine entscheidende Rolle spielt. Ein berühmtes

Beispiel auf der Mikroebene, das die neoklassische Vorstellung vom rationalen individuellen Optimierungskalkül erschüttert, sind die Experimente der Psychologen Kahneman und Tversky (1984). Ihre Beobachtung: Ein und dieselbe Entscheidung fällt unterschiedlich aus, je nachdem, wie die Alternativen präsentiert werden. So entscheiden sich LungenkrebsPatientInnen für oder gegen ein Therapieangebot, je nachdem, ob die Erfolgsaussichten in Begriffen der Sterbens- oder der Überlebenswahrscheinlichkeit präsentiert werden. Was auf der individuellen Entscheidungsebene gilt, hat auch eine kollektive Dimension.

Die Rolle von Frames auf der Ebene des Unternehmensverhaltens wird in Organisationsstudien untersucht. Hier wird die innerbetriebliche Wirkung von Unternehmensleitbildern und Managementkonzepten auf die Motivation der Lohnabhängigen, die Ausrichtung der Unternehmensaktivitäten und den Geschäftserfolg betont. Frame-Wirkungen auf Branchenebene geht die Wirtschaftssoziologie nach: Kühne Zukunftsentwürfe für neue Produkte können Märkte schaffen, wenn sie mit attraktiv geframter Kommunikation neugierige Kundschaft und Mitbewerber anziehen (Mützel 2008).

Für die Ebene der Sicherung von Stabilität und Legitimität des Wirtschaftssystems (Wachstum, Geldwert, Erfüllung von Zahlungsversprechen etc.) sind Vertrauen, Glaube und Zuversicht entscheidend, und auch diese müssen diskursiv hergestellt werden.

Durch die Entwicklung von Visionen verleihen Menschen den Wirtschaftsstrukturen neue Bedeutung und versuchen, diese zu verändern bzw. zu ersetzen, und können so auch neue wirtschaftliche Dynamiken in Gang setzen. So, wie in der Geschichte episodisch Anekdoten von Goldfunden und damit verknüpfte Versprechen Menschenmengen in Goldrausch und in Bewegung versetzen konnten, schaffen auch heute rhetorische Leitbilder Erwartungen und verändern dadurch den wirtschaftlichen Prozess (Froud et al. 2001). So hat die Popularisierung des Konzepts »shareholder value« Mittelklasse-Angehörige in vielen Staaten

phasenweise dazu veranlasst, Aktien zu kaufen in der Erwartung große Einkünfte. Dadurch konnte zumindest für einige Zeit der Aktienabsatz an den Börsen und damit die Kurse gesteigert werden. Der Umstand, dass damit an den tatsächlichen Geschäftserfolgen börsennotierter Unternehmen nur sehr begrenzt etwas verändert werden konnte (Froud et al. 2001), verweist allerdings auf die Grenzen zwischen Framing und Zauberei.

In der wirtschaftspolitischen Debatte schließlich wird mit Metaphern wie »schlanker Staat«, »soziale Hängematte«, »Leistungsträger« etc. versucht, ein gewisses Framing und damit bestimmte Leitbilder durchzusetzen und solcherart bestimmte Maßnahmen zu legitimieren und andere zu diskreditieren.

Diskurse und die mit ihnen verknüpften Frames und Metaphern sind also grundlegend für ökonomische Prozesse auf allen Ebenen – von der individuellen Kaufentscheidung bis zu wirtschaftspolitischen Leitbildern.

Wer bringt Frames in Umlauf?

Wie kommt es zu herrschenden wirtschaftlichen Überzeugungen, Visionen, Leitvorstellungen? Zur Etablierung eines Paradigmas oder Regimes müssen die zugehörigen Ideen in der Wissenschaft, in der Bürokratie, in der Politik, in den Medien und bei dominanten wirtschaftlichen AkteurInnen Fuß fassen und auch einen gewissen Anschluss im Alltagsbewusstsein finden (Lordon 1999).

Die These, dass Wirtschaftsfachleute mit ihren Theorien wirtschaftliche Prozesse quasi direkt formen (MacKenzie et al. 2008), ist wohl überzogen. Doch ÖkonomInnen spielen keine unwesentliche Rolle, in unterschiedlicher Intensität: Während akademische ÖkonomInnen weniger aufgrund ihrer Argumente als aufgrund ihrer Reputation, ihrer Titel und ihres Auftretens öffentlichen Respekt genießen und damit bestimmten Diskursen Legitimität verleihen können, ist ihr Einfluss auf die öffent-

liche Debatte in der Regel gering. Dafür braucht es »AlltagsökonomInnen«, die Wirtschaftstheorien vereinfachen, personalisieren und in Geschichten framen (Klamer / Meehan 1999; Lordon 1999).

Die Fähigkeit, erfolgreiche Frames zu etablieren, ist in der Gesellschaft ungleich verteilt, denn sie ist in der Regel vom Zugang zu Öffentlichkeit und anderen Formen der Diskursmacht abhängig. Und neue Diskurse haben es umso schwerer, je weniger anschlussfähig sie an etablierte Strukturen und starke gesellschaftliche Kräfte sind. Allerdings sind die herrschenden Ideen nicht ausschließlich instrumentelles Produkt der Herrschenden, weil es keine Instanz gibt, die die totale Kontrolle über die Bildung von Meinungen innehat (Lordon 1999). Auch gibt es kein gesichertes Wissen, wie Frames erfolgreich durchgesetzt werden können. Missverständnisse, Widerstand, Missachtung, Fehlinterpretationen und Konkurrenz durch gegenläufige Frames im Alltagsverstand lassen sich nie gänzlich ausschalten.

Wenn die Legitimität zentraler DiskursträgerInnen, die herrschende ökonomische Leitbilder repräsentieren, in Zweifel gerät, bedeutet das auch eine ökonomische Krise. Deshalb sind Krisen wie die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise immer auch Legitimitätskrisen, im Extremfall des gesamten wirtschaftlichen und politischen Systems. Im Krisenfall können die herrschenden Konventionen in sich zusammenstürzen, und es kommt zu kopflosen Herdeneffekten, bestimmt von diffusen Gerüchten: Jemand verkauft bislang hoch bewertete Wertpapiere, und daraufhin verkaufen alle, aus Angst, dass er/sie das tut, weil er/sie etwas weiß, was sie noch nicht wissen. Im Extremfall ergreift das Misstrauen sämtliche Bereiche des Marktes, und alle wollen nur noch verkaufen, wodurch mangels KäuferInnen diese Märkte in sich zusammenbrechen (Marazzi 2002).

In Zeiten von Instabilität und Krisen spielen Kämpfe um Bedeutungen (neben anderen Formen politischer Auseinandersetzung) eine besonders wichtige Rolle für Veränderungen. Aus den konkurrierenden Interpretationen gehen schließlich einige als Basis für neue ökonomische

Imaginationen, Akkumulationsstrategien, Staatsprojekte und hegemoniale Visionen hervor. Doch auch in ruhigen Zeiten sind herrschende Vorstellungen niemals unumstritten, und niemals gelingt es ihnen, komplexe wirtschaftliche Prozesse umfassend in ihr Interpretationsschema zu bringen, sodass Anomalien, unerwartete oder unerklärbare Ereignisse ständig Rechtfertigungsbedarf für herrschende Paradigmen erzeugen und alternativen Deutungsangeboten Gelegenheiten bieten (Jessop 2009).

Umkämpfte Bilder

Ökonomische Metaphern und die mit ihnen verknüpften Frames durchziehen das öffentliche Sprechen über Wirtschaft und Wirtschaftspolitik. Einige wichtige Beispiele haben wir gesammelt und unterziehen sie in diesem Buch einer Untersuchung und Kritik.

Doch Kritik und Aufklärung allein sind nur ein Teil des notwendigen Weges, um bekannte Imaginationen zu verändern oder zu ersetzen. Denn Menschen sind nicht bloß blinde Opfer elitengesteuerter Metaphernproduktion. Durchaus werden dominante Frames und Metaphern von vielen als interessengeleitete Konstruktionen erkannt. Doch dadurch allein werden sie nicht unwirksam gemacht.

Der Philosoph Slavoj Žižek vertritt die These, dass die Illusion einer Ideologie auf der Seite des Handelns bestehe, nicht auf der Seite des Wissens: Obwohl zum Beispiel die KonsumentInnen wissen, dass Werbung manipulativ ist, benützen sie sie als Hauptinformationsquelle (Torfing 1999).

Es bedarf also plausibler und attraktiver alternativer Visionen und Leitbilder, die andere Frames und Metaphern in Umlauf bringen. Auf die Rolle von Metaphern hinzuweisen impliziert, die Bedeutung der Rahmung anzuerkennen und als Warnung zu verstehen, dass es für

Veränderungen nicht genügt, sich auf die Erarbeitung von technischen Alternativvorschlägen zu konzentrieren bzw. zu beschränken. Mindestens ebenso wichtig ist die Erschaffung und Zirkulation von attraktiven Bildern und Vorstellungen, die die Fantasie aktivieren und den Wunsch nach einem anderen Wirtschaften beflügeln.

Neben bildhafter Sprache sind auch »echte« Bilder ein wichtiger Bestandteil von Diskursen über Ökonomie. Bilder setzen Signale, um Bedeutungen zu beschwören, zu verschieben oder herauszuheben, und formulieren bestimmte Weltverhältnisse. Herrschende Bilder in der Wirtschaft werden vorwiegend zu strategischen Zwecken eingesetzt (van den Berg / Priddat 2009). Typisch ist, dass die zirkulierenden Bilder kaum wirtschaftliche Prozesse (Entscheidungen, Bewertungen, Arbeit, Produktion etc.) einfangen – es dominieren Inszenierungen ihrer Produkte und AkteurInnen: »Bilder, die wir von der Wirtschaft in den Zeitungen und Zeitschriften, im Film wie im TV sehen, sind Ikonen des Wirtschaftssystems, eingebettet in eine Ideogrammatik, in der Metaphern, Ikonen und Zeichen typische Konnotationen haben. Z. B. Manager-Herrscher-Bilder, Ressourcenhalden als Reichtums- oder Potenzmetaphern, Produktmengen (in Lagern, in Regalen, auf Stellplätzen etc.) als Leistungssignale, Mensch-Maschine-Bilder als Naturbeherrschungsdenkmäler etc.« (van den Berg / Priddat 2009: 28). In der Unternehmenskommunikation dominieren visualisierte Erfolgsstorys. Van den Berg / Priddat klassifizieren den vorherrschenden ökonomischen Bildgebrauch als kämpferisch: Es gehe um einen mit Bildern geführten Kampf um die Anerkennung handlungsrelevanter Vorstellungen, Bedeutungen, Regeln, Sehnsüchte – einen Kampf um Imaginationen.

Auch Utopien sind Imaginationen – einer anderen, besseren Zukunft. Unternehmensanzeigen – etwa jene der Finanzwirtschaft vor der Krise 2007 – arbeiten gern mit Entwürfen einer strahlenden (kapitalistischen) Zukunft, die sich aus utopischen Bildreservoirs bedienen (de Cock 2008). Die darin beworbenen Projekte arbeiten also mit einem Versprechen

– einem Versprechen, das nach der schwersten Krise seit Jahrzehnten eher den Charakter eines Versprechers annimmt. Jetzt braucht es eine neue Sprache und andere Versprechen, die neue Bilder finden müssen.

Über dieses Buch

In diesem Buch haben wir ein kleines Lexikon von Wirtschaftsmetaphern angelegt, die im öffentlichen Diskurs eine wichtige Rolle spielen. Es sind zumeist Metaphern, die ein neoliberales Weltbild und eine ebensolche Agenda evozieren. In unseren Beiträgen werden die Bilder und Assoziationen, die mit diesen Begriffen transportiert werden, explizit gemacht und ihre Konnotationen und Ausblendungen kritisch beleuchtet.

Weil Kritik an bestehenden auch konstruktive Gegen-Metaphern braucht, haben wir für dieses Buch in einer Kooperation von PolitökonomInnen und KünstlerInnen Beispiele für Metaphern und Bilder produziert, die unseren Wunschvorstellungen von einer emanzipativen Veränderung eine Form geben: Demokratisierung der Wirtschaft, Arbeitszeitverkürzung, mehr Freizeit und Lebensqualität, gerechte Verteilung, größerer Stellenwert und Anerkennung von Pflege, Versorgung und anderen Bereichen der sozialen Ökonomie, Entschärfung von Wettbewerblichkeit, andere Definitionen von Reichtum, Wertschöpfung und Vermögen. Metaphern und Bilder sind auch eine Form, komplizierte Argumente zu kondensieren, anschaulich, intuitiv begreifbar und attraktiv zu machen und für alternative Zugänge Werbung zu machen, die freilich auch argumentierbar sein müssen. Die Realität braucht die Fantasie, um sie begehrenswert zu machen, so wie die Fantasie die Realität braucht, um sie glaubwürdig zu machen (Duncombe 2007).

Den Welterfindungs-Projektionen der Unternehmen und neoliberalen Frame-Produktionen setzen wir damit beispielhaft unsere eigene Bildproduktion entgegen. Imagine Economy ... differently!

Literatur

Beckert, Jens (2011): Imagined Futures. Fictionality in Economic Action. Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung, Discussion Paper 11/8.

BEIGEWUM / Attac (2010): Mythen der Krise. Einsprüche gegen falsche Lehren aus dem großen Crash. Hamburg: VSA.

De Cock, Christian / Fitchett, James / Volkmann, Christina (2009): Myths of a Near Past. Envisioning Finance Capitalism anno 2007. In: ephemera. Heft 9 (1), 8–25.

De Goede, Marieke (2009): Finance and the Excess. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen. 16. Jg., Heft 2, 299–310.

Duncombe, Stephen (2007): Dream. Re-Imagining Progressive Politics in an Age of Fantasy. New York: The New Press.

Froud, Julie / Haslam, Colin / Johal, Sukhdev / Williams, Karel (2001): »Finanzialisierung« und ihre Folgen. In: Kurswechsel. Heft 2/2001, 7–17.

Graetz, Michael / Shapiro, Ian (2005): Death by a Thousand Cuts. The Fight over Taxing Inherited Wealth. Princeton: Princeton University Press.

Jensen, Kim Ebensgaard (2009): Discourse, Framing and Metaphor. In: http://www.hum.aau.dk/~kim/Framing/framing1.pdf.

Jessop, Bob (2009): Vom Regulationsansatz zu kultureller politischer Ökonomie. Geld und Rechte an geistigem Eigentum. In: Mooslechner, Peter / Redak, Vanessa / Schürz, Martin / Springler, Elisabeth (Hg.): Auf der Suche nach dem Selbst. Finanzmärkte, Individuum und Gesellschaft. Marburg: Metropolis, 17–32.

Kahneman, Daniel / Tversky, Amos (1984): Choices, Values, and Frames. In: American Psychologist 39, 341–350.

Klamer, Arjo / Leonard, Thomas C. (1994): So What's an Economic Metaphor? In: Mirowski, Philip (Hg.): Natural Images in Economic Thought. Cambridge: Cambridge University Press, 20–52.

Klamer, Arjo / Meehan, Jennifer (1999): The Crowding out of Academic Economists. The Case of NAFTA. In: Garnett, Robert F. (Hg.): What Do Economists Know? New Economics of Knowledge. London / New York: Routledge, 65–85.

König, Thomas (o. J.): Frame Analysis. Theoretical Preliminaries. In: http://www.ccsr.ac.uk/methods/publications/frameanalysis/

Lakoff, George / Johnson, Mark (1980): Metaphors We Live By. Chicago: University of Chicago Press.

Lordon, Frederic (1999): Croyances economiques et pouvoir symbolique. In: L'Année de la régulation 3/1999, 169–212.

-- MacKenzie, Donald / Muniesa, Fabian / Siu, Lucia (2008): Do Economists Make Markets? On the Performativity of Economics. Princeton: Princeton University Press.

-- Marazzi, Christian (2002): Capitale e linguaggio. Rom: Derive Approdi. [Englisch: Marazzi, Christian (2008): Capital and Language. From the New Economy to the War Economy. Cambridge, MA: Semiotext(e).]

-- McCloskey, Deirdre (1995): Metaphors Economists Live By. In: Social Research Heft 62/2, 215–237. [Deutsch: Ökonomen leben in Metaphern. In: Diaz-Bone, Rainer / Krell, Gertraude (Hg.) (2009): Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen. Wiesbaden: VS, 109–124.

-- Mirowski, Philip (1989): More Heat than Light. Economics as Social Physics, Physics as Nature's Economics. Cambridge: Cambridge University Press.

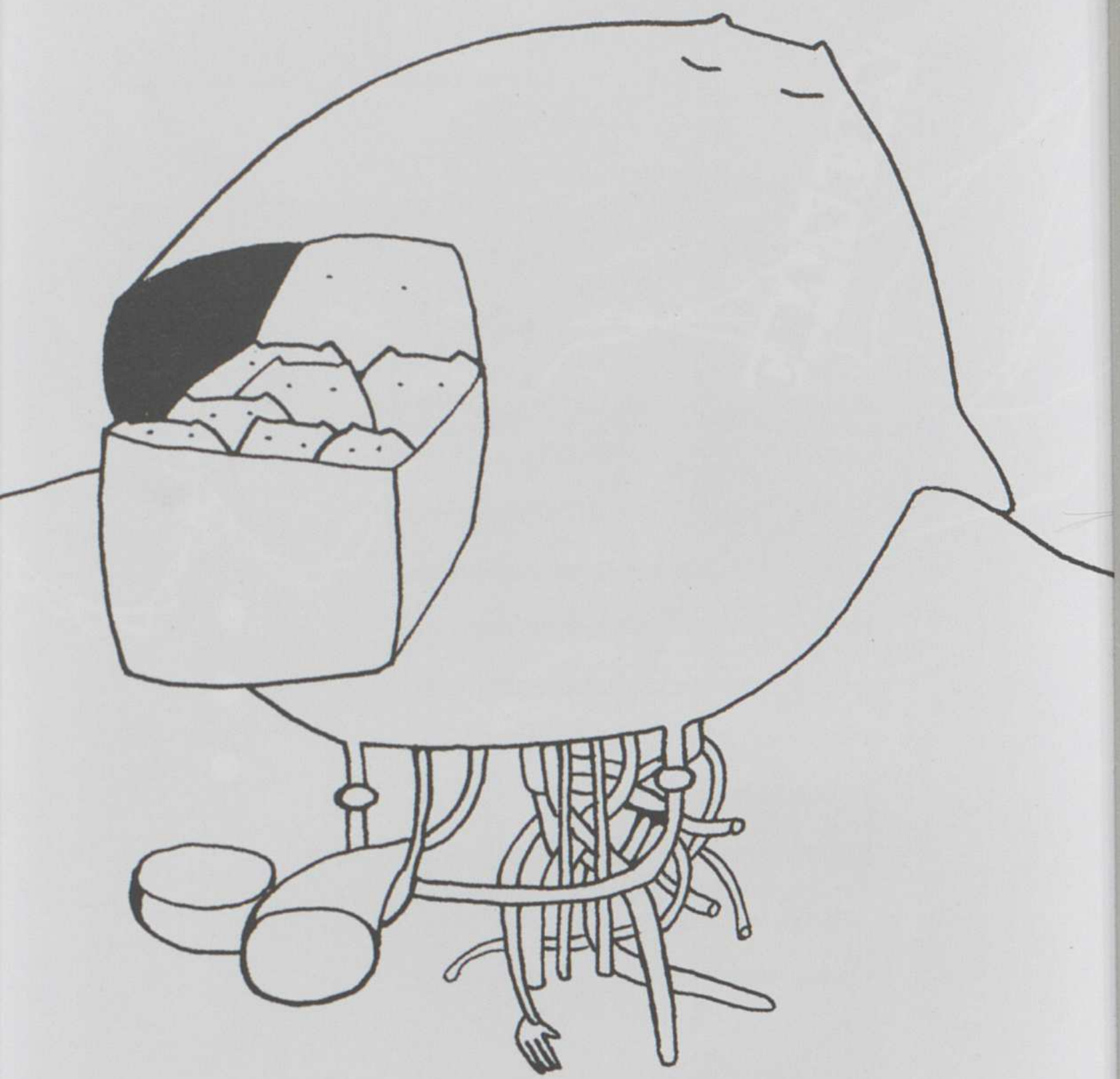
-- Mützel, Sophie (2009): Geschichten als Signale. Zur diskursiven Konstruktion von Märkten. In: Diaz-Bone, Rainer / Krell, Gertraude (Hg.) (2009): Diskurs und Ökonomie. Diskursanalytische Perspektiven auf Märkte und Organisationen. Wiesbaden: VS, 225–244.

-- Ötsch, Walter O. (2007): Bilder der Wirtschaft. Metaphern, Diskurse und Hayeks neoliberales Hegemonialprojekt. Institut für Volkswirtschaftslehre der Johannes Kepler Universität Linz, Arbeitspapier Nr. 0709.

-- Stäheli, Urs (2007): Spektakuläre Spekulation. Das Populäre der Ökonomie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

-- Torfing, Jacob (1999): New Theories of Discourse. Laclau, Mouffe, Žižek. Oxford: Blackwell.

-- Van den Berg, Karen / Priddat, Birger P. (2009): Bilder in der Wirtschaft. Stereotypen, visuelle Identitäten und Strategien der Verheimlichung. In: Ratsch, Ulrich / Stamatescu, Ion-Olimpiu / Stoellger, Philipp (Hg.): Kompetenzen der Bilder. Funktionen und Grenzen des Bildes in den Wissenschaften. Tübingen: Mohr Siebeck, 315–338.



elffriede.interdisziplinäre.aufzeichnensysteme

Bildungs-Freifahrt

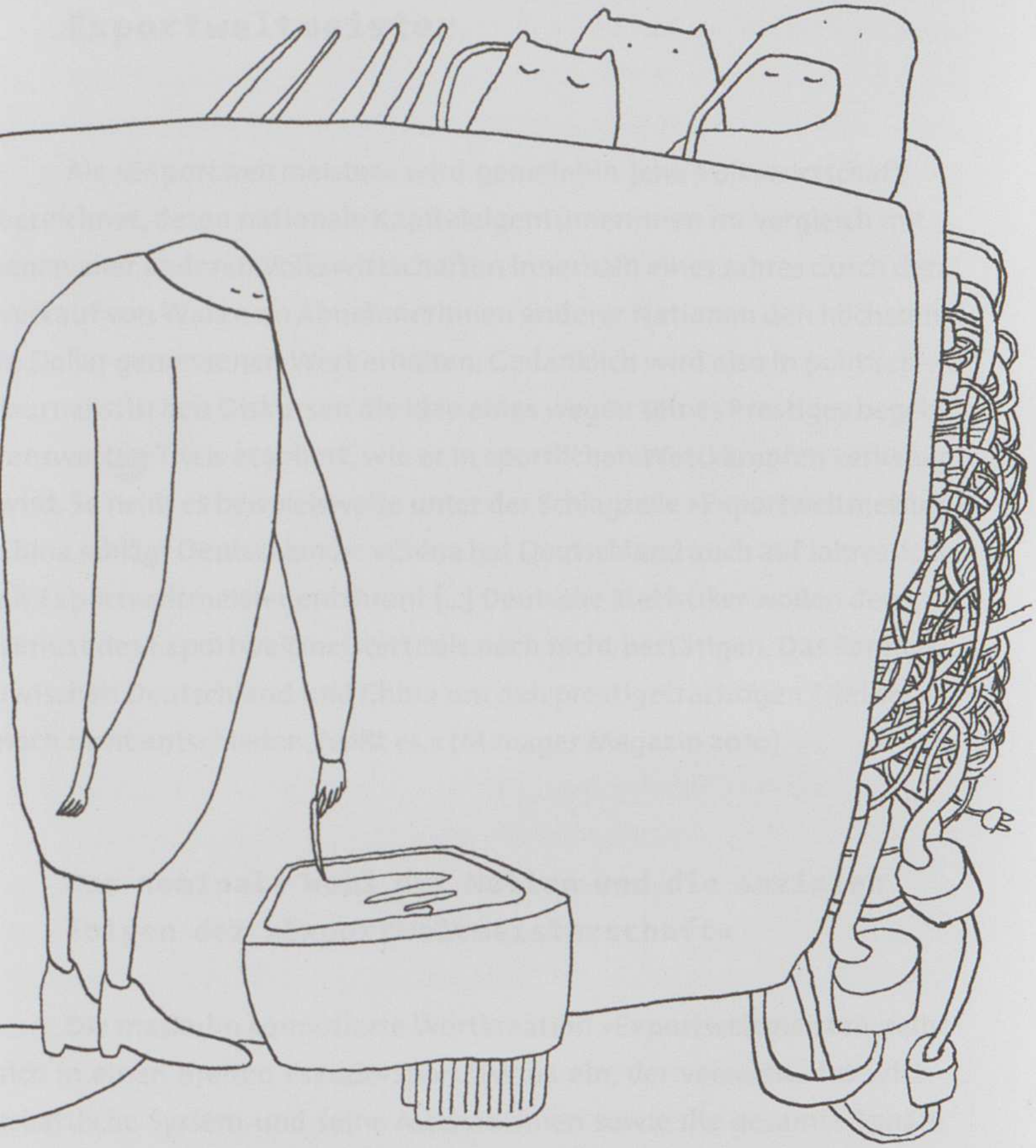
Eva Vasari

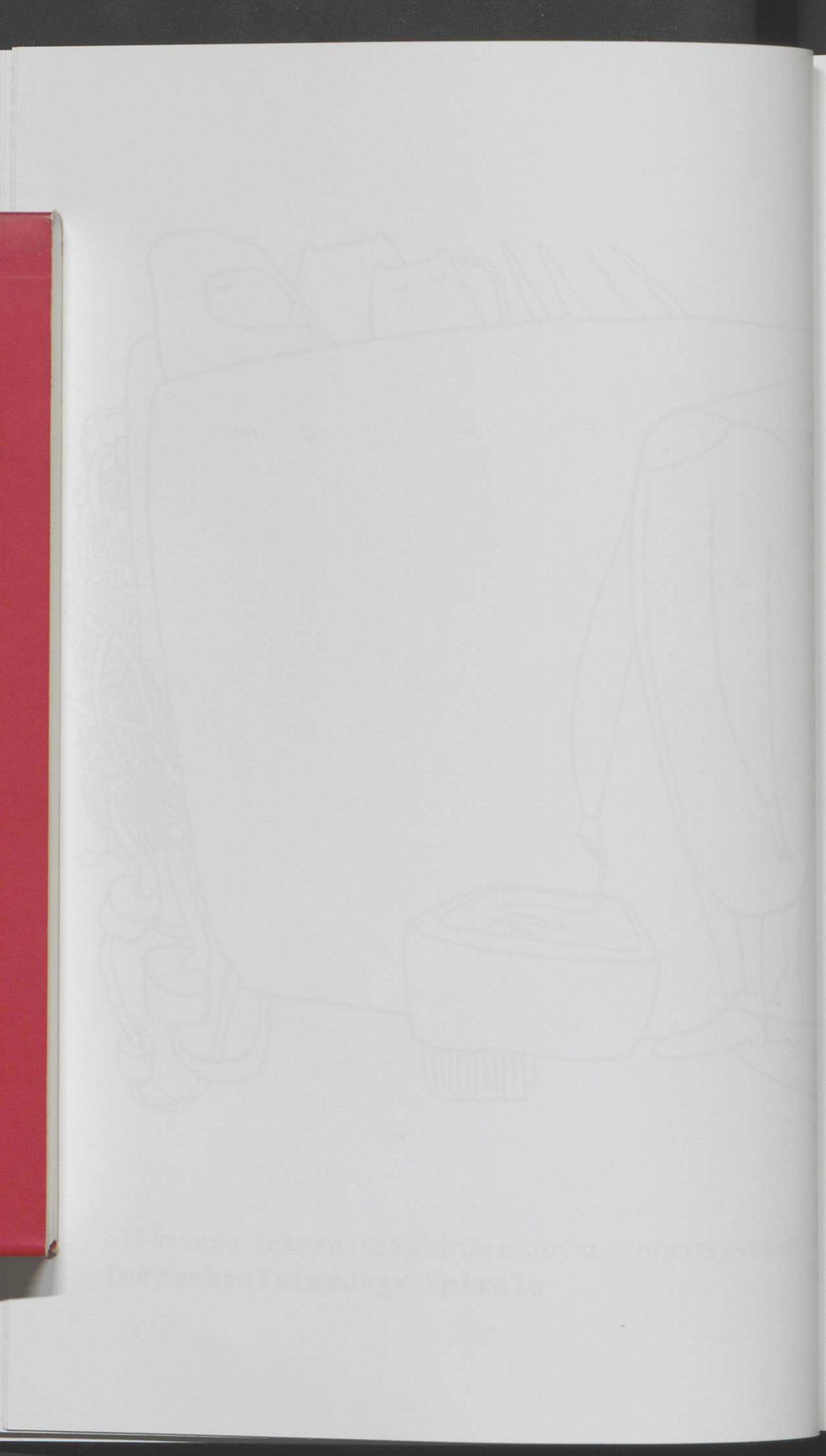
Chancenmixer

CHANCEN

elffriede.interdisziplinäre.aufzeichnensysteme

Entprekarisierungs-Spirale





Hans Asenbaum

Exportweltmeister

Als »Exportweltmeister« wird gemeinhin jene Volkswirtschaft bezeichnet, deren nationale KapitaleigentümerInnen im Vergleich mit jenen aller anderen Volkswirtschaften innerhalb eines Jahres durch den Verkauf von Waren an AbnehmerInnen anderer Nationen den höchsten in Dollar gemessenen Wert erhalten. Gedanklich wird also in politisch-journalistischen Diskursen die Idee eines wegen seines Prestiges begehrenswerten Titels etabliert, wie er in sportlichen Wettkämpfen verliehen wird. So heißt es beispielsweise unter der Schlagzeile »Exportweltmeister: China schlägt Deutschland«: »China hat Deutschland auch auf Jahressicht als Exportweltmeister entthront [...] Deutsche Statistiker wollen den Verlust des Exportweltmeistertitels noch nicht bestätigen. Das Rennen zwischen Deutschland und China um den prestigeträchtigen Titel sei noch nicht entschieden, heißt es.« (Manager Magazin 2010)

Das nominale Wohl der Nation und die sozialen Folgen der »Exportweltmeisterschaft«

Die maskulin konnotierte Wortkreation »Exportweltmeister« reiht sich in einen breiten Pseudo-Sportdiskurs ein, der versucht, das wirtschaftliche System und seine Mechanismen sowie die gesamte Sphäre der Politik als spielerische Auseinandersetzung zu erklären, bei der »Spitzenreiter« den »Verlierern« »den Rang ablaufen« und »Titelverteidigern« ihre Position streitig gemacht wird. Zentrales Element ist hierbei eine eindimensionale Perspektive, die Nationen in einer hierarchischen Rangordnung in Beziehung zueinander setzt – ein Nullsummen-

spiel, bei dem der Verlust der einen immer der Gewinn der anderen ist. Die Leistung des fiktiven Spitzensportlers Staat wird in diversen Indizes wie dem Bruttoinlandsprodukt, der Handelsbilanz oder eben Exportquoten dargestellt und dient als wesentliche Grundlage neoliberaler Argumentation. Die Zahlen repräsentieren in diesem Diskurs die Leistung einer Nation, die quasi als Person gedacht wird. Assoziativ mittransportiert wird dabei der Gedanke, dass eine hohe Leistung (also eine im Vergleich hohe Zahl) auch immer dem Allgemeinwohl zugutekommt (Bieling 2007: 203). Im Hinblick auf die Steigerung der »Wirtschaftsleistung« einer Nation wird auf eine wachsende Zahl an Arbeitsplätzen verwiesen, wobei aber eine Bezugnahme auf die steigenden Profitraten bei stagnierenden oder leicht sinkenden Reallöhnen vermieden und die Berücksichtigung immer unsicherer Arbeitsverhältnisse sowie der Verschlechterung von Arbeitsbedingungen unterlassen wird. Davon, dass ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem »Wohl der Wirtschaft« und dem Wohl der in ihr tätigen Individuen bestehe, versuchen Wirtschaftseliten über die Medien zu überzeugen – nicht zuletzt über kostenaufwendige Kampagnen wie jene der Wirtschaftskammer Österreich mit dem Slogan »Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut« (WKÖ 2010; zur Kritik BEIGEWUM 2005: 82–85).

Während der »Exportweltmeistertitel« also Wohlstand für alle verspricht, scheint er das Gegenteil, nämlich zunehmende soziale Differenzierung, zu bringen. Um die Produktion von Exportgütern immer weiter zu steigern und damit dem Wachstumsdogma zu entsprechen, müssen Arbeits- und Lebensverhältnisse der Produzierenden ständig verschlechtert werden. Eine Stärkung der Exportgüter produzierenden Unternehmen soll durch die Reduktion oder Abschaffung von Mindestlöhnen, Arbeitsschutzbestimmungen und Versicherungsansprüchen sowie die Flexibilisierung von Arbeitszeiten erwirkt werden. Das Rennen um den »Exportweltmeistertitel« wird damit zu einem »Race to the Bottom«, in dem die diversen Staatsregierungen versuchen, einander im Preis ihrer

als Ware verstandenen Arbeitskraft zu unterbieten. So scheint es nicht verwunderlich, dass laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) gerade in den Jahren 2003 bis 2008, in denen die deutsche Bundesregierung den »Exportweltmeistertitel« für sich beanspruchen konnte, die Reallöhne gesunken sind, während die Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit und Kapitalvermögen deutlich stiegen (DIW 2009).

Die wirkmächtige Metapher vom »Exportweltmeister« dient also im Wesentlichen dazu, Politik im Interesse einer Minderheit als gemeinwohlorientiert und damit als für die Mehrheit erstrebenswert erscheinen zu lassen. Um den Hintergründen und Mechanismen dieser Metapher nachzugehen, soll erstens auf ihre beiden wesentlichen Funktionsweisen, die Identitätsstiftung und die Disziplinierung, eingegangen werden. Anschließend werden ihre Ziele identifiziert: Leistungsmotivation sowie die Herstellung von Konsens und Konformität.

Die Funktionsweisen: Identitätsstiftung und Disziplinierung

Eine Leistung, die die Idee des »Exportweltmeisters« tatsächlich erbringt, ist die Herstellung von Identität. Durch den von Ehrgeiz getriebenen Vergleich verschiedener Nationen – die ja als solche selbst nur ein Gedankenkonstrukt, nicht physische Realität sind – kann diese abstrakte Idee der nationalen Identität an Substanz gewinnen. Das Finden des Gleichen im Vergleich erzeugt Übereinstimmung – also Identität. Die Identität kann in dem eindimensionalen Denken, das weiter oben angesprochen wurde, nur auf Basis hierarchischer Relationen zu anderen Staaten – einer Rangordnung besserer und schlechterer Wertungen (und damit Wertigkeiten) – festgestellt werden. Die Aufwertung der eigenen Position wird in einem Nullsummenspiel nur über die Abwertung der anderen erreicht. Der Vergleich der Nationen und die Identifikation mit

einer von ihnen ist also unmittelbar mit einer degradierenden Haltung gegenüber anderen Nationen verbunden. Das »globale Wettrennen« ist auf das Streben nach nationaler Überlegenheit ausgerichtet – ein Nationalismus, der unreflektiert zu Rassismus führen kann, wodurch aggressive und imperialistische Politik gegenüber anderen Nationen legitimiert wird.

Das Mitfiebern in einem fiktiven Wettstreit der Nationen dient der Herstellung von Loyalität gegenüber einer Elite, die ihren eigenen Interessen nachgeht. Nationalistische Mechanismen, die über eine konstruierte kollektive Identität Konsens mit den Herrschenden herstellen, kamen bereits in frühzivilisatorischen Kriegen zur Anwendung mit dem Ziel, Teile der Bevölkerung davon zu überzeugen, ihr Leben für die Idee einer identitären Gemeinschaft einzusetzen. Auch heute dient die Idee der internationalen Konkurrenz zur Stimulierung eines »Wir-Gefühls«, das für die Verteidigung eines Konstrukts wie dem »Exportweltmeistertitel« instrumentalisiert wird.

Die Kanalisierung von Abstiegsängsten der Menschen erfolgt über das Schaffen eines xenophob konnotierten Feindbildes (Kreisky 2002); so machte beispielsweise die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« unter dem Titel »Die Chinesen kommen« auf den Erfolg chinesischer Automarken auf dem Weltmarkt aufmerksam (Ruhkamp 2011). Um sich gegen die vermeintliche Bedrohung zur Wehr zu setzen und nicht »unter die Räder zu kommen«, wird den Erwerbstätigen geraten, mehr Leistung zu erbringen. In diesen Disziplinierungsmechanismen ist die zweite wesentliche Funktion der Metapher zu erkennen. Der eingangs erwähnte Pseudo-Sportdiskurs wird durch einen Pseudo-Fitnessdiskurs komplettiert, der erklärt, dass Unternehmen »gesundgeschrumpft«, Regierungen »verschlankt« und Verwaltungen »entschlackt« werden müssen (vgl. Gerlach 2000: 1058ff. sowie das Kapitel zu »Schlanker Staat«). Die Bevölkerungen der Wettbewerbsstaaten, die als »Humankapital« zur Ressource verdinglicht werden, müssen fit, motiviert und angepasst sein. Über die im

Besitz der Elite befindlichen Medien werden Leistung und Konformität gefordert. So wird beispielsweise in der »Presse« analysiert: »Im Grunde braucht es strukturelle Maßnahmen, manchmal auch Einstellungsänderungen. Ja, natürlich ist die Erfahrung, nicht dringend gebraucht zu werden, für Junge ein Schock. Es ist aber nicht immer nur der Job, der fehlt, sondern manchmal auch die Bereitschaft, vorhandene Arbeit anzunehmen, die unter dem erwarteten Niveau liegt. Es braucht ein ganztägiges Schulsystem, das Dinge lehrt, die Junge brauchen können. Und flexible Arbeitsplätze für Eltern (statt Gezeter über Teilzeitarbeit), damit Jugendliche fit fürs spätere Leben werden.« (Salomon o. J.).

Der Wettlauf wird zu einer Verfolgungsjagd, in der die Langsamen nicht mithalten können. Das Spielfeld wird zum Schlachtfeld, auf dem nur die Leistungsstarken gewinnen. Die subjektiv wahrgenommene Bedrohung von außen lenkt von der realen, systemimmanenten Gefährdung von innen ab, die in wachsender Prekarisierung zum Ausdruck kommt.

Die Ziele: Leistung, Konsens und Konformität zur Steigerung der Profitrate

Als Ziele der Metapher vom »Exportweltmeister« und ähnlicher Fitness- und Wettbewerbsrhetorik, die letztlich dem Hauptziel der Profitmaximierung untergeordnet ist, sind Leistungsmotivation sowie die Herstellung von Konsens und Konformität zu erkennen. Das Ziel der Leistungsmotivation wird einerseits über die Funktion der Identitätsstiftung erreicht: Durch die Kreation einer kollektiven Identität und eines subjektiven »Wir-Gefühls« sowie die Schaffung eines äußeren Feindbildes wird positive Energie in eine produktionssteigernde und kapitalakkumulierende Richtung kanalisiert, außerdem werden Verteilungskonflikte im Inneren ausgeblendet. Leistungsmotivation wird andererseits auch negativ stimuliert, indem disziplinierende Diskurse der Angst vor einer

konstruierten Bedrohung von außen noch die Angst vor dem persönlichen sozialen Abstieg zur Seite stellen. Die positive Motivation, im Wettbewerb zu siegen, wird durch die negative Motivation, nicht zu verlieren, verstärkt. Das zweite wesentliche Ziel, die Herstellung von Konsens, wird vor allem durch Identitätsstiftung erreicht. Die Mechanismen der identitären Inklusion und Exklusion verlaufen nicht entlang von Klassenlinien, sondern entlang nationaler Zugehörigkeiten. Sofern diese Rhetorik erfolgreich ist, kann die über den Großteil der Ressourcen verfügende Minderheit das Handeln der Mehrheit erheblich im Sinne ihrer eigenen Interessen beeinflussen. Das dritte Ziel der Herstellung von Konformität wird insbesondere über Disziplinierung verfolgt. Disziplinierende Diskurse überzeugen von der eigenen Schwäche und der Notwendigkeit von mehr Leistung, mehr Flexibilität und mehr Gehorsam. Der »Exportweltmeister« besteht demnach aus vielen disziplinierten, leistungswilligen, engagierten, aber anpassungsfähigen Individuen, die ihr Tun einem fremdbestimmten Ziel unterordnen.

Literatur

BEIGEWUM (2005): Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen. Hamburg: VSA.

Bieling, Hans-Jürgen (2007): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. Wiesbaden: VS.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2009): Wochenbericht Nr. 33, 12.9.2009.

Gerlach, Thomas (2000): Die Herstellung des allseits verfügbaren Menschen. Zur psychologischen Formierung der Subjekte im neoliberalen Kapitalismus. In: UTOPIE kreativ. Heft 121/122, November / Dezember 2000, 1052–1065.

Kreisky, Eva (2002): In Konvergenz der Interessen. Neoliberale Praktiken und rechtspopulistische Regulierung sozialen Protests. In: Demirovic, Alex / Bojadzijev, Manuela (Hg.): Konjunkturen des Rassismus. Münster: Westfälisches Dampfboot, 50–89.

Manager Magazin (2010): Exportweltmeister: China schlägt Deutschland. In: Manager Magazin, 10.1.2010.

Ruhkamp, Christoph (2010): Die Chinesen kommen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.1.2010.

Salomon, Martina (o. J.): Kann der Staat denn alles reparieren? In: Die Presse, http://diepresse.com/home/meinung/meinungarchiv/150809/Meinung_Kann-der-Staat-denn-alles-reparieren? [Stand 10/2011].

WKÖ (2010): Geht's der Wirtschaft gut, geht's uns allen gut. Neue Kampagne der Wirtschaftskammern verdeutlicht den Nutzen für alle. 15.4.2010. In: http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=360271&DstID=363 [Stand 10/2011].

Walter Ötsch

Der freie Markt

»Die« Freiheit

Sich frei zu erleben ist ein herrliches Gefühl. Es verleiht Stärke, Lebendigkeit und Kreativität. Die Vorstellung von Freiheit ist das Bild einer weiten Landschaft – ein offener Raum, in dem viele Möglichkeiten liegen. Freiheit ist ein hohes Gut. Freiheit ist auch ein Ziel oder ein Lebensprogramm. Viele streben ein freies Leben an, sie wollen autonom und selbstbestimmt sein. Ein gutes Leben ist ein freies Leben, man kann sich selbst verwirklichen. Wer wollte nicht frei sein?

Freiheit ist auch ein Begriff im politischen Denken. Demokratie basiert auf Liberalismus, der Verheißung der Freiheit der Bürger. Freiheit ist auch eine Ideologie. Im »Kalten Krieg« lebten wir in der »freien Welt«, »der Osten« war »unfrei« und »totalitär«. Alle Freunde des Westens gehörten dem Reich »der« Freiheit an, seine Feinde wurden dem Reich der Unfreiheit zugeordnet. Es geht nicht um Freiheiten, sondern um »die« Freiheit, einen ideologischen Begriff. In der »freien Welt« gibt es die »freie Wirtschaft«. Die »freie Welt«, Demokratie und Kapitalismus haben nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaften gesiegt: ein Triumph »der« Freiheit.

»Der« Markt

Mit Markt meinen wir den Kernbereich der Wirtschaft: Kapitalismus wird (angeblich) von Märkten gesteuert, wir reden von Marktwirtschaft. »Der Markt« (im Singular) beschreibt das Wesen von Märkten, ihre Muster, Regeln, Prozesse und Gesetze: Auf »dem Markt« herrschen

die »Gesetze des Marktes«. Man kann sie im üblichen Angebot-Nachfrage-Diagramm zeigen – dem populären Grundbild »des Marktes«. Es zeigt, wie die Kräfte von Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen.

»Der freie Markt«

Der Begriff »freier Markt« verbindet gute Gefühle, hohe Werte und ein attraktives Programm mit Vorstellungen über die Wirtschaft: Die Wirtschaft wird gefühlsmäßig und programmatisch positiv aufgeladen.

Der Begriff »freier Markt« soll ein Wirtschaftssystem beschreiben, das frei ist. Frei wovon? Von allen »Eingriffen« in den Markt. »Die Freiheit des Marktes« meint das Nichtvorhandensein von »marktfremden« Kräften. Es sind dies Politik, Staat, Gewerkschaften, Regulierungsbehörden, Umwelt- und Sozialbewegte usw. Was sie tun oder wollen, erscheint als Form von Unfreiheit, als eine »Beschränkung des Marktes«, als »Eingriff«. Personen dieser Art gelten als Feinde »des Marktes«. Ihre Aktivitäten sind gegen die Freiheit gerichtet – eine wirkungsvolle Abwertung im gesellschaftlichen Diskurs. »Eigenverantwortung bedeutet« nämlich »Freiheit von Bevormundung und staatlicher Gängelung« (FDP Steinhagen 2009). Selbst Vertreter der Beamten definieren sich heute als unfrei und wenig attraktiv: »qualifizierte Fachleute gehen lieber in die freie Wirtschaft« (Deutscher Beamtenbund und Tarifunion 2010).

»Der freie Markt« meint keine politischen oder gesellschaftlichen Freiheiten. Er meint, »die« Freiheit des Individuums auf »dem Markt« zu wählen. Niemand zwingt zu Kauf oder Verkauf, alles geschieht freiwillig. Freiheiten im Sinn von Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten sind in dieser Freiheit nicht enthalten. Auf »dem freien Markt« können Menschen auch verhungern.

Ideologisch gilt »der Markt« als die große Institution »der« Freiheit. Auch Firmen werden wie Personen gedacht. Die Freiheit für eine Firma

erscheint wie die Freiheit für ein Individuum. »Freie Firmen« können, wie einzelne Menschen, tun, was sie wollen. Ihre Freiheit übertüncht oder blendet ihre soziale Verantwortung aus. Das Fehlen von Eingriffen macht die gesamte Wirtschaft frei: »freie Preise, freie Wechselkurse, freier Kapitalverkehr, freier Handel, freies Gewerbe, freier Wettbewerb, die Freiheit der Unternehmer, die Freiheit der Konsumenten«; kurzum: »die freie Wirtschaft«. Seit 1993 gibt es in der EU den »freien Waren-, Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehr«.

Der Markt als Maschine

Das Reden von »dem Markt« ist meist an den Glauben an einen Markt-Preis-Mechanismus gekoppelt. »Die Mechanismen des Marktes gelten«, so wird gesagt, »weltweit«. »Der Markt« erscheint in diesem Diskurs wie ein mechanisches System, er wird wie eine riesige Maschine gedacht (im Standardmodell der Neoklassik wie ein einfacher digitaler Computer; vgl. Mirowski 2002; Ötsch 2009). »Der Markt« als Maschine verkörpert Rationalität, Logik und Ordnung, ein emotionsfreies System (Oberlechner et al. 2004). Nur KritikerInnen des Marktes (z. B. die sogenannten »Globalisierungsgegner«) beurteilen die Wirtschaft emotional. »Der Markt« als Maschine muss von »objektiven« ExpertInnen analysiert werden, die die »Gesetze des Marktes« kennen.

Die Maschine »des Marktes« führt ein Eigenleben. Sie strebt ständig zum Gleichgewicht, zum gleichen Gewicht auf der Waage von Angebot und Nachfrage: das Bild einer sich selbstständig austarierenden Waage. »Der Markt« steuert sich selbst. Funktionierende Märkte sind geräumt: »Der Markt ist effizient«, er koordiniert die Wünsche der »Marktteilnehmer« auf perfekte Weise – und zwar für alle: Selbst »NGOs, die im Entwicklungskontext arbeiten, [können sich] langfristig nicht den Mechanismen des Marktes entziehen« (Jachnow 2011).

Der freie Markt als Ozean

»Die Kräfte des Marktes wirken weltweit«: Der freie Markt ist unendlich und global, er umfasst jeden Winkel der Welt. Er erscheint wie ein riesiges Meer (Oberlechner et al. 2004). Finanzmärkte brauchen Liquidität, sonst »trocknet der Markt aus«. »Der globale Markt« kennt Ebbe und Flut. Währungen »fluktuieren«. Das Kapital strömt frei in die eine oder andere Richtung. »Der Markt geht ständig auf und ab«, wie ein Ozean kennt er ruhige und stürmische Zeiten. »Der Markt« ist wie ein Ereignis der Natur. »Die Finanzkrise«, so konnte man lesen, »ist wie ein Tsunami über uns hereingebrochen« (Industriellenvereinigung Oberösterreich 2009).

Was kann ein Einzelner gegen die Naturkräfte »des Marktes« ausrichten? Ein österreichischer Wirtschaftsminister: »Die Globalisierung aufhalten zu wollen ist so, als wolle man die Erde daran hindern, sich zu drehen« (zitiert bei Heuberger / Palme 2005). Nur besonders Tüchtige schaffen es, diese Kräfte für sich zu nützen. »Erfolgreiche Investoren«, so wird geworben, »reiten die Welle des Marktes« (FAZ 2003).

Der Markt als Gefäß

Die Vorstellung von »dem Markt« transportiert das Bild einer Instanz, eines Prozesses, einer Institution mit optimalen Eigenschaften. In dieser Vorstellung ist gleichzeitig die Abgrenzung zu einem Gegenteil enthalten, z. B. zu dem Staat. Der populäre Slogan lautet: »Wollt ihr mehr Markt oder mehr Staat?« (Schmitt / Dietze 2001) Staat und Markt sind in diesem Denken keine unterschiedlichen Bereiche, die neben- und miteinander agieren, sondern Gegensätze, die sich logisch ausschließen. Sie sind wie zwei Gefäße, die mit unterschiedlichen Substanzen gefüllt sind (Ötsch 2009). »Der Markt kann Bedürfnisse besser erfüllen als die schwerfällige staatliche Bürokratie.« (Thierstein et al. 2004)

Staat und Markt besitzen grundsätzlich verschiedene Qualitäten. »Der Markt« enthält Freiheit, Effizienz, Rationalität, Individualität, Dynamik und Flexibilität; der Staat hingegen Zwang, Vergeudung, Irrationalität, Kollektivismus, Bürokratie, Stillstand und Inflexibilität. »Der Markt« ist auf diese Weise dem Staat haushoch überlegen: die Institution »der« Freiheit im Kampf gegen »die« Unfreiheit. »Der Markt« ist die bessere Organisationsform, mit mehr Freiheit und mehr Effizienz – eine perfekte Ideologie zur Diskreditierung von Staat, Politik und öffentlichen Diensten. Das fiktive Bild von »dem Markt« wird im gängigen marktradikalen Denken zum Vorbild für die Umgestaltung des Staates. Es rechtfertigt Privatisierung, Deregulierung, Liberalisierung, die Einführung privater Pensionssysteme und den Abbau des Sozialstaates.

Der Markt als Lebewesen

»Der Markt« ist wie ein lebendiges Wesen. Er folgt seinen eigenen Rhythmen, hat Stimmungen und Schwankungen. Er ist manchmal »launisch«, manchmal »friedlich«, manchmal »lustlos«. »Die Börse ist wie ein Bulle« (die Kurse steigen) oder »wie ein Bär« (die Kurse fallen). »Der Markt« hat »unbegründet panisch reagiert« (Skoko 2011). »Die Nationalbank versucht den Markt zu beruhigen.« (moneycab 2011) »Der Markt« ist wie ein wildes Tier: »Die Herausforderung für einen erfolgreichen Trader ist es, den Markt zu zähmen.« (Stobbe 2010) Und er besitzt wie ein Mensch Intentionen und fällt Urteile: »Der Markt hat sein Urteil mit dem in die Höhe geschossenen Zins für griechische Staatsanleihen längst gesprochen.« (Schäfers 2010) Dies hat Wirkung: »Denn der Markt belohnt und bestraft mit eiserner Konsequenz und setzt so Kräfte frei, die sonst erlahmen.« (Miegel 2003)

Der Markt als Gott

Dieses Lebewesen erscheint letztlich wie ein Gott. »Der Markt« ist allwissend und allmächtig, seine Urteile sind endgültig. »Der Markt« besitzt nach Friedrich Hayek eine Vernunft, die so umfassend ist, dass sie »das Fassungsvermögen eines einzelnen und die Lenkungsmöglichkeit durch dessen Verstand übersteigt. Er bezieht sich im buchstäblichen Sinn [...] auf das, was weit über unser Verständnis, unsere Wünsche und Zielvorstellungen sowie unsere Sinneswahrnehmungen hinausgeht, und auf das, was Wissen enthält und schafft, das kein einzelnes Gehirn und keine einzelne Organisation besitzen und erfinden kann.« (Hayek 1996: 76f.)

Populär heißt es: »Der Markt hat immer recht.« (Trichet 2010) Diese übermenschliche Vernunft kann niemand kontrollieren. »Wenn wir uns nicht anpassen, dann wird es der Markt tun – auf eine Weise, die uns vielleicht nicht gefallen mag. Wir müssen uns den Regeln des Marktes unterwerfen. Wir müssen dem Markt Opfer bringen.« (Ötsch 2009)

»Der Markt« als Gott fördert die Ideologie von Sachzwang und Alternativlosigkeit – zum Vorteil von wirtschaftlich Mächtigen: »Gegen den Markt hat die Politik keine Chance.« (Schitz 2011) Eine institutionelle Sicht auf Märkte betont demgegenüber die vielfältigen Regelwerke der Wirtschaft, auf denen wirtschaftliche Prozesse basieren und die im (demokratischen) Diskurs der Gesellschaft gestaltet und verändert werden können.

Literatur

Deutscher Beamtenbund und Tarifunion (Hg.)(2010): Gemeinsam neue Wege gehen. Mehr erreichen. Broschüre, Dezember 2010.

FAZ (2003): Türkische Renditen auf dem tiefsten Stand seit drei Jahren. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.9.2003.

FDP Steinhagen (2009): Programme. In: http://www.fdp-steinhagen.de/programm.html [Stand 10/2011].

Hayek, Friedrich August (1996): Die verhängnisvolle Anmaßung. Die Irrtümer des Sozialismus. Tübingen: J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) [ursprünglich 1988 erschienen als: The Fatal Conceit. The Errors of Socialism].

Heuberger, Julia / Palme, Liselotte (2005): Der Zug der Heuschrecken: zur Kapitalismus-Schelte von Franz Müntefering. In: profil. Heft 19/2005, 39.

Industriellenvereinigung Oberösterreich (2009): Flutwellen. 19.10.2009. In: http://www.iv-oberoesterreich.at/b389m28 [Stand 10/2011].

Jachnow, Alexander (2011): Politische Akteure oder soziale Dienstleister? NGOs im lateinamerikanischen Wohnungssektor der 1990er Jahre. Dissertation, Technische Universität Berlin.

Miegel, Meinhard (2003): Der Markt wird es richten. In: Handelsblatt, 17.3.2003.

Mirowski, Philip (2002): Machine Dreams. Economics Becomes a Cyborg Science. Cambridge: Cambridge University Press.

moneycab (2011): Dexia vor dem Aus. In: http://moneycab.com/mcc/?p=70197 [Stand 10/2011].

Oberlechner, Thomas / Slunecko, Thomas / Kronberger, Nicole (2004): Surfing the Money Tides. Understanding the Foreign Exchange Market through Metaphors. In: British Journal of Social Psychology, 43, 133–156.

Ötsch, Walter Otto (2009): Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie. Marburg: Metropolis.

Schäfers, Manfred (2010): Letzter Kredit. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.5.2010.

Schitz, Christoph B. (2011): Gegen den Markt hat die Politik keine Chance. In: Die Welt. www.welt.de/debatte/article13684222/Gegen-den-Markt-hat-die-Politik-keine-Chance.html [Stand 10/2011].

Schmitt, Susanne / Dietze, Peter (2001): Konjunktur am Wendepunkt: Mehr Markt oder mehr Staat? In: ntv, 6.7.2001. http://www.n-tv.de/archiv/Mehr-Markt-oder-mehr-Staat-article139410.html [Stand 10/2011].

Skoko, Bosko (2011): Keine Immobilienblase in Europa. In: https://www.sparkasse.at [Stand 10/2011].

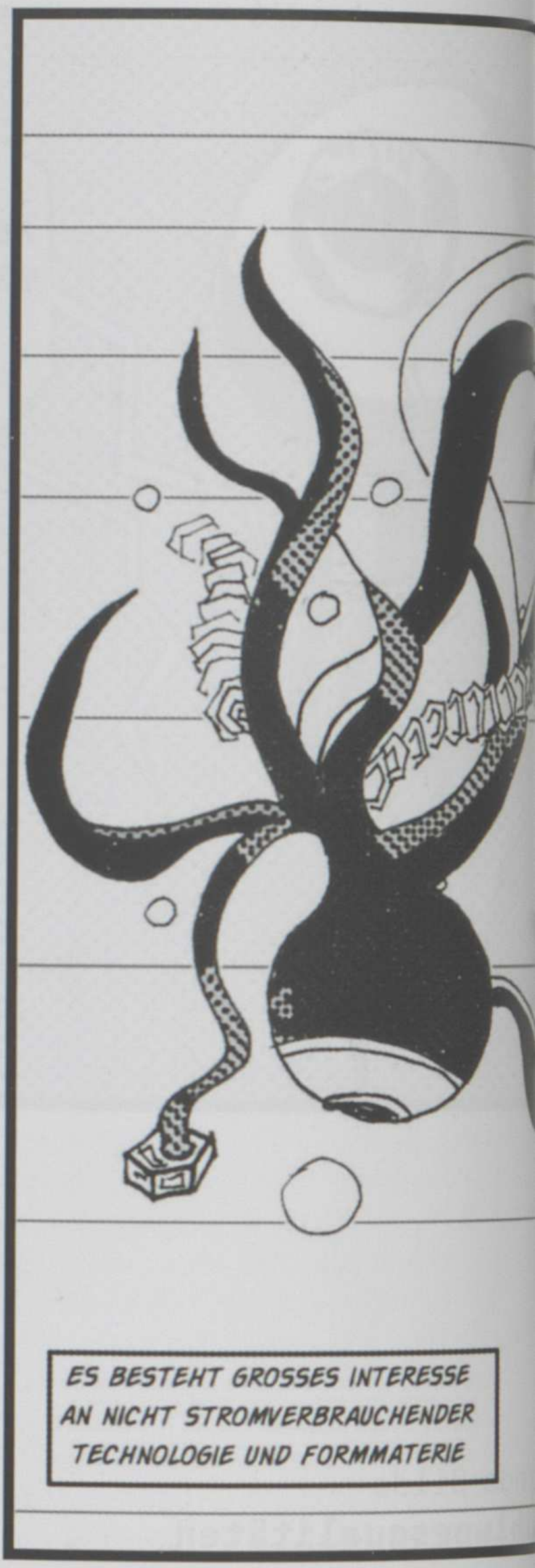
Stobbe, Wolfgang (2010): Erfolgreiches Traden mit CFDs. München: FinanzBuch.

Thierstein, Alain / Abegg, Christoph / Pfister Giauque, Barbara / Rey, Michel / Natrup, Wilhelm / Thoma, Matthias (2004): Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im Schweizer Berggebiet. Bern: Haupt.

Trichet, Jean-Claude (2010): Introductionary Statement with Q&A. In: www.ecb.int/press/pressconf/2010/html/is100408.en.html [Stand 10/2011].

Linda Bilda

Fühlungsqualitäten



Linda Bilda

Gelderschöpfung

TERRANER!
WIR SIND BEREIT, EUCH HOCHENTWICKELTE TECHNOLOGIE ZU LIEFERN.
ABER EUER WIRTSCHAFTSSYSTEM IST ZU VERALTET FUR KOSMISCHE TRANSAKTIONEN...
IWF
Weltbank
OECD

LAAS

Glückskompass

Elisabeth Springler

Harte und weiche Währung

Eine »harte« Währung gilt in der Bevölkerung als Synonym für »wertvoll«. In der Vergangenheit, als Geld noch aus Münzgeld (vor allem Gold und Silber) bestand, gab es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen der physischen »Härte« der Währung (= Münze) und deren Wert, denn dieser wurde durch den Edelmetallgehalt der Münzen bestimmt. Aufgrund von Wertschwankungen bei Edelmetallen gab es jedoch de facto auch schon zu dieser Zeit Schwankungen im Wert der Münzen. Bei der Umstellung auf Papiergeld, das eben nur aus bedrucktem Papier besteht und keinen eigenen inneren Wert besitzt, wurde anfangs dem Wunsch nach einer Edelmetallverankerung mit der Golddeckung von Papiergeld und dem Goldstandard entsprochen (Wray 1998). Während sich jedoch für eine expandierende Wirtschaft die Bindung des Geldes an den Edelmetallbestand als zunehmend unzweckmäßig erwies und deshalb aufgegeben wurde, hat sich die Assoziation von Werthaltigkeit mit Härte in der Metapher von der »harten« Währung gehalten.

Abgesehen von der Vorstellung, dass die Papierwährung an Kraft gewinnt und »gehärtet« wird, wenn ein enger Konnex zu Gold oder anderen Edelmetallen besteht, hat die Metapher einer »harten« Währung, die Prosperität garantieren soll, vor allem in jüngster Vergangenheit wieder an Bedeutung gewonnen. Dabei steht die Diskussion über den Euro und dessen Position während und nach der Finanzkrise im wirtschaftspolitischen Diskurs im Mittelpunkt. Überschriften in Tageszeitungen und Onlinediensten sowie Aussagen aus Politik und Wirtschaft wie »Harter Euro als Garant für Wachstum« (Haase 2010), »Weiche Währung, harte Zeiten« (ZDF 2010), »Auf keinen Fall darf es einen weichen, inflationstreibenden Euro geben« (Der Spiegel 1997) suggerieren das

Bild, dass den KonsumentInnen eine »weiche« Währung gleichsam »durch die Finger rinnt«. Während eine »harte« Währung ökonomischen Turbulenzen trotzt und im internationalen Vergleich unnachgiebig erscheint, scheint bei einer »weichen« Währung unklar zu sein, in welchem Austauschverhältnis sie zu realen Gütern steht, das heißt, ihr wird eine steigende bzw. instabile Inflationsrate zugesprochen.

Verfügt eine Volkswirtschaft über eine »weiche« Währung, wird allgemein davon ausgegangen, dass es sich um eine Volkswirtschaft handelt, deren Währung gegenüber ausländischen Währungen unter Abwertungsdruck steht. Der Wechselkurs kann nicht mehr stabil gehalten werden, es droht eine Wertberichtigung in Form einer Abwertung. Diese gehe mit hoher und / oder steigender Inflation einher. Diese hohe bzw. steigende Inflation führt wiederum zu steigender Unsicherheit für KonsumentInnen. Im Gegensatz dazu gilt eine »harte« Währung, die scheinbar ein Garant für wirtschaftliche Stabilität und Prosperität ist, als erstrebenswert.

Einer Volkswirtschaft mit »harter« Währung wird auch ein Aufwertungsdruck nachgesagt, also eine weitere Aufwertung des Wechselkurses der ohnehin schon starken und international gut positionierten Währung. Die D-Mark, gekoppelt mit den langen Wachstumsphasen der 1950er bis 1970er Jahre, gilt beispielsweise als »harte« Währung, ebenso der Schweizer Franken, der durch seine Stabilität und »Härte« internationales Vertrauen auf den Währungsmärkten erlangte. Im Gegensatz dazu galt die italienische Lira zu bestimmten Zeiten als Paradebeispiel einer »weichen« Währung, wobei die periodischen Abwertungen mit deutlichen Schwankungen in den makroökonomischen Indikatoren einhergingen. Hohe Inflation, schwankendes Wirtschaftswachstum und hohe Budgetdefizite mündeten in steigende Verschuldungsraten. Österreich hat sich vor dem Beitritt zur Europäischen Währungsunion um einen stabilen Wechselkurs bemüht und diesen im Rahmen der »Hartwährungspolitik« mit Deutschland – einer Bindung des österreichischen Schilling an die D-Mark – umgesetzt (Nowotny 2006). Somit wurde für

österreichische Außenhandelsunternehmen und Handelspartnerländer zum einen das Wechselkursrisiko in einem internationalen System (siehe u. a. Blanchard / Illing 2009: Kap. 20, 21), das seit dem Fall des Bretton-Woods-Systems fixer Wechselkurse durch flexible Wechselkurse geprägt ist, minimiert. Zum anderen wurde durch die Definition, dass mit einem hohen bzw. stabilen Wechselkurs auch der Innenwert der Währung – sprich die Inflation – stabil sei, den Haushalten und heimischen Unternehmen ein System sicherer makroökonomischer Rahmenbedingungen gegeben. Mit der Metapher einer »harten« Währung sind allerdings drei Trugschlüsse verbunden.

Trugschluss 1: Ein hoher Wechselkurs führt zu einer hohen Kaufkraft

Es wird angenommen, dass ein hoher Wechselkurs gleichzeitig zu niedriger Inflation führt und damit nicht nur das Vertrauen, sondern auch die Kaufkraft im Land aufrechterhalten werden kann. Diese Argumentation muss jedoch um die Größe und außenwirtschaftliche Struktur eines Landes ergänzt werden. Handelt es sich um eine große Volkswirtschaft mit geringem Außenhandelsanteil (wie unter anderem die USA und der Euro-Raum), deren wirtschaftliche Entwicklung weniger durch den Außenhandel als vielmehr durch die nationale Produktion und Inlandsnachfrage bestimmt wird, ist der Wechselkurs für Veränderungen des heimischen Preisniveaus nicht maßgeblich, da dieses der nationalen Entwicklung untergeordnet ist. Handelt es sich jedoch um eine kleine, offene Volkswirtschaft mit eigener Währung wie Österreich zu Zeiten des Schilling, bedeutet etwa ein Aufwertungsdruck der Währung, dass die heimischen Exporte im internationalen Vergleich einen Wettbewerbsnachteil erfahren. Eine Abwertung bedeutet auf der anderen Seite wegen der großen Bedeutung von Importen, dass das heimische Preisniveau unter Inflationsdruck gerät.

Trugschluss 2: Jegliche Inflation ist immer schlecht

Zweifelsohne ist nicht ein hohes Maß – etwa Hyperinflation – oder eine stark schwankende Inflation anzustreben, weil dabei mit einem Vertrauensverlust und auch steigenden Anpassungskosten gerechnet werden muss. Eines der oft gewählten Lehrbuchbeispiele (Mankiw 1994: 164; Samuelson / Nordhaus 1995: 582) wäre hier das häufige Umschreiben von Preislisten. Allerdings wird bei der Metapher einer »harten« Währung als Gütesiegel vorausgesetzt, dass jegliche Inflation immer schlecht wäre. Dabei wird ein wesentlicher Wirkungszusammenhang vergessen: Inflation hat Umverteilungswirkungen, nämlich von den GläubigerInnen zu den SchuldnerInnen. Gibt es ein moderates Maß an Inflation, kann damit die Verschuldungsposition der Haushalte, etwa nach einer Überschuldungskrise, erleichtert werden und so eine Erholung der Gesamtwirtschaft gefördert werden.

Darüber hinaus schränkt der Wunsch nach einer vollkommen stabilen Inflation den Handlungsspielraum der Geldpolitik im Konjunkturverlauf ein. Zieht man das enge Inflationsziel der Europäischen Zentralbank heran, das bei 2,0 Prozent liegt, bedeutet das, dass auch in einer Krise darauf geachtet werden muss, die Zinsen nicht zu weit zu senken, um die Inflation nicht zu erhöhen. Zinssenkungen zur Ankurbelung der Wirtschaft werden dadurch erschwert.

Trugschluss 3: Eine »harte« Währung spiegelt die Prosperität eines Landes wider

Diesem Trugschluss liegt die Annahme zugrunde, dass der Wechselkurs immer die reale wirtschaftliche Entwicklung und strukturelle Lage einer Volkswirtschaft widerspiegelt. Eine positive Entwicklung der Han-

delsbilanz führt demnach zu einer positiven Bewertung der Währung (Samuelson / Nordhaus 1995: 670; Dornbusch 1988). Nicht zuletzt durch die globale Krise ab 2008 wurde jedoch einmal mehr gezeigt, dass Finanzmärkte extremen Schwankungen unterworfen sein können, die erheblich von zugrunde liegenden Wirtschaftsentwicklungen abweichen. Wechselkurse sind also nicht automatisch das Spiegelbild der Leistungsbilanz, und somit tendieren Währungen mit einem Handelsbilanzüberschuss nicht zwangsläufig zu einem Aufwertungsdruck. Betrachtet man die Handelsbilanz nicht als Auslöser von Wechselkursveränderungen, sondern als Spiegel des Geschehens und der Agenden von möglicherweise spekulativem Verhalten auf den Währungsmärkten bei Kapitalzu- und -abflüssen (Harvey 2006), ergibt sich eine andere Kausalkette, als im Bild einer »harten« Währung suggeriert wird – nämlich die Möglichkeit einer Divergenz zwischen Wechselkurs und der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes. Ein jüngstes Beispiel für eine derartige Divergenz ist die Entwicklung des US-Dollar, dessen Kurs nach Ausbruch der Krise im Herbst 2008 zeitweilig stieg, obwohl die wirtschaftliche Abwärtsentwicklung das Gegenteil hätte erwarten lassen.

Fazit

Die Metapher einer »harten« Währung mit ihren positiven Assoziationen ist somit insgesamt von Trugschlüssen und Mängeln in der Kausalkette betroffen. Die angeführten negativen Konsequenzen einer »weichen« Währung – steigende Inflation und steigende fiskalische Defizite – sind besonders nach dem Eintreten von Krisen nicht ausschließlich als Auslöser von Währungsinstabilitäten zu werten, sondern auch als Wege aus einer nachfrageseitigen gesamtwirtschaftlichen Krise. Insgesamt wird in der gängigen wirtschaftspolitischen Diskussion einer »harten« Währung ein überhöhter Stellenwert zugesprochen.

___ Literatur

__ Blanchard, Olivier / Illing, Gerhard (2009): Makroökonomie. München: Pearson

__ Der Spiegel (1997): »Motor eines Rasenmähers«. Der frühere Kommissionspräsident der Europäischen Union, Jacques Delors, über den Streit um den Euro und die deutsch-französischen Irritationen. In: Der Spiegel. Heft 25/1997.

__ Dornbusch, Rüdiger (1988): Balance of Payments Issues. In: Dornbusch, Rüdiger / Helmers, F. Leslie C. (Hg.): The Open Economy. Tools for Policy Makers in Developing Countries. Oxford: Oxford University Press, 37–53.

__ Haase, Claudia (2010): Harter Euro als Garant für Wachstum. Interview mit Ewald Nowotny. In: Kleine Zeitung, 9.11.2010.

__ Harvey, John (2007/08): Teaching Post Keynesian Exchange Rate Theory. In: Journal of Post Keynesian Economics. Vol. 30, No. 2, 147–168.

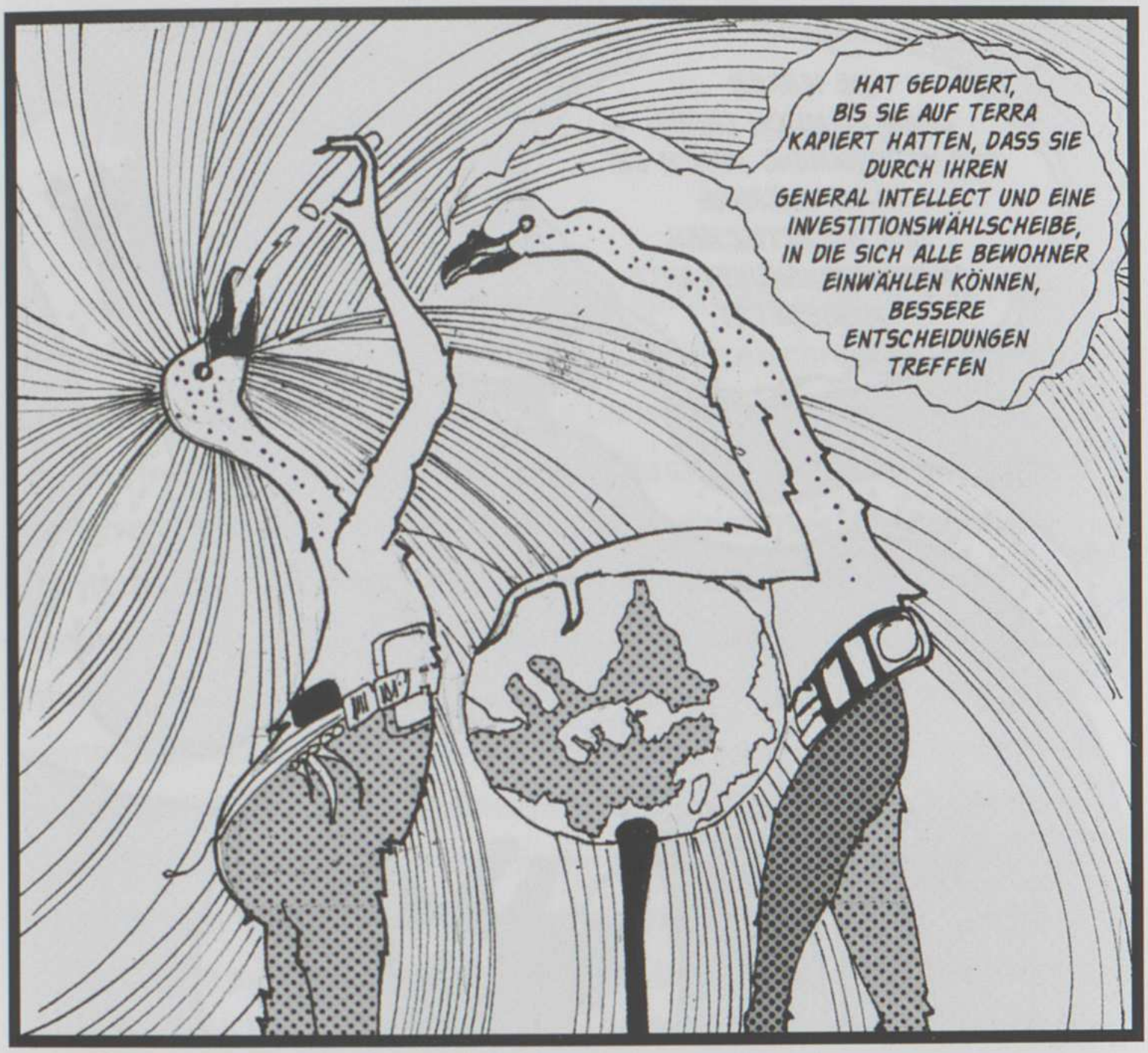
__ Mankiw, Gregory (1994): Macroeconomics. New York: Worth.

__ Nowotny, Ewald (2006): Die Hartwährungspolitik und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs sowie des Finanzsektors. In: OeNB (Hg.): From Bretton Woods to the Euro – Austria on the Road to European Integration. http://www.oenb.at/de/img/nowotny_tcm14-57871.pdf [Stand 10/2011].

__ Samuelson, Paul / Nordhaus, William (1995): Economics. New York: McGraw Hill.

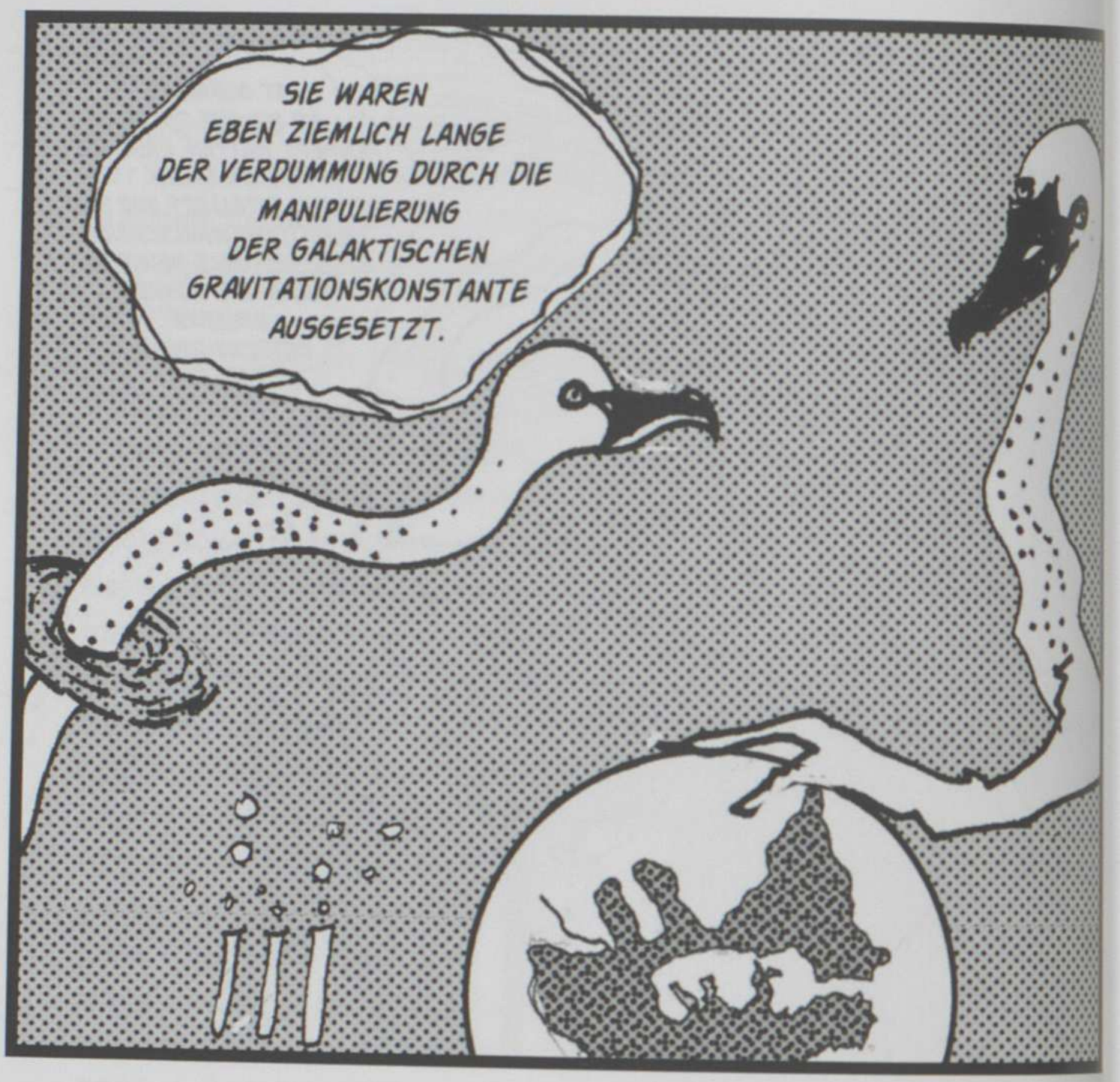
__ Wray, Randall (1998): Understanding Modern Money. The Key to Full Employment and Price Stability. Cheltenham/Northampton: Edward Elgar.

__ ZDF (2010): Weiche Währung, harte Zeiten. Ist der Euro in Gefahr? In: http://maybritillner.zdf.de/ZDFde/inhalt/22/0,1872,8168406,00.html [Stand 10/2011].



Linda Bilda

Investitionswählscheibe


SIE WAREN
EBEN ZIEMLICH LANGE
DER VERDUMMUNG DURCH DIE
MANIPULIERUNG
DER GALAKTISCHEN
GRAVITATIONSKONSTANTE
AUSGESETZT.

Katharina Muhr

Das Kapital ist scheu wie ein Reh

»Wie man seit Marx weiß, ist das Kapital ›ein scheues Reh‹. Es flüchtet beim ersten Räuspern. Man darf es also nie erschrecken, sonst gibt es keinen Rehrücken mit Preiselbeeren.« (Jansen 2006) Hinter dieser Betrachtungsweise steckt die Vorstellung, dass das Kapital ein schutzbedürftiges Wesen ist und wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Regulierungen und Steuern eine brutale Bedrohung darstellen, der es sich durch Flucht entziehen muss, wenn sein Handlungsspielraum durch die »OberförsterInnen« (Jansen 2006) unseres Wirtschaftssystems eingeengt wird. Hat es einmal den Sprung in einen anderen Wald geschafft, so die Befürchtung, dann hilft auch das Ausleuchten der Wälder durch FahnderInnen mit noch so starkem Licht nichts mehr – es ist für immer verloren. Aus diesem Grund wird auf die Verführbarkeit dieses scheuen Geschöpfes gezählt. Denn seien die entsprechenden Lockmittel gefunden, so entschwinde es nicht und stehe für wirtschaftliche Aktivität zur Verfügung.

Das Bild vom Kapital als scheuem Reh ist eine traditionsreiche Metapher, die sich in Zeiten der neoliberalen Globalisierung steigender Beliebtheit erfreut, um Forderungen an das Kapital abzuwehren. Doch welche Effekte haben staatliche Maßnahmen auf die Bewegungsfreudigkeit des Kapitals?

Mittel gegen die vermeintlich drohende Flucht des Kapitals

Nachdem umfassende Kapitalverkehrskontrollen schrittweise aus dem Weg geräumt wurden, wird das Fluchtpotenzial des Kapitals seit

den 1970er Jahren verstärkt als Bedrohungsszenario in unserem Wirtschaftssystem wahrgenommen.

Insbesondere das Steuersystem kann die Attraktivität für den Verbleib des Kapitals in dieser Vorstellung in entschiedenem Maße einschränken. So wird laut herrschender wirtschaftspolitischer Lehre davon abgeraten, dem Kapital eine zu hohe Steuerlast aufzubürden, da es – wird es in seiner Mobilität nicht eingeschränkt – nach alternativen Anlage- und Investitionsformen suchen würde. Stattdessen sei es sinnvoller, die Abgabenlast überhaupt zu senken und, wenn schon unbedingt nötig, die Konsumsteuern zu erhöhen. Diese Analyse führte zur Rechtfertigung der Senkung von Unternehmens- und Kapitalertragssteuern, der Besteuerung von Stiftungen und anderen Formen der Kapitalakkumulation. Als Druckmittel verwenden die Kapitaleigner die potenzielle Auslagerung ihres Kapitals in Steueroasen oder die Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer. Aktuell wird aus ähnlichen Motiven von einer stärkeren Beteiligung des Kapitals an der Sanierung der Staatsverschuldung abgeraten, die im Zuge der Finanzkrise stark angestiegen war. Vermögenssteuern und auch höhere Kapitalertragssteuern würden nur zu dessen Abwanderung führen. Als besonderer Anreiz wird es dem Finanzkapital in Ländern wie Österreich mit seinem Bankgeheimnis sogar ermöglicht, nicht einmal seine EigentümerInnen gegenüber den Steuerbehörden preisgeben zu müssen.

Demokratische Kontrolle, Steuern und Regulierungen befördern demnach die Flucht des Kapitals. Bleiben werde es, wenn es Steuerbegünstigungen bekommt und nicht zu stark kontrolliert wird, wohin es geht bzw. in wessen Besitz es sich gerade befindet. Ansonsten suche es in Offshore-Zentren eine sichere Oase gegen solches Unbill (WEED 2002).

Doch ist das Kapital wirklich so scheu, wie es dargestellt wird, und gilt das für alle Formen des Kapitals in gleicher Form? Ist es immer im selben Ausmaß von einem »Gefahrenpotenzial« bedroht, das es zur Flucht zwingt? Und welche Motive sprechen dafür, seinen Verbleib zu sichern?

Ist das Kapital tatsächlich so scheu, wie es dargestellt wird?

Zunächst muss festgestellt werden – im Sinne von: Reh ist nicht gleich Reh –, dass die verschiedenen Formen des Kapitals unterschiedlich mobil sind. So tut sich in Immobilien vergegenständlichtes Kapital schwer, mir nichts, dir nichts in ein Nachbarland oder nach Übersee »zu flüchten«. Das Abtragen des Gebäudes ist abgesehen von Pappkartonhäusern eine aufwendige und wahrscheinlich oftmals mäßig zielführende Angelegenheit. Beim Finanzkapital ist der Fall schon anders gelagert, hier ist die Flucht bzw. »Abstimmung mit den Füßen«, wie sie häufig genannt wird, leichter möglich. Beim Unternehmenskapital dagegen ist die Umsetzung eines »Fluchtgedankens« schon wieder von mehreren Faktoren abhängig, und von heute auf morgen gelingt die Flucht meist gar nicht.

Für alle Formen des Kapitals aber gilt: Die bloße Aussicht auf geringere Steuern im Ausland wird in vielen Fällen nicht zur Flucht führen, denn für die Attraktivität des aktuellen Standorts sind mehrere Faktoren ausschlaggebend. Auf dessen Qualität nehmen gerade bei Unternehmenskapital auch die Verkehrsanbindung, die administrativen Gegebenheiten, die Absatzmöglichkeiten der Produkte, das Ausbildungsniveau der Arbeitskräfte und deren Verfügbarkeit großen Einfluss.

Zudem können politische Motive bzw. Hindernisse für einen Verbleib sprechen. Politische Stabilität macht einen Standort attraktiv. Kapitalverkehrskontrollen verunmöglichen eine Flucht. Aber auch geografische Nähe kann für einen Verbleib sprechen – ein großer Teil der AktieninhaberInnen hält diese Aktien im Inland. Daran zeigt sich, dass Vertrauen und die Kenntnis des aktuellen Wirtschaftsstandorts durchaus beachtenswerte Größen sind, denen in vielen Fällen der Vorzug vor höheren Gewinnaussichten im Ausland gegeben wird.

Somit sind es durchaus unterschiedliche Faktoren, die auf die »Mobilitätsgelüste« verschiedener Formen des Kapitals Einfluss haben.

Die Wirtschaftspolitik ließ sich immer wieder von der Fluchtdrohung des Kapitals einschüchtern. Es zeigt sich auch relativ deutlich, dass die Liberalisierung der nationalen und internationalen Finanzmärkte seit den 1970er Jahren, der Abbau von Kapitalverkehrsbeschränkungen, die Einführung von Steuererleichterungen und die Schaffung von Steueroasen als Rückzugsorten des Kapitals keineswegs ein auferlegter Sachzwang der Globalisierung des Wirtschaftssystems waren. Vielmehr wurde dies von bewussten politischen Entscheidungen souveräner Staaten erwirkt. So gehören die Steueroasen Cayman Islands und Jersey zu Großbritannien. Und auch der schrittweisen Deregulierung der Finanzmärkte innerhalb der EU hätte ein Riegel vorgeschoben werden können, wie sich jetzt auch in den ersten Ansätzen zu einer Reregulierung nach der Finanzmarktkrise auf EU-Ebene zeigt. Die Politik hat davon Abstand genommen, denn mit der Deregulierung der Finanzmärkte war auch die Vorstellung verbunden, mehr Wohlstand für alle und eine bessere Verteilung des Kapitals zu erzielen. Regulierungen, so hieß es, würden die Suche des Kapitals nach den profitabelsten Anlage- und Investitionsmöglichkeiten behindern. Wie die jüngste Krise wieder gezeigt hat, wurden dabei die Nachteile von exzessiver Bewegungsfreiheit für das Kapital zu wenig bedacht. Auch die aktuelle Rücksichtnahme auf eine drohende Flucht des Kapitals bei der Sanierung des staatlichen Defizits ist unangebracht. Denn auch nach der Krise ist offen, in welchem Maß privates Kapital für volkswirtschaftliche Prosperität statt für Spekulation eingesetzt wird. Besteuerung unterwirft zumindest einen Teil der Kapitalverwendung gesellschaftlicher Kontrolle.

Von einer übermäßigen Belastung von Kapital kann in Österreich bislang jedenfalls nicht die Rede sein. In Österreich gibt es mit dem Bankgeheimnis, der Einrichtung eines Privatstiftungsgesetzes 1993, der Abschaffung der Vermögenssteuer 1993, der Abschaffung der Börsenumsatzsteuer 1999 und der Senkung der Körperschaftssteuer 2005 viele Vergünstigungen für das Kapital. So viele, dass im Ausland von Dumping und von der »Steueroase Österreich« gesprochen wird (Engel 2008).

Ein Blick zurück auf die Wirtschaftsordnung der Nachkriegszeit zeigt, dass die ersten drei Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg in der bisherigen Geschichte des internationalen Kapitalismus jene mit den dichtesten Kapitalverkehrsbeschränkungen und mit relativ hohen Besteuerungsraten des Kapitals waren. Sie waren zugleich Zeiten eines besonders starken Wachstums, hoher Beschäftigung, erheblicher Steigerungen der Realeinkommen und gesellschaftlichen Fortschritts. Diese Entwicklungen lassen sich natürlich nicht nur auf die Einschränkung der Mobilität und der Gewinnerzielungsrate des Kapitals zurückführen, sondern sind Ergebnis einer insgesamt günstigen Konstellation ökonomischer und institutioneller Faktoren (Huffschmid 2002: 117ff). Diese historische Erfahrung zeigt, dass die Spielräume, um das Kapital für gesellschaftliche Aufgaben in die Pflicht zu nehmen und seine Bewegungsfreiheit zu beschränken, aktuell unterschätzt werden. Deutlich wird aber auch: Die Nutzbarmachung des Kapitals für eine positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ist von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen abhängig.

Als Metapher für das Kapital ist das Bild vom Reh auch deshalb ungeeignet, weil das Kapital kein Ding oder lebendiges Wesen, sondern ein soziales Verhältnis ist. Arbeit und Kapital sind aufeinander angewiesen, um im Kapitalismus Wert zu produzieren. Völlig auf sich allein gestellt gibt es für das Kapital also »kein Überleben« – die Flucht hat Grenzen. Rehe, Löwen und andere Figuren auf dem »wirtschaftlichen Feld«: Wer welche Rolle spielt und wer wen zähmt, jagt, vertreibt oder lockt, ist von den jeweils aktuellen Machtverhältnissen abhängig. In der neoliberalen Globalisierung hat das Kapital in den vergangenen Jahrzehnten seinen Spielraum ausgeweitet, aber das war nicht immer so und muss nicht so bleiben. Wenn es sich im Spekulations-Wald verläuft, kommt es in der Not von selbst wieder angelaufen, wie die staatlichen Rettungspakete in der Krise zuletzt gezeigt haben.

___ Literatur

__ Altvater, Elmar (2010): Im Schlepptau der Finanzmärkte. Wie sich die Politik dem Diktat der Krisenverursacher unterwirft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. November 2010, 55–65.

__ Reinhard Engel (2008): Warum Deutsche die Steueroase Österreich lieben. In: Die Welt, 13.3.2008.

__ Huffschmid, Jörg (2002 [1999]): Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg: VSA.

__ Huffschmid, Jörg (2009): Finanzmarktkapitalismus – eine stabile Formation? In: http://www.oegpw.at/tagung09/papers/PA3_huffschmid.pdf [Stand 10/2011].

__ Jansen, Jens (2006): Reh-Konstruktion. In: http://archiv2007.sozialisten.de/politik/publikationen/disput/view_html?zid=34638&bs=1&n=10 [Stand 10/2011].

__ WEED (2002): Kapital braucht Kontrolle. Die internationalen Finanzmärkte. In: Kurswechsel. Heft 3/2002, 7–18.

LAAS

Leistungsgedankenlosigkeit

Armin Puller

Leistungsträger

Der Begriff »Leistungsträger« ist trotz des wenig fassbaren Bildes, jemand könne so etwas wie Leistung *tragen*, seit geraumer Zeit wichtiger Bestandteil neoliberalen Denkens. So unklar dabei die Bestimmung der genauen Personengruppe ist, die in den letzten Jahren so oft als »Leistungsträger« bezeichnet wurde, so sicher ist, dass unter »Leistungsträgern« gemeinhin Besserverdienende verstanden werden. Sie seien jene soziale Gruppe, die durch ihre »Leistungen« den Wirtschaftsstandort sichert, Arbeitsplätze schafft, den Sozialstaat am Leben erhält – und dennoch unbedankterweise immer wieder zur Kasse gebeten wird. Die Verteidigung der »Leistungsträger« vor »Steuerlawinen« (Vermögensbesteuerung) und Faulen in »sozialen Hängematten« (Sozialausgaben) erscheint in dieser Metapher als selbstverständlicher Beitrag zu sozialem Ausgleich: »Leistungsträger« seien die wirklich Benachteiligten in Verteilungskämpfen und müssten sich endlich politisch formieren, um die imaginierte Dominanz »unproduktiver« Teile der Gesellschaft zu brechen. Als Gegenbild der »Leistungsträger« werden die »Sozialschmarotzer« konstruiert, die sich angeblich auf Kosten und unter Behinderung der Entfaltungsmöglichkeiten der »Leistungsträger« ein schönes Leben gönnen und daher in einer Art Befreiungsschlag abgeschüttelt werden sollten. In dem neoliberalen Schlüsselroman »Atlas wirft die Welt ab« von Ayn Rand wird ein düsteres Szenario entworfen, wenn die »Leistungsträger« verschwinden. Mit dem Bild des mythologischen Atlas wird die Metapher entschlüsselt: In der Vorstellung der selbst ernannten »Leistungsträger« sind sie der Motor der Gesellschaft und tragen die anderen mit.

»Wo woar mei Leistung?«

»Leistungsträger« sind mit Eigenlob für ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Wohlstand selten sparsam und treten selbstbewusst gegen mangelhafte Anerkennung auf. Die »Leistung«, derer sie sich rühmen, messen sie an Erfolg und Spitzeneinkommen, wobei einzelnen »Leistungsträgern« diese Leistungsdefinition mitunter selbst fragwürdig erscheinen kann. Eindrucksvoll kann dies am Fall des sich selbst als »Leistungsträger« rühmenden Lobbyisten und ehemaligen FPÖ-Politikers Walter Meischberger beobachtet werden, der während der Amtszeit der schwarzblauen Regierung für Beratungstätigkeiten in Zusammenhang mit der Privatisierung von Bundesimmobilien zu Dumpingpreisen ein Vermittlungshonorar von über zehn Millionen Euro bezog. Während er das Honorar angesichts der vollzogenen Privatisierung lange Zeit als angemessen verteidigte, wandte sich Meischberger aufgrund des zunehmenden öffentlichen Rechtfertigungsdrucks einige Zeit später vertrauensvoll an einen Kompagnon in der Causa, den er mit der bekannt gewordenen Frage »Wo woar mei Leistung?« in gänzliche Ratlosigkeit versetzte (Klenk 2010).

Wenn es um die Verteidigung von Steuerprivilegien geht, kennen die selbst ernannten »Leistungsträger«, die sich beständig von wenig tugendhaften NeiderInnen verfolgt fühlen, keine Grenzen: Wann immer Spitzeneinkommen und Vermögensbesitz thematisiert werden, schlagen »Leistungsträger« und ihre VerteidigerInnen Alarm, sprechen von Neiddebatten und verweisen auf die harte Arbeit und Verantwortung, die individuellen Wohlstand und den verdienten Aufstieg ermöglichten. Konkrete Betrachtungen der Arbeitsprozesse von »Leistungsträgern« machen allerdings deutlich, dass die »Leistung« der »Leistungsträger« weniger eine konkret fassbare Arbeit, sondern die Fähigkeit und Realisierung der Vermögensanhäufung selbst meint. Entgegen dem Mythos der hart arbeitenden »Leistungsträger« zeigen Studien der Oesterreichischen

Nationalbank, dass große Vermögen selten mit eigenen Leistungen zusammenhängen, sondern vielmehr mit Vermögensübertragungen (Erbschaften und Schenkungen) (vgl. zur Einkommens- und Vermögensverteilung BMSK 2009: Kap. 17, 18). Der Leistungsträgerdiskurs versucht den Leistungsbegriff so umzudeuten, dass »Leistung« nicht über konkrete Tätigkeiten definiert wird, sondern aus hohen Einkommen auf hohe »Leistungen« geschlossen werden soll.

Ein neuer Leistungsträgerblock?

Der Leistungsbegriff nimmt in neoliberalen Diskursen eine besondere Funktion ein: Da er nicht vornehmlich für die Arbeiten der Angehörigen ökonomischer Eliten reserviert ist, können sich auch andere soziale Gruppen in seiner Logik wiederfinden, insbesondere die »Mittelschichten«, zu denen sich ein Großteil der arbeitenden Bevölkerung selbst zählt. Die Herstellung einer Gemeinschaft der »Leistungsträger« schließt damit an die breiten Abstiegsängste und auch vielfach realisierten sozialen Abstiege von qualifizierten FacharbeiterInnen, Angestellten, FreiberuflerInnen etc. an und zeigt ihnen durch Steuerentlastungsversprechen eine Verbesserung ihrer Lebenssituation in Zeiten schlechter Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt und mangelnder Optionen für sozialen Aufstieg auf. Der Leistungsträgerdiskurs bringt diese sozialen Gruppen in Gegensatz zu Forderungen nach staatlichen Umverteilungspolitiken, der Stärkung der sozialen Infrastruktur und öffentlichen Subventionen für Staatsunternehmen sowie für Beschäftigung. Die beworbene steuerliche Einkommensaufbesserung wird also auch jenen sozialen Gruppen in Aussicht gestellt, die aus dieser Steuerpolitik gar keinen Nutzen ziehen; denn das Versprechen einer Steuersenkung beinhaltet das Schweigen über sinkende Staatsausgaben für Bildung, Gesundheit, Soziales, Mobilität u. v. m.

Wer sind nun aber die implizit »Unproduktiven«, denen »Leistungsträger« stets gegenübergestellt werden? Zweifellos richtet sich die Offensive nicht gegen die Besserverdienenden, die von der Arbeit anderer leben. Als die wahrhaft »Unproduktiven« werden der »ineffiziente« und »unflexible« öffentliche Dienst (»Beamtenapparat«), die KundInnen der Krankenkassen, PensionistInnen (die »generationenübergreifende Solidarität« gelehrt werden müsse) sowie BeihilfenempfängerInnen, die keine Lohn- oder Einkommensteuer zahlen, präsentiert (vgl. Pröll 2009).

Doch auch der Versuch, den Leistungsträgerbegriff auf einfache Lohnarbeitende umzudeuten und sie als die wahren »Leistungsträger« gegen neoliberale Diskurse aufzuwerten, fügt sich in das Ringen um eine wie auch immer definierte politische Mitte unter tendenzieller Ausblendung tatsächlicher Verteilungsfragen. Wie auch immer der Leistungsträgerbegriff definiert wird, schließt er notwendig jene Menschen, die herrschenden Leistungskriterien nicht genügen können und deshalb sozialstaatliche Rechte erhalten – etwa Arbeitslose, Alte, Kranke und Behinderte –, aus und stuft sie herab.

Politische Philosophie der »Leistungsträger«

Spätestens seit seiner Ausrufung des »antifiskalischen Bürgerkriegs« zur Bekämpfung des »steuerstaatlich zugreifenden Semi-Sozialismus«, der »Staats-Kleptokratie« und des eigentumsfeindlichen Sozialstaats (dem »geldsaugenden und geldspeienden Ungeheuer von beispiellosen Dimensionen«) gilt der Philosoph Peter Sloterdijk (2009, kritisch: Rehmann / Wagner 2010) als deutscher Vorkämpfer der »Leistungsträger«. Sloterdijks Analyse gegenwärtiger gesellschaftlicher Prozesse als Ausbeutung der »Produktiven« durch »Unproduktive« basiert auf der selektiven Umdeutung wohlfahrtsstaatlicher Steuersysteme – der Vorstellung, Steuern würden nur aus Einkommensteuern bestehen, nur von Besser-

verdienenden gezahlt werden und außerdem nur »Sozialschmarotzer« fördern – und erinnert in ihrer Struktur wahrscheinlich nicht unbeabsichtigt an Nietzsches Unterscheidung von »Herren«- und »Sklavenmenschen«. Als Schritt gegen die »Leistungsträgerverleumdung« schlägt Sloterdijk vor, Steuern durch freiwillige Abgaben zu ersetzen und den »Leistungsträgern« so jenen Ruhm (der Großherzigkeit und Güte) zu verschaffen, der ihnen durch »Zwangssteuern« verwehrt bleibt.

Das gezeichnete Bild der »Leistungsträgerschröpfung« verschleiert die tatsächliche Struktur der Steuereinnahmen und ignoriert unter anderem, dass (a) etwa in Österreich jene 40 Prozent der EinkommensbezieherInnen, die keine Einkommensteuer zahlen, sehr hohe Abgabenbelastungen durch indirekte Steuern zu verzeichnen haben, da ihr Einkommen meist vollständig im Konsum aufgeht, und (b) die Abgabenlast auf Arbeit ungleich höher und im Steigen begriffen ist, verglichen mit der extrem niedrigen und sinkenden Belastung von Vermögen und Erbschaften (vgl. WIFO 2009). Neben den Belastungen von Niedrigeinkommensbezieherlnnen werden im Leistungsträgerdiskurs auch all jene Arbeiten ausgeklammert, die am Horizont der Erwerbsarbeitszentriertheit gar nicht auftauchen. Unbezahlte Betreuungs- und Versorgungsarbeiten, die in Österreich immer noch zu zwei Dritteln Frauen aufgehalst werden, werden mangels Entlohnung stillschweigend von der Bewertung als »Leistung« ausgeschlossen. Neben diesem Aspekt ist auch das Desinteresse an dem strukturellen Ungleichgewicht zwischen Einkommen von Männern und Frauen (Männereinkommen liegen weiterhin durchschnittlich mehr als 50 Prozent über Fraueneinkommen) ein Hauptgrund für den Ausschluss von Frauen aus der Gruppe der »Leistungsträger« innerhalb des Leistungsträgerdiskurses.

Es verwundert dabei nicht, dass Sloterdijks klassistische Argumentationen wunderbar mit Thilo Sarrazins wohlformuliertem Elitenrassismus kompatibel sind, der gegenwärtige rechtsextreme und rechtspopulistische Ressentiments zu einer neuen bürgerlichen Programmatik

umarbeitete. Sloterdijk und Sarrazin ist gemein, dass sie in der Diktion revolutionärer Umwälzung von Werten wie Gleichheit und Freiheit Gebrauch machen, ohne dabei ihr Lob sozialer Ungleichheit zu verbergen: Das Projekt, das sie verfolgen, ist die Gleichheit des Bürgertums in Abgrenzung nach unten und die Freiheit, ohne Beschränkungen und ohne schlechtes Gewissen die nichtbürgerlichen »Unterschichten« (inkl. MigrantInnen) ausschließen und deren (zumeist nicht selbst gewählte) Lebensweisen diffamieren zu können.

Solidarität mit den »Leistungsträgern«?

Die Ideologie von der Ausbeutung der »Leistungsträger« argumentiert mit selektiven Daten. Seriöse Erhebungen der Verteilung von Einkommen und Vermögen zeigen durchwegs, dass die Schere von Armut und Reichtum auseinandergeht und auch Länder wie Österreich von erschreckenden Ungleichheiten gezeichnet sind: So halten die obersten zehn Prozent der Bevölkerung 54 Prozent des Geldvermögens, das reichste Prozent 27 Prozent und die untere Hälfte acht Prozent (vgl. BMSK 2009: 278f.). Dagegen blendet der Leistungsträgerdiskurs gezielt die steigende Überausbeutung der lohnabhängigen Bevölkerung durch wachsenden Arbeitsdruck und stagnierende Gehälter trotz steigender Produktivität oder auch die Zunahme von Personen unterhalb der Armutsgrenze etc. aus. Das Verbergen und Relativieren von Ungleichheiten verschweigt auch Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern sowie MigrantInnen und NichtmigrantInnen.

Leistungsmaßstäbe sind gesellschaftlich umstritten und individuelle Leistung in einer arbeitsteiligen Gesellschaft schwer zu messen (BEIGEWUM 2005). Relativ leicht zu messen sind hingegen in Geld ausgedrückte Einkommen und Vermögen. Sie geben jedoch weniger Auskunft über dahinterstehende (Arbeits-)Leistung als über individuelle

finanzielle Leistungs*fähigkeit*. Für eine Absicherung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen ist es notwendig, dass sich die Steuerleistung verstärkt nach der finanziellen Leistungsfähigkeit richtet: Dann würde denen, die aus Glück, gesellschaftlicher Positioniertheit oder Durchsetzung im Wettbewerb über viele Ressourcen verfügen, auch mehr abverlangt. Eine Anhebung von Höchstbemessungsgrundlagen bei Einkommensabgaben und eine Aufhebung der Unterbesteuerung von Vermögenseinkünften wären notwendig, um aus selbst ernannten »Leistungsträgern« angemessene Beitragsleistende für öffentliche Leistungen zu machen.

Literatur

AK (Hg.) (2006): AK-Frauenbericht 1995–2005. Arbeit – Chancen – Geld. Wien.

BEIGEWUM (2005): Mythen der Ökonomie. Anleitung zur geistigen Selbstverteidigung in Wirtschaftsfragen. Hamburg: VSA.

Bundesministerin für Frauen und Öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt Österreich (Hg.) (2010): Frauenbericht 2010. Bericht betreffend die Situation von Frauen in Österreich im Zeitraum von 1998 bis 2008. Wien.

Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz (BMSK) (Hg.) (2009): Sozialbericht 2007–2008. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien.

Klenk, Florian (2010): »Ich hob mitkassiert, oder?«. In: Falter. Heft 51–52, 18–21.

Pröll, Josef (2009): Rede von Finanzminister Josef Pröll über das »Projekt Österreich«. In: http://www.oevp.at/Common/Downloads/Rede_Proell_EsgiltdasgesprocheneWort.pdf [Stand 6/2011].

Rehmann, Jan / Wagner, Thomas (Hg.) (2010): Angriff der Leistungsträger? Das Buch zur Sloterdijk-Debatte. Hamburg: Argument.

Sloterdijk, Peter (2009): Die Revolution der gebenden Hand. In: FAZ, 10.6.2009, 29–31.

WIFO (Hg.) (2009): Umverteilung durch den Staat in Österreich. Wien.

Eva Vasari

Luxus-Fließband

e Can Do It!
ARMUTS-
ZERSTÄUBER
FREIZEIT
PAKET
GENUSSO
METER
BLAUER
MONAT
SOZIALTURBO
WETTBEWERBS
BREMSE

Eva Vasari

Mitsprachefeuerwerk

Philipp Poyntner & Daniel Siegrist

Reformstau am Arbeitsmarkt

Es gibt Themen in der öffentlichen Debatte über Wirtschaftspolitik, die die Tendenz haben, immer wieder aufgewärmt zu werden. Wenn es gerade en vogue ist, die Verfehlungen der (Wirtschafts-)Politik aufzuzeigen, fehlt ein Fixkandidat selten: der »Reformstau«. Gerne folgt ihm noch der Zusatz »am Arbeitsmarkt«. So hieß es anlässlich der französischen Präsidentschaftswahl 2007 in der »Presse«: »In Jacques Chiracs zwölfjähriger Amtszeit hat sich ein gewaltiger Reformstau gebildet. [...] Frankreich benötigt dringend eine Reform des Arbeitsmarktes. Diese ist jedoch nur schwer umzusetzen. Ein Versuch der Regierung, den Kündigungsschutz bei Erstanstellungen zu lockern, wurde vor einem Jahr durch Massendemonstrationen verhindert.« (Huber/Schneider 2007)

Von Hausverstand und Reformunwillen

Vorgeschlagen wird von den »Reformern« häufig, den Kündigungsschutz zu lockern, das Arbeitslosengeld zu kürzen und Kollektivverträge abzuschaffen. Das Schöne an diesen Ratschlägen ist, dass, so scheint es, keine nähere Beschäftigung mit dem Arbeitsmarkt vonnöten ist, um die Richtigkeit dieser Reformen zu erkennen – simpler Hausverstand tut es auch: »Derzeit macht das französische Arbeitsrecht Kündigungen fast unmöglich. Unternehmen scheuen deshalb davor zurück, neue Mitarbeiter einzustellen. Die Schattenseite des großzügigen Arbeitnehmerschutzes ist die hohe Jugendarbeitslosigkeit. Vor allem viele Jugendliche aus den Vorstädten scheinen mittlerweile fast gänzlich aus dem Erwerbsprozess ausgeschlossen.« (Huber / Schneider 2007)

Aber nicht nur den (arbeitslosen) ArbeitnehmerInnen wird durch »rigide« Arbeitsmärkte geschadet: »Zahlreiche ausländische Unternehmen wandern ab. Als Gründe werden u. a. der schwerfällige bürokratische Aufwand, die leistungsschwachen Infrastrukturen, der unflexible Arbeitsmarkt und der Reformstau genannt«, berichtete der »Standard« 2007 über Italien (Der Standard 2007).

Die »Reformstau«-Metapher deutet die Tatsache, dass neoliberale Forderungen zur Umgestaltung des Arbeitsmarktes umstritten und folglich schwer durchsetzbar sind, in ein Versagen der Politik bei der Umsetzung optimaler Verkehrsregeln um. Dadurch entstehe eine Blockade, die wirtschaftliche Prozesse einschränke: Ein »Reformstau« am Arbeitsmarkt schade Unternehmen, Arbeitslosen und vor allem Jugendlichen. Die wirtschaftspolitisch Verantwortlichen müssten demnach den Arbeitsmarkt liberalisieren.

Aber: Wie kann es sein, dass in Europa die Umsetzung anscheinend nicht und nicht geschieht? Wer sollte bei aller Klarheit der Argumente denn gegen diese Reformen sein? Auch auf diese Frage bleiben die Medien eine schnelle und einleuchtende Antwort nicht lange schuldig: »Kein Wunder, daß die, die Arbeit haben, auf die Verheißungen der Politik pfeifen und sich dickere Lohntüten – die volkswirtschaftlichen Kosten hin oder her – erstreiken.« (Bahnsen 2002)

Die Gewerkschaften (und der Staat) nehmen also wider besseres Wissen hohe Arbeitslosigkeit in Kauf, um ihre arbeitende Wählerschaft mit sicheren Jobs und Kündigungsschutz zu versorgen, so die Aussage des Neoliberalismus.

Das Argument, dass es so gut wie keine Arbeitslosigkeit gäbe, wenn man nur die Märkte ungehindert spielen lassen würde, und dass die volle Flexibilität der Löhne dafür sorgen würde, dass Abweichungen vom Vollbeschäftigungsniveau nur kurzfristig wären und der Arbeitsmarkt automatisch ins Gleichgewicht zurückkehren würde, kann einfach widerlegt werden: ArbeitnehmerInnen werden sich, soweit es geht, immer

gegen Lohnsenkungen zur Wehr setzen – auch ohne Gewerkschaften, Kollektivvertragsregelungen, Mindestlöhne und sonstige Regulierungen. Mit oder ohne Liberalisierung: Weil Arbeitskräfte aufgrund von Qualifikation und Erfahrung in den meisten Bereichen nicht von heute auf morgen austauschbar sind, funktionieren Arbeitsmärkte niemals so, wie es das abstrakte Marktmodell des Ausgleichs von Angebot und Nachfrage durch flexible Preise (in diesem Fall: Löhne) nahelegt.

Das zentrale Argument für die Flexibilisierung – dass auf flexiblen Arbeitsmärkten in Krisensituationen die Löhne gesenkt werden könnten, um Arbeitslosigkeit zu verhindern – ist also wenig realistisch. Dieser Vorschlag bedenkt auch einen weiteren Faktor nicht: Wenn das Einkommen der Lohnabhängigen fällt, sinken auch ihre Konsumausgaben. Durch diesen Nachfrageausfall können UnternehmerInnen weniger Produkte absetzen. Weitere Entlassungen und Arbeitslosigkeit sind die Folge.

Ein flexibler Arbeitsmarkt führt also keinesfalls zu einem sich selbst ausgleichenden Mechanismus von Vollbeschäftigung. Im Gegenteil: Die durch Regulierungen geförderte Stabilität der Löhne und die Einkommensabsicherung durch Sozialleistungen verhindern nicht nur Armut, sondern sind ein wesentliches Element, um Krisen im Kapitalismus weniger gravierend ausfallen zu lassen, und ein Mittel gegen ausufernde Arbeitslosigkeit. Dies hat auch zur Konsequenz, dass massive staatliche Sparmaßnahmen in Krisen zu sinkenden Einkommen und hoher Arbeitslosigkeit führen. Sie sind kein Heilmittel gegen Krisen, sondern perfekt geeignet, um den Patienten ins Koma zu versetzen.

Die Realität – der Arbeitsmarkt in der EU

Hier lohnt sich ein Blick auf Deutschland. Dort findet infolge der Arbeitsmarktliberalisierung seit geraumer Zeit eine Prekarisierung des Arbeitsmarktes statt. Von 1997 bis 2007 ist die Anzahl der Deutschen in

sogenannten Normalarbeitsverhältnissen – also Vollzeitarbeit auf dauerhafter vertraglicher Grundlage – um 1,5 Millionen gesunken. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Personen in atypischen Beschäftigungsformen – Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Stunden Arbeit pro Woche, geringfügige Beschäftigungen, befristete Beschäftigungen sowie Zeitarbeitsverhältnisse (Leiharbeit, Arbeitnehmerüberlassung) – um 2,6 Millionen. Insgesamt ergibt sich für alle abhängig Beschäftigten zwar eine Zunahme um 1,1 Millionen (vgl. Destatis 2009), der in Arbeitsstunden gemessene Effekt für ganz Deutschland ist aber leicht negativ.

Weiters ergibt sich für den Zeitraum ab der Jahrtausendwende das Phänomen, dass die Löhne nicht mit dem Wirtschafts- und Produktivitätswachstum Schritt hielten. Ab 2000 fiel der Anteil der Löhne am Volkseinkommen fast jedes Jahr, insgesamt von 72,2 Prozent (2000) auf 66,3 Prozent (2010). Die einzige Ausnahme bildete 2009, als eine Steigerung von drei Prozent gegenüber 2008 zu beobachten war. Von 2000 bis 2010 wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland jedes Jahr durchschnittlich um 0,8 Prozent – das Arbeitsvolumen (d. h. die Summe aller in einem Jahr von den Beschäftigten eines Landes geleisteten Arbeitsstunden) aber reduzierte sich durchschnittlich um 0,2 Prozent pro Jahr (vgl. AAW 2011). Die Liberalisierung war also »erfolgreich« beim Drücken der Löhne. Eine Erhöhung der Beschäftigungsmöglichkeiten erzielte sie nicht.

Ausgangspunkt dieses Prozesses war die »neoliberale Konterrevolution« Mitte der 1980er Jahre, die mit einer massiven Schwächung der Gewerkschaften einherging. 1993 wurde in Deutschland mit der Novelle des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) die Grundlage für Zeitarbeitsfirmen geschaffen, ursprünglich beschränkt auf die Ausleihe von Arbeitskräften für maximal drei Monate. 1997 und 2002 folgten weitere Liberalisierungen, die maximale Ausleihfrist wurde schrittweise auf 24 Monate erhöht. Nun war ein regelrechter Boom von Zeitarbeit losgetreten und die ArbeiterInnen nicht nur prekär beschäftigt, sondern auch schlechter bezahlt als bei Normalarbeit.

Parallel dazu brachte die Privatisierung der Deutschen Telekom, der Lufthansa und der Deutschen Bahn Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen. 2002 bis 2004 führten die Hartz-Reformen Minijobs und »Ein-Euro-Jobs« ein, die den Bezug von Arbeitslosenunterstützung bei gleichzeitiger Lohnarbeit gegen geringes Entgelt ermöglichten. Die »Agenda 2010« setzte eine weitere Schwächung des Kündigungsschutzes (»Knebelverträge«) und eine Senkung der Lohnnebenkosten sowie ein niedrigeres und kürzeres Arbeitslosengeld durch. Die Arbeitsbedingungen haben sich in Deutschland seit den »Flexibilisierungen« stark verschlechtert.

Ein Blick hinter die Kulissen

In der aktuellen Krise zeigt sich, dass die Liberalisierung des Arbeitsmarktes in Rezessionsphasen ein enormes Problem darstellt. Arbeitslosenunterstützung und Kündigungsschutz dienen in der Krise als »automatische Stabilisatoren«: Sie stabilisieren Einkommen bzw. verhindern, dass durch Arbeitslosigkeit allzu viel Kaufkraft verloren geht. So wird vermieden, dass der Konsum allzu stark einbricht.

Was bei einer Schwächung dieser Stabilisatoren passiert, zeigt Spanien, das für seine Reformen in den 2000er Jahren oft gelobt wurde und nun mit 20,7 Prozent die höchste Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union aufweist. Aufgezwungene Sparmaßnahmen und eine fehlgeschlagene Liberalisierung des Arbeitsmarktes tragen den größten Anteil an diesem Desaster.

Die Liberalisierung »rigider« Arbeitsmärkte brachte also keinen Abbau der Arbeitslosigkeit, sondern verschärfte das Problem weiter. Makroökonomische Gründe für hohe Arbeitslosigkeit wurden so systematisch aus der öffentlichen Debatte verdrängt: eine Wirtschaftspolitik, die auf Preisstabilität und Budgeteinsparungen statt auf Beschäftigungs- und Einkommenssicherung ausgerichtet ist; eine Steuerlast, die zunehmend

vom Kapital auf die Arbeit abgewälzt wird; und die rivalisierenden Lohndumpingpolitiken der EU-Staaten.

Die Ziele bzw. Effekte all dieser Maßnahmen zur Lohnzurückhaltung und Arbeitsmarktflexibilisierung sind im Wesentlichen eine Umverteilung von Löhnen zu Gewinnen und der Aufbau eines Billiglohnsektors, um Exporte konkurrenzfähiger zu machen.

Innerhalb der EU gibt es einen Konkurrenzkampf um Exportanteile. Löhne werden künstlich niedrig gehalten, um auf Kosten der anderen Staaten billiger exportieren zu können – was letztlich für alle zu einem Problem wird, da neun Zehntel der EU-Produktion auch in der EU abgesetzt werden und ein Nachfrageeinbruch verheerend wäre. Eine Spirale nach unten wäre die Folge.

Alternativen

Durch Mindestlöhne könnte dieses Problem angegangen und die Verschiebung des Arbeitslosenproblems innerhalb Europas verhindert werden.

Auch auf der individuellen Ebene spricht einiges dafür, einer Liberalisierung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken. Die »Hire and fire«-Praktiken, wie sie teilweise in den USA ausgeübt werden, haben gravierende Auswirkungen auf ArbeitnehmerInnen und auch auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität.

Die psychologische Komponente bei der Abschaffung von Kündigungsschutz und der Verringerung von Arbeitslosengeld darf nicht ignoriert werden: Eine ständige Unsicherheit, ob und wie lange man noch eine Arbeit haben wird, führt neben gesundheitlichen Problemen auch zu massiven innerbetrieblichen Vertrauensverlusten, die eine produktive Zusammenarbeit erschweren. Familien müssen mit der grotesken Situation umgehen, dass einer der Erwachsenen (meistens der männliche)

Mehrarbeit und oft unbezahlte Überstunden auf sich nimmt, während der oder (meistens) die zweite arbeitslos oder nur teilzeitbeschäftigt ist.

Reformen am Arbeitsmarkt müssen darauf abzielen, die ArbeitnehmerInnen durch Normalarbeitsverträge zu schützen. Starke Gewerkschaften sind hier unumgänglich. Umgehungen von gesetzlichen Bestimmungen durch Leiharbeit und »Ein-Euro-Jobs« infolge von Hartz IV müssen verhindert werden. Ein weiteres Beispiel für eine sinnvolle Reform abseits von Liberalisierungsfantasien ist die Arbeitszeitverkürzung: Dadurch wird die Einkommensschere zwischen Teil- und Vollzeitarbeit gesenkt, mit einem wichtigen Effekt: Die Mehrheit der Teilzeitarbeit wird von Frauen geleistet, was erheblich zur generellen Gehaltsdisparität beiträgt. Durch eine Arbeitszeitverkürzung kann dies gemindert werden – mit potenziell positiven Auswirkungen auf Gleichstellungsagenden.

___ Literatur

__ Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (AAW) (2011): Memorandum 2011. Strategien gegen Schuldenbremse, Exportwahn und Eurochaos. Köln: PapyRossa.

__ Bahnsen, Uta (2002): Die Deutschen werden weiter auf Arbeitsmarkt-Reformen warten. In: Die Presse, 27.6.2002.

__ Der Standard (2007): Italien in EU Wachstumsnachzügler. In: Der Standard, 29.8.2007.

__ Huber, Michael / Schneider, Wieland: Teure Versprechen. Frankreich vor der Wahl. In: Die Presse, 16.4.2007.

__ Keynes, John Maynard (1936): The General Theory of Employment, Interest and Money. London: Macmillan.

__ Statistisches Bundesamt Deutschland (Destatis) (2009): Frauendomäne Teilzeitarbeit – Wunsch oder Notlösung? In: http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Con tent/Publikationen/STATmagazin/Arbeitsmarkt/2009__04/2009__04Teilzeitbeschaeftigte,templateId=renderPrint.psml#Link1 [Stand 10/2011].

__ Stewart, Michael (1972 [1967]): Keynes and after. Harmondsworth: Penguin Books.

LAAS

Reichtumsdrossel

Anita Roitner

Rettungsschirm

Die Metapher des »Rettungsschirms« ist als Bezeichnung für staatliche Stützungsmaßnahmen seit dem Ausbruch der Finanzkrise in aller Munde. Zu Beginn der Debatte war zunächst noch unklar, ob dieser Schirm nun ein Regen- oder ein Fallschirm sein werde. Vor allem englischsprachige Medien berichteten vom »rescue parachute« (z. B. Financial Times 2010). Durchgesetzt hat sich dieses Bild allerdings nicht, denn rasch wurde einhellig vom »umbrella«, dem Regenschirm, gesprochen. Wurden derartige Schirme zunächst nur über Banken gespannt, folgten beim Übergreifen der Krise auf die übrige Wirtschaft auch die Unternehmen. Seit dem Jahr 2010 flüchten sich ganze Länder unter einen Schirm. Doch nicht um ihrer selbst willen dürfen sie auf ein vermeintlich trockenes Plätzchen hoffen, steht doch mittlerweile die gesamte Zukunft des Euro auf dem Spiel. Die Währung soll nicht im Regen stehen gelassen werden, sondern durch einen Schirm von bisher unvorstellbarer Größe geschützt werden. Medial wird auch ein konkretes Bild dieses »Rettungsschirms« kreiert: ein EU-blauer Regenschirm, der sich über den Euro wölbt (z. B. Die Presse 2010; Süddeutsche Zeitung 2011; Neue Zürcher Zeitung 2011).

Wenn vom Aufspannen des »Euro-Rettungsschirms« gesprochen wird, schlüpft nicht der Euro selbst unter diesen, sondern jene Mitgliedsstaaten, die als »Euro-Pleitestaaten« (Ortner 2011) bzw. »Wackelstaaten« (HandelsBlatt 2010) bezeichnet werden. Mit dieser Metapher werden die »Wetterunbillen« der Finanzkrise einem Naturereignis gleichgesetzt und wird in der Begleitkommunikation suggeriert, dass die betroffenen Staaten an ihrer Betroffenheit auch selbst schuld seien. Sie hätten jahrelang über ihre Verhältnisse gelebt und seien deshalb budgetär mangelhaft gewappnet, darum stünden sie jetzt im Regen. Die braven, sparsamen Staaten wie

Deutschland und Österreich müssten nun den teuren Schirm aufspannen, unter den sich Pleiteländer flüchten. Allerdings müssen Letztere bisweilen – wie Irland – sogar unter den Schirm »gedrängt« werden (Frankfurter Allgemeine Zeitung 2010). Doch warum wehrt sich ein Staat gegen einen Platz im Trockenen? Ist der »Rettungsschirm« für die betroffenen Länder vielleicht doch nicht so wünschenswert, wie es das Wort suggerieren mag?

Ein Schirm für welchen Regen?

Der »Euro-Rettungsschirm« wurde als Reaktion auf die sich zuspitzende Griechenland-Krise im Frühjahr 2010 ins Leben gerufen. Auslöser dieser Situation war die überschießende Reaktion der Märkte auf das Bekanntwerden der nach oben revidierten Werte des griechischen Budgetdefizits. Die Spekulation auf einen möglichen Zahlungsausfall führte zu einem massiven Anstieg der Zinsen auf griechische Staatsanleihen, wodurch wiederum genau ein solcher Zahlungsausfall immer wahrscheinlicher wurde: Die Finanzierung des laufenden Budgetdefizits durch Verschuldung auf den Finanzmärkten wurde für den Staat wegen exorbitanter Zinsen unleistbar bzw. wegen fehlenden Kaufinteresses für griechische Staatspapiere gar nicht mehr möglich. Ähnliches wiederholte sich im Lauf der darauffolgenden Monate im Fall von Irland und Portugal. Die anderen Mitgliedsstaaten des Euro-Raums reagierten auf die eskalierende Situation mit einer schrittweisen Ausweitung von Maßnahmen. Dem Kreditpaket für Griechenland im Ausmaß von 110 Milliarden Euro folgte aufgrund des Marktdrucks auf Irland und Portugal im Mai 2010 die Einrichtung eines »Rettungsschirms« für Euro-Mitgliedsstaaten (Volumen: 750 Milliarden). Dieser war auf zwei Jahre begrenzt. Als der Marktdruck nicht nachließ, wurde im Oktober 2010 die Errichtung eines permanenten Fonds, genannt »Europäischer Stabilitäts-Mechanismus« (ESM), ab 2013 beschlossen, bei dem dann eine Beteiligung der Privat-

gläubiger an den Kosten in Aussicht gestellt wurde. Im Oktober 2011 folgten dann noch Beschlüsse zur Ausweitung der Finanzkraft des Fonds (»Hebelung«), um einem Übergreifen der Marktzweifel auf die Schuldtitel weiterer Euro-Staaten entgegenzuwirken.

Mit diesen Maßnahmen, die Kreditaufnahmen am Markt durch zwischenstaatliche Kredite ersetzen, sollte eine Staatsinsolvenz vermieden und Zeit gewonnen werden: sowohl Zeit für die »Problemländer«, um ihre Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen, als auch Zeit für die Finanzmärkte, um sich zu beruhigen, sowie für die Banken, um sich von der Finanzkrise so weit zu erholen, dass sie allfällige Umschuldungsmaßnahmen bei Schuldnerstaaten wegstecken können.

Denn eine Staatsinsolvenz hätte zur Folge, dass die Gläubiger – in erster Linie Banken und Versicherungen im In- und Ausland – ihre Forderungen zum Teil oder gänzlich verlieren würden und der betroffene Staat wie nach einem Konkursverfahren wieder neu anfangen könnte. Lange galt es als fraglich, ob die Gläubiger, die zum Teil noch selbst an schweren Verlusten aus der 2007 ausgebrochenen Finanzkrise laborierten, diese neuen Verluste verkraften könnten, ohne selbst bankrottzugehen (Economist 2011). Ein neuerliches Aufflammen der Banken- und Finanzkrise in ganz Europa würde wiederum Bankenrettungspakete unbekannten Ausmaßes erfordern, um ein Übergreifen auf die gesamte Wirtschaft zu vermeiden. Kurzum, vor Staatsinsolvenzen in der EU wurde zurückgeschreckt, unter anderem damit die Banken nicht pleitegehen. Somit ist der »Rettungsschirm« für Staaten eigentlich nicht zuletzt wieder ein »Rettungsschirm« für den Finanzsektor. Daran ändert auch der im Oktober 2011 für Griechenland beschlossene Schuldenschnitt substantiell nichts. Denn zwar müssen jene Banken, die sich bisher dieser Papiere nicht entledigen konnten, Einbußen in Kauf nehmen. Um in ihrem Bestand nicht gefährdet zu sein, brauchen die Banken aber wieder Mittel (Rekapitalisierungen), die von den Mitgliedsstaaten bzw. dem EU-»Rettungsschirm« finanziert werden, falls sich keine privaten InvestorInnen finden.

Politisch war und ist dieser »Rettungsschirm« höchst umstritten. Denn wie sollte aus einer Krisenanalyse, die nur zwischen »guten« und »bösen« Euro-Ländern zu differenzieren weiß, ein anderer Schluss gezogen werden, als dass die Sünder Buße tun müssen? Insofern war es auch den Verantwortlichen besonders wichtig, nicht den Eindruck zu erwecken, dass den hilfesuchenden Ländern (bislang Griechenland, Irland und Portugal) »etwas geschenkt« werden würde. Die Kreditvergabe ist daher an die Einhaltung höchst restriktiver Sparprogramme gekoppelt. Die Zinssätze von über 5,0 Prozent (Irland 5,9 Prozent; EFSF 2011: 8) sind zwar bedeutend niedriger als der Kapitalmarktzins, aber in Anbetracht der Situation der betroffenen Länder noch immer sehr hoch. »Der bestrafende Charakter [des »Rettungsschirms«, Anm. A. R.] veranlasst jede Regierung, genau zu überlegen, ob sie bei ihm anklopft.« (DeGrauwe 2011: 24)

Probates Mittel gegen die Euro-Krise?

Ausgeblendet wird dabei, dass der Anstieg der öffentlichen Schulden in der Mehrzahl der Fälle weniger die Folge einer verfehlten Haushaltspolitik als vielmehr Symptom der Krisenbewältigung ist. Banken- und Konjunkturpakete und einbrechende Steuereinnahmen ließen in der Krise die Budgetdefizite (laut Eurostat von 0,7 Prozent 2007 auf 6,3 Prozent 2009 im Euro-Raum) und Schuldenquoten aller Euro-Länder ansteigen. So wiesen die vormaligen »EU-Musterschüler« Irland und Spanien vor der Finanzkrise Staatsschuldenquoten von 25 bzw. 36 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf. Selbst nach deren Anstieg auf 95 bzw. 60 Prozent des BIP im Jahr 2010 kann nicht von »Pleitestaaten« gesprochen werden, denn demnach müssten die USA (94 Prozent) und Japan (200 Prozent) längst Bankrott angemeldet haben. Entscheidend für die Einschätzung der Situation von Staaten ist nicht bloß die Höhe

der Staatsschuldenquote, sondern deren wirtschaftliche Tragfähigkeit (Hirschel 2011: 2). Und genau hier verbirgt sich der realwirtschaftliche Kern der Euro-Krise: in der unterschiedlichen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Euro-Staaten. Während die Wettbewerbsfähigkeit der nördlichen Länder aufgrund der bescheidenen Lohnentwicklung in den Jahren vor der Krise stetig anstieg, sahen sich die südlichen Länder mit wachsenden Leistungsbilanzdefiziten konfrontiert (Troost / Paus 2011). Da der Großteil des Handels der EU innerhalb der EU abgewickelt wird, bedingen diese beiden Phänomene einander: Die Defizite der einen sind immer die Überschüsse der anderen. Am Auseinanderdriften des Euro-Raums sind somit beide Seiten gleichermaßen beteiligt. Die Sparprogramme, die als Gegenleistung für den Unterschlupf unter den »Rettungsschirm« eingefordert werden, setzen einseitig an den Defizitländern an und zwingen diese zu einer extrem restriktiven Politik, die Griechenland und Irland schon in eine Rezession getrieben hat. Ohne Wachstum und entsprechende Steuereinnahmen wird sich aber die Schuldenquote dieser Länder nicht verringern. Anstelle von Sparprogrammen wären wachstumsfördernde Investitionsprogramme in den ärmeren Ländern erforderlich. Auch die Länder mit Leistungsbilanzüberschüssen sollten in die Pflicht genommen werden, indem ihnen beispielsweise eine stärkere Orientierung an dem Binnenmarkt verordnet wird.

Der »Rettungsschirm« ändert auch nichts am grundsätzlichen Problem der unterschiedlichen Zinssätze für die Staatsanleihen der Euro-Länder. Der Teufelskreis aus Spekulation auf die Staatsinsolvenz und folglich steigenden Kosten für die Staatsfinanzierung, der bei aufkommenden Marktzweifeln jeden Mitgliedsstaat treffen kann, konnte durch den »Rettungsschirm« nicht durchbrochen werden. Denn der Hilfsmechanismus operiert innerhalb der bestehenden Finanzmarktlogik, greift diese aber nicht an. Die nach Ausbruch der Krise oft angekündigte strengere Regulierung der Finanzmärkte kam – trotz oftmaliger Ankündigungen – nicht weit. Weiterhin werden spekulative derivative Papiere in

großem Umfang gehandelt und gelten die Einschätzungen der Ratingagenturen als maßgeblich. Dass einzelne Staaten im Euro-Raum auf dem Markt für Staatsanleihen so unter Druck kommen wie zuletzt Griechenland, Irland und Portugal, ist nur dadurch möglich, dass trotz gemeinsamer Währung jeder Staat seine eigenen Staatsanleihen ausgibt. Würden alle Mitgliedsstaaten des Euro-Raums gemeinsame Anleihen zur Finanzierung ihrer Staatsschulden ausgeben (sogenannte »Euro-Bonds«), wären Sorgen um die Zahlungsfähigkeit einzelner Mitglieder ein weitaus geringeres Problem. Es gäbe einen einheitlichen Zinssatz für alle, der durch Probleme in einzelnen Mitgliedsstaaten nur gering beeinflusst würde.

Fazit

Die Debatte über die Einführung des »Rettungsschirms« zeigt, dass die Politik in erster Linie als Getriebene der Situation agiert. Nach Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise bestand die Chance, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Ungleichgewichte, Finanzmärkte etc.) weitreichend zu reformieren, doch diese wurde nicht genutzt. Anstelle dessen werden kleinteilige Symptombekämpfungsmaßnahmen gesetzt. Auch der »Rettungsschirm« ist nichts anderes. Er war zwar in der konkreten Situation aufgrund der drohenden fatalen Konsequenzen eines ungeordneten Zahlungsausfalls notwendig, doch seine Ausgestaltung als massives gesellschaftliches Sparprogramm gleicht weniger einem »Rettungsschirm« für die betroffenen Staaten als einer Rosskur. Die wirtschaftliche und soziale Situation in diesen Ländern, die vor allem durch die steigende Arbeitslosigkeit und alle damit einhergehenden gesellschaftlichen Probleme gekennzeichnet ist, gibt davon beredtes Zeugnis. Der Schirm selbst mag also kurzfristig hilfreich gewesen sein, gutes Wetter vermag er allerdings nicht zu schaffen.

Literatur

DeGrauwe, Paul (2011): Warum ein großer Rettungsschirm sinnvoll ist. In: Financial Times Deutschland, 11.3.2011, 24.

Die Presse (2010): Euro-Rettungsschirm: So funktioniert die Hilfe. In: Die Presse, 14.7.2010.

Economist (2011): Follow the Money. Is Germany Bailing out Euro-Area Countries to Save Its Own Banks? In: Economist, 14.4.2011.

EFSF (2011): European Financial Stability Facility, June 2011. In: http://www.efsf.europa.eu/attachments/faq_en.pdf [Stand 10/2011].

Financial Times (2010): Deals shows Merkel has staked out strong role. In: Financial Times, 27.3.2010, 3.

Frankfurter Allgemeine Zeitung (2010): EU-Staaten drängen Irland unter Rettungsschirm. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.11.2010, 1.

HandelsBlatt (2010): Europa kämpft um die Einheitswährung. Die Euro-Länder beschließen umfangreichen Rettungsschirm für die Wackelstaaten. In: HandelsBlatt, 10.5.2010, 1.

Hirschel, Dierk (2001): Die Eurokrise, Deutschland und die Frage: Was nun? In: AK Wien (Hg.): infobrief eu & international. Wien.

IMK / OFCE / WIFO (2011): Der Euroraum im Umbruch. Erste gemeinsame Diagnose des Makro-Konsortiums. IMK-Report 61, April 2011, Düsseldorf.

Neue Zürcher Zeitung (2011): Einigung auf Euro-Rettungsschirm. In: Neue Zürcher Zeitung, 22.3.2011.

Ortner, Heinz (2011): Hilfsaktionen für die Euro-Pleitestaaten. Eine Teufelsspirale. In: Die Presse, 11.5.2011.

Süddeutsche Zeitung (2011): Die Schuldenmacher. In: Süddeutsche Zeitung, 25.1.2011.

Troost, Axel / Paus, Lisa (2011): Die Europäische Ausgleichsunion – Die Währungsunion 2.0. Schriftenreihe Denkanstöße Nr. 13. Berlin: Institut Solidarische Moderne.

Oliver Prausmüller

Schlanker Staat

Die Metapher vom »schlanken Staat« lässt sich als bildhafte Übersetzung der rhetorischen Losung »Mehr Markt, weniger Staat« und führender Motive einer neoliberalen Wirtschaftspolitik verstehen: Privilegierung marktlicher Steuerungsmechanismen, Zentrierung auf Standortpolitik und »außenwirtschaftliche« Wettbewerbsfähigkeit, Ablehnung einer aktiven Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess. Auch nach der Krise von 2008f. stehen staatliche »Verschlankungsgebote« wieder hoch im Kurs. Im englischen Sprachgebrauch kommt die Wort- und Bildverwandtschaft des »lean state« zu »lean management« sowie deren gemeinsame Fokussierung auf alles »Überflüssige« noch deutlicher zum Ausdruck.

Zur Wort- und Bildpolitik des Sprechens vom »schlanken Staat«

Die allgemeine Problemdiagnose, die in das Bild vom »schlanken Staat« eingeht, ist zunächst schlicht: Es gebe grundsätzlich ein »Zuviel« an Staat. Daran schließen Dekorationen an: Dieser sei »übergewichtig« geworden, der Wandel des Staates vom »Lenker« zum »Vollversorger« lähme Wettbewerb und private Initiative. Der »›dicke‹ Staat« liege wie »Mehltau auf der Wirtschaft und den Taschen der Bürger«, sei träge, es gebe einen »Reformdurchhänger« etc. (vgl. INSM 2001). Was sich im Ausgangsbereich der Metapher vom »schlanken Staat« abspielt, ist also eine durchgängige Verkörperlichung des Staates. »Übergewichtige« bis »verfettete« Problemzonen werden überall dort attestiert, wo der Staat

seine »wirklichen« Aufgaben überschreitet. Wie eng diese begrenzt werden, lässt sich jedoch durchaus flexibel adaptieren: Das »Herstellen von Ordnung« und die »Sicherung von Eigentumsrechten« gelten zwar in dieser Vorstellungswelt als Fixstarter, auch leidet in diesem Zusammenhang ein als »ausufernd« wahrgenommener Sozialstaat mit Bestimmtheit an »Übergewicht«. Doch die Frage, wie weit das »Abschlanken« des Staates tatsächlich gehen soll, verweist zugleich auf unterschiedliche Grade der Radikalisierung der Schlankheitsdoktrin. So bestehen fortgesetzte Differenzen zwischen »ordoliberalen« und »marktradikalen« Ansätzen darüber, wie viel staatlichen Ordnungsrahmen es brauche, damit Markt und Wettbewerb letztlich »funktionieren« können.

Weitgehende Einigkeit lässt sich hingegen mit Blick auf zwei andere Aspekte ausmachen: Alles, was nicht durch das Nadelöhr von Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und unternehmerischem (Selbst-)Management passt, hat auf den Diätplan zu kommen. Darüber hinaus gilt diese Form von Gewichtsabbau als Königsweg zu umfassender Attraktivität des Staates: für Unternehmen, die zwischen unterschiedlich »schlanken« Staaten abwägen; für BürgerInnen, die aus der »Gesetzesflut« und vor überbordender Bürokratie gerettet werden; oder für AnlegerInnen, die keine gewichtigen Steuern auf ihre Gewinne zu erwarten haben. Der »Markt-Fitness-Kult« des schlanken Staates korrespondiert hier gerade auch mit dem Ausrufen »harter« Zeiten, in denen der »Gürtel enger geschnallt« und Schluss mit einem »Leben über den Verhältnissen« gemacht werden müsse.

Ausgangs- und Zielbereich der Metapher vom »schlanken Staat« fügen sich somit zu einem selektiven Deutungsrahmen, der Versatzstücke von Sozialstaats- und Bürokratiekritik mit einem umfassenden Bekenntnis zur Vorrangstellung marktkonformer Lösungen verbindet: Der »schlanke Staat« solle Schluss mit zu viel Einmischung in die Wirtschaft machen, solle aufhören, die BürgerInnen zu bevormunden, wir hätten »so viel Sozialstaat aufgebaut, dass er unsozial geworden ist« (INSM 2001: 3).

Wege der Kritik

Die Metapher ist aus drei Richtungen zu kritisieren. Erstens werden durch die Metapher offensichtlich interessengeleitete Politiken zur Neuausrichtung des Staates mit dem Anschein der »Naturhaftigkeit« versehen. Naturanalogien laufen hier prinzipiell Gefahr, notwendig politisch-demokratische Auseinandersetzungen zur Entwicklung von Staat, Ökonomie und Gesellschaft auszublenden. So ist in der Metapher vom »schlanken Staat« angelegt, die einschneidenden Folgen des angestrebten Rückbaus sozialstaatlicher Leistungen für das Gros der Bevölkerung zu entnennen. Darüber hinaus werden damit Körpernormen naturalisiert, die Gegenstand kontroverser gesellschaftlicher Debatten sind. Dieser Einwand bleibt nicht bei dem Hinweis stehen, dass es sich bei »Schlankheit« zuvorderst um ein gesellschaftlich konstruiertes Optimalitäts- bis Zwangsideal handelt. Konkret wird damit zudem der Bedarf signalisiert, den machtpolitischen Gehalt des gegenwärtig vorherrschenden »neoliberalen Regimes über die Bäuche« (Kreisky 2008) und schlanker Staatsideale, von den ausgegebenen Anforderungen an den Körper des Staates und an die Körper der StaatsbürgerInnen, zu problematisieren. Stichwörter sind hier etwa die Parallelen zwischen der forcierten Privatisierung sozialer Risiken und der starken Betonung von individuellem Fehlverhalten als Ursache für soziale Bedürftigkeit oder zwischen den Anforderungen permanenter »Abrufbarkeit« für den Arbeitsmarkt und der Rastlosigkeit der »Trimm dich fit«-Kultur. Als ein zentrales, ehernes Motiv der Herrschaft über die Körper lässt sich mit diesem Kritikstrang zudem die ordnungspolitische Überhöhung der Askese herausstellen: »Die von oben verordnete Askese ist ein altes Instrument von Cliquen, um Wünsche klein zu halten, Disziplin durchzusetzen und Macht zu erhalten« (Gronemeyer 1998: 19; vgl. Kreisky 2008).

Ein zweiter Kritikstrang bezieht sich vornehmlich auf die verteilungspolitischen Blindstellen der staatlichen SchlankheitsfanatikerInnen.

Diese sprechen zwar viel von den Aufgaben, von denen sich der Staat zu verabschieden habe, und suggerieren mit der Körperanalogie höhere Leistungsfähigkeit, größere Schnelligkeit und Wendigkeit durch geringeres Gewicht. Doch im Bild vom »Übergewichtsabbau« wird verdeckt, welche sozialen Mehrbelastungen und Umverteilungswirkungen damit entstehen. So ist der vermeintliche »Speck« nach staatlichem Leistungsabbau auch nicht weg oder verschwindet einfach. Probleme, die etwa aufgrund fehlender oder gekürzter Leistungen in der Gesundheitsversorgung bestehen, werden schlicht aus der öffentlichen Verantwortung bugsiert und privatisiert. Die tatsächlichen Kosten für die BürgerInnen steigen deshalb parallel zur Verschlankung des Staates. Nur für SpitzeneinkommensbezieherInnen ergeben sich womöglich gegenüber abgabenfinanzierten staatlichen Leistungen tatsächlich Einsparungen – der Rest »zahlt« im wahrsten Sinne des Wortes »drauf«. Hier gilt es mit Blick auf den österreichischen Fall zu berücksichtigen: In Summe weisen die Staatsausgaben eine deutliche Umverteilungswirkung zugunsten unterer Einkommensschichten auf – somit werden diese bei staatlichen »Schlankheitsprogrammen« für öffentliche Leistungen auch besonders getroffen. Doch in Zusammenhang mit der schiefen Metapher vom »schlanken Staat« wird nicht nur vielfach verschwiegen, wer die Hauptbelastungen der »Weg mit dem Speck«-Politik zu tragen hat. Dazu kommt, dass in gleichnamigen Diskursen zur »Sanierung« öffentlicher Finanzen zugleich einnahmenseitige, an ökonomischer Leistungsfähigkeit orientierte Maßnahmen tabuisiert werden. Damit erfahren gerade die fehlenden Umverteilungswirkungen des österreichischen Steuer- und Abgabensystems eine Fortsetzung (vgl. Guger 2009; BEIGEWUM 2000).

Was an sozialen Mehrbelastungen in der Mogelpackung »schlanker Staat« steckt, wird insbesondere aus einer geschlechterkritischen Perspektive deutlich. Denn es sind im bestehenden gesellschaftlichen Machtgefüge vor allem Frauen, auf die beispielsweise die »Kosten«

eingesparter Betreuungszeiten in den Spitälern in Form verlängerter Betreuungszeiten im Privathaushalt abgewälzt werden. So wird auch in diesem Zusammenhang vielfach unsichtbar gemacht, wer durch die Verschiebung von bezahlter »öffentlicher Zeit« hin zu unbezahlter »privater Zeit« eine zusätzliche Belastung erfährt. Vor diesem Hintergrund lässt sich zuspitzen: Von einem »schlanken Staat« profitieren zuvorderst reiche Männer (BEIGEWUM 2002: 173). Bemerkenswert ist auch, dass sich gerade vermeintlich »dicke« Sozialstaaten vergleichsweise »souveräner« in der jüngsten Krise bewegt haben als sozial minimalisierte »Schlankstaaten«. Indem der Staat in der Krise Einnahmenausfälle verzeichnet (im Abschwung sinken z. B. die Steuereinnahmen angesichts von weniger Beschäftigten) und seine Leistungen zugleich mehr in Anspruch genommen werden (bei steigender Arbeitslosigkeit steigen z. B. die Ausgaben für Arbeitslosengeld), stabilisiert er automatisch die Wirtschaft, weil dadurch Einkommen von den öffentlichen Kassen in Richtung Haushalte geschoben werden. Damit konnte dazu beigetragen werden, das drohende Abgleiten in eine Depression wie in den 1930er Jahren zu verhindern (Marterbauer 2010). Zudem sind die europäischen Staaten mit hoher Abgabenquote nur gering verschuldet – wer viel einnimmt, muss hier unter anderem auch weniger Schulden auf den Finanzmärkten aufnehmen.

Drittens gilt eine Kritik dem Trugschluss, Leerformeln wie »Mehr Markt, weniger Staat« mit einem Weniger an Regulierungsformen oder staatlicher Zwangsgewalt gleichzusetzen. Liberalisierungen und Privatisierungen bedeuten keineswegs Bürokratieabbau. Vielmehr ist im Zuge dieser Maßnahmen vielfach ein Wildwuchs neuer Regulierungsbehörden, Schiedsgerichte u. Ä. zu verzeichnen. Dazu kommen die entdemokratisierenden Effekte, die von diesen neuen Regulierungsarchitekturen beispielsweise im Zuge des Abbaus parlamentarischer Kontrollrechte ausgehen (Raza 2009: 43f.). Darüber hinaus werden auf internationaler Ebene marktzentrierte Regelwerke dazu genutzt, etwa Verpflichtungen

zur Liberalisierung von gesellschaftlich sensiblen Sektoren wie Gesundheit, Verkehr und Wasserversorgung langfristig festzuschreiben (wie etwa im Rahmen der Welthandelsorganisation). So braucht es auch einen geschärften Blick darauf, dass die staatliche Durchsetzung und Absicherung neoliberal globalisierter Verhältnisse keineswegs auf einem pauschalen *Ab*bau, sondern auf einem selektiv gewichteten *Um*bau des Staates fußt. Die Bezeichnung »Wettbewerbsstaat« (im Kontext der Krise vgl. Bieling 2010) weist hier nicht zuletzt darauf hin, wie stark bis autoritär der (vermeintlich) »schlanke« Staat gerade auch dann auftreten kann, wenn es um die Abwehr alternativer Vorstellungen zur Wettbewerbsfixierung geht.

Aushungern des Sozialstaats, Auffetten von wettbewerbsstaatlichen Machtapparaten, demokratiepolitischer Kahlschlag – anstatt diese Effekte zu benennen, trägt das Sprechen vom »schlanken Staat« zur Vertuschung gesellschaftlicher Machtverschiebungen und zur Verschärfung gesellschaftlicher Ungleichheiten bei.

Literatur

BEIGEWUM (2000): Mythos Nulldefizit. Alternativen zum Sparkurs. Wien: Mandelbaum.

BEIGEWUM (2002): Frauen macht Budgets. Staatsfinanzen aus Geschlechterperspektive. Wien: Mandelbaum.

Bieling, Hans-Jürgen (2010): Metamorphosen des »integralen Staates«. Konkurrierende Leitbilder in der Krisendiskussion. In: Altvater, Elmar / Bieling, Hans-Jürgen / Demirovic, Alex / Flassbeck, Heiner / Goldschmidt, Werner / Payandeh, Mehrdad / Wohl, Stefanie (Hg.): Die Rückkehr des Staates? Nach der Finanzkrise. Hamburg: VSA, 37–60.

Gronemeyer, Reimer (1998): Die neue Lust an der Askese. Berlin: Rowohlt Berlin.

Guger, Alois (Hg.) (2009): Umverteilung im Wohlfahrtsstaat. Wien: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) (2001): Moderner Staat. Schlanker Staat. Mehr Freiraum für Eigeninitiative. Köln / Berlin.

Kreisky, Eva (2008): Fitte Wirtschaft und schlanker Staat. Das neoliberale Regime über die Bäuche. In: Schmidt-Semisch, Henning / Schorb, Friedrich (Hg.): Kreuzzug gegen Fette. Sozialwissenschaftliche Aspekte des gesellschaftlichen Umgangs mit Übergewicht und Adipositas. Wiesbaden: VS, 143–161.

Marterbauer, Markus (2010): Die Zukunft des Sozialstaats nach der Wirtschaftskrise. In: Zukunft. Heft 12/2010, 16–23.

Raza, Werner (2009): Privatisierungseffekte in der EU. In: Candeias, Mario / Rilling, Rainer / Weise, Katharina (Hg.): Krise der Privatisierung. Rückkehr des Öffentlichen. Berlin: Karl Dietz, 41–52.

Klemens Himpele

Schuldenbremse

Schulden gelten im Alltagsbewusstsein als schlecht: Es müssten Zinsen dafür gezahlt werden, sie seien ein Indiz dafür, dass über die Verhältnisse gelebt wurde, schließlich sei mehr ausgegeben als eingenommen worden. So ungefähr dürften die meisten Menschen im deutschsprachigen Raum Schulden verstehen – zumindest die Schulden des Staates. Manche Politiker bestärken sie noch darin: »Wenn heute irgendwo in Österreich ein Kind auf die Welt kommt, hat das bereits 23.942 Euro Schulden. Und wenn wir nichts tun, dann hängen wir jedem Kind, das 2014 auf die Welt kommt, einen Rucksack von 31.551 Euro um. [...] Schulden fressen uns die Zukunft auf. Und wenn wir nichts dagegen unternehmen, dann steigen alleine die Zinszahlungen von 6,7 Milliarden 2009 auf 10,6 Milliarden 2014. [...] Zuerst müssen wir so viel wie möglich sparen [...]« (Pröll 2010).

Daher scheint es folgerichtig, dass diese Schulden reduziert und deshalb die Staatsausgaben gekürzt werden sollen – hat man doch jahrelang gehört, dass die Staatsverschuldung exorbitant hoch sei. Der Vorschlag einer »Schuldenbremse« scheint eine Lösung für das Problem zu bieten. Eine solche Vorrichtung soll dabei helfen, die Schulden einzudämmen und die öffentlichen Haushalte zu sanieren, indem gesetzliche Grenzen für die Schuldaufnahme eingeführt werden. In Deutschland wurde die »Schuldenbremse« 2009 ins Grundgesetz aufgenommen, die Schweiz hat bereits länger solche Regelungen, und auch in Österreich nahm die Regierung im Herbst 2011 die Einführung einer entsprechenden Regel in Angriff.

Die Metapher einer »Schuldenbremse« zeichnet das Bild einer dramatischen Lage: Gebremst werden muss, wenn ein Fahrzeug mit hoher Geschwindigkeit und/oder auf abschüssigem Terrain unterwegs ist und

ein Hindernis auftaucht, das einen Unfall provozieren würde. Es stellen sich demnach mehrere Fragen: erstens die Frage, ob Schulden tatsächlich so schlimm sind; zweitens die Frage nach der Entwicklung der Staatsverschuldung; und drittens die Frage, ob eine »Schuldenbremse« das vermeintliche Problem überhaupt lösen kann.

Gute Schulden – böse Schulden?

Um zu bewerten, ob Schulden gut oder schlecht sind, muss ein Bewertungskriterium festgelegt werden. Dieses lautet: Wenn der aus den Schulden entstehende Nutzen (Infrastruktur, Wirtschaftswachstum, sozialer Zusammenhalt ...) größer ist als die aus den Schulden entstehenden Kosten (Zinsen), macht die Aufnahme von Schulden Sinn. Umgekehrt gilt: Wenn die Kosten der Schulden den Nutzen übersteigen, sind Schulden nicht aufzunehmen. Bei der Bewertung des Nutzens sind verschiedene Überlegungen einzubeziehen:

Erstens: Gerade zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen macht die Aufnahme neuer Schulden oft Sinn. Wenn der Staat beispielsweise eine neue Schule, ein neues Krankenhaus oder neue Straßen bauen will, kann er das in der Regel nicht aus Erspartem finanzieren. Es bleiben zwei Möglichkeiten: eine Finanzierung über Schulden oder eine Privatisierung des Baus (und Finanzierung über Gebühren oder das Rückmieten durch den Staat). Es gibt gleich mehrere Gründe, warum hier eine Schuldenfinanzierung sinnvoll ist. Erstens stehen den neuen Schulden auch neu geschaffene Vermögen in Form von Infrastruktur gegenüber. Zweitens wird die Infrastruktur über mehrere Generationen genutzt, sodass auch eine Finanzierung über mehrere Generationen gerechtfertigt ist (»Pay as you use«-Prinzip).

Zweitens: Der Staat kann über eine schuldenfinanzierte Ausgabenpolitik in Abschwungphasen die Wirtschaft stützen, so geschehen bei

der Wirtschaftskrise der vergangenen Jahre. Dadurch werden weitere Abstürze und volkswirtschaftliche Kosten (Arbeitslosigkeit) vermieden oder gedämpft. Wenn der Staat in einer Wirtschaftskrise allerdings zu sparen versucht, wird er die Krise verschärfen, weil durch Ausgabenkürzungen ein weiterer Nachfrageausfall erzeugt wird, der Unternehmen Absatzprobleme bringt und die Arbeitslosigkeit erhöht.

Diese Überlegungen sind den meisten Menschen durchaus geläufig: Viele verschulden sich für den Bau eines Hauses oder den Kauf eines Autos. Auch Unternehmen verschulden sich regelmäßig, da nur so größere Investitionen zu finanzieren sind. Hier würde niemand die Schulden per se ablehnen – das scheint nur für den Staat zu gelten. Damit wird jedoch auch die Ideologie deutlich, die hinter der Forderung nach Nullverschuldung steht. Im Kern geht es darum, den Staat auszuhungern (Einnahmenkürzungen durch Steuersenkungen und ein Schuldenverbot führen zwangsläufig zu Ausgabenkürzungen) und so den Boden für Leistungsabbau und Privatisierungen zu ebnen.

Entwicklung der Staatsverschuldung

Schulden wachsen, wenn die Einnahmen des Staates dauerhaft geringer sind als die Ausgaben. Es kann demnach zwei Gründe für die Staatsverschuldung geben: Der Staat lebt »über seine Verhältnisse«, es werden also Ausgaben getätigt, die entweder nicht notwendig sind oder die sich eine Volkswirtschaft beim gegebenen Entwicklungsstand nicht leisten kann. Oder die Einnahmen (insbesondere in Form von Steuern) sind für die gesellschaftlich notwendigen und / oder wünschenswerten Ausgaben zu gering.

In Österreich sind sowohl die Staatsausgaben als auch die Staatseinnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) zurückgegangen: Im Jahr 2000 lagen die Einnahmen bei 50,3 Prozent des BIP, die

Ausgaben bei 52,2 Prozent. Im letzten Vorkrisenjahr 2008 lagen die Einnahmen bei 48,3 Prozent des BIP, die Ausgaben bei 49,3 Prozent (Statistik Austria 2011). Dieser starke Rückgang der Ausgaben macht deutlich, dass von »über die Verhältnisse gelebt« haben nicht die Rede sein kann.

Betrachtet man den österreichischen Schuldenstand in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahrzehnt, war dieser bis zum Vorkrisenjahr 2007 relativ stabil. Im Jahr 2000 betrugen die Staatsschulden in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 66,5 Prozent. Im Vorkrisenjahr 2007 hatte sich der Schuldenstand erheblich auf 60,7 Prozent des BIP reduziert. Erst in der Krise gab es einen starken, aber erklärbaren Anstieg auf 72,3 Prozent im Jahr 2010.

Von 2000 bis 2007 konnte der Schuldenstand demnach um 5,8 Prozentpunkte des BIP reduziert werden. Erst durch die notwendigen Interventionen während der Wirtschaftskrise (Bankenrettung, Konjunkturprogramme) stieg der Schuldenstand wieder. Besonders interessant ist, dass der Schuldenstand trotz verschiedener Steuersenkungen weiter gesunken ist – ohne diese hätte das Defizit noch schneller zurückgeführt werden können, oder das Geld hätte für Staatsaufgaben aufgewendet werden können. 2005 wurde der Körperschaftssteuersatz von 34 auf 25 Prozent gesenkt, auch der Tarif der Einkommensteuer wurde leicht gesenkt. Zudem verzichtet Österreich weitgehend auf die Besteuerung von Vermögen und Erbschaften. Daran wird deutlich: Einnahmenseitig ließe sich – den politischen Willen vorausgesetzt – einiges machen (vgl. den Beitrag »Steuerlawine«).

Es lässt sich also sagen: Der Schuldenstand in Österreich ist bei normalen wirtschaftlichen Entwicklungen keine volkswirtschaftliche Bedrohung. Dennoch sollte er unter anderem wegen der negativen Verteilungswirkung der Zinsausgaben zurückgefahren werden, indem steigende Steuereinnahmen im Zuge wirtschaftlicher Aufschwünge nicht wieder für Steuersenkungen genutzt werden, sondern auch für die Rückführung der Staatsverschuldung.

Die »Schuldenbremse« als Lösung?

Die »Schuldenbremse« wird gerne mit einem Mehr an Generationengerechtigkeit begründet. Die These ist: Durch die Verschuldung vererbt die heutige Generation ihre Schulden an die kommende. Allerdings vererbt eine Generation an die nächste nicht nur die Schulden, sondern auch die Forderungen. Die Frage der Staatsverschuldung kann schon logisch keine Frage der Generationengerechtigkeit sein, da immer Forderungen und Schulden zugleich vererbt werden. Vielmehr ist die Frage der Staatsverschuldung eine Frage danach, wer zu wenig zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben über Steuern herangezogen wird – also eine Frage zwischen Arm und Reich, nicht zwischen Alt und Jung (Himpele 2011). Zudem sind für die Jugend von heute die Chancen ihrer Eltern (z. B. Erwerbsbeteiligung, soziale Absicherung) und ausreichende Bildungsfinanzierung wesentlich relevanter als eine marginal niedrigere Zinsbelastung.

Die »Schuldenbremse« in Deutschland funktioniert wie folgt: Bei den Staatsschulden sollen »konjunkturelle« Verschuldung (also Kredite, die der Staat zur Finanzierung von Konjunkturprogrammen und als Ersatz für konjunkturbedingtes kurzfristiges Sinken der Steuereinnahmen aufnimmt) und »strukturelle« Verschuldung (also Kredite, die für alle anderen Ausgaben des Staates aufgenommen werden) unterschieden werden. Die Länder dürfen ab 2020 keine strukturellen Schulden mehr machen, der Bund ab 2016 maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Konjunkturelle Schulden dürfen nur bei einem wirtschaftlichen Abschwung gemacht werden – bei einem Aufschwung müssen sie zurückbezahlt werden. In der Praxis ist aber kaum zu unterscheiden, was konjunkturelle und was strukturelle Schulden sind.

Die geforderte Nullverschuldung für »strukturelle« Zwecke in den Ländern ist dabei das größte Problem: Wie finanzieren diese künftig eine Hochschule? Dass Länder das Geld vorher ansparen, kann

als unwahrscheinlich gelten. Wahrscheinlicher sind Einsparungen oder Lösungen über Public-Private-Partnership-Modelle. Die »Schuldenbremse« bremst daher nicht die Schulden, sondern die Entwicklung der staatlichen Infrastruktur.

Die »Schuldenbremse« in Deutschland bevorzugt Ausgabenkürzungen (die fast nur im Sozial- und Bildungsbereich möglich sind, weil dort mit einem Federstrich Leistungen für viele gekürzt werden können, die in Summe hohe Beträge ergeben) gegenüber Einnahmenerhöhungen – die Debatte in Österreich läuft ähnlich.

Dabei gäbe es durchaus andere Ansätze als die in Österreich diskutierten und in Deutschland realisierten. Der Schweizer Kanton St. Gallen beispielsweise hat eine Regelung, die Schulden nur im Umfang von drei Prozent der regulären Steuereinnahmen zulässt. Aber: Steuern dürfen erst gesenkt werden, wenn der Kanton Rücklagen in Höhe von 21 Prozent der regulären Steuereinnahmen gebildet hat (Kirchgässner 2010: 8). Damit wird anerkannt, dass die Staatseinnahmen ebenso zentral für die Frage der Verschuldung sind wie die Ausgaben.

Der Staat ist darauf angewiesen, Infrastrukturprojekte schuldenfinanziert bauen zu können. Wenn heute keine Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Straßen usw. mehr gebaut bzw. saniert werden, leidet darunter vor allem die junge Generation (und zwar mehr als unter den »vererbten« Schulden). Eine »Schuldenbremse« kann sich so schnell zu einer Zukunftsbremse entwickeln.

Literatur

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2008): Memorandum 2008. Neuverteilung von Einkommen, Arbeit und Macht. Alternativen zur Bedienung der Oberschicht. Köln: PapyRossa.

Himpele, Klemens (2011): Volksabstimmung in Hessen – Nein zur Schuldenbremse! In: http://www.nachdenkseiten.de/?p=8582 [Stand 10/2011].

Kirchgässner, Gebhard (2010): Institutionelle Möglichkeiten zur Begrenzung der Staatsverschuldung in föderalen Staaten. SCALA Policy Paper Nr. 1/2010. St. Gallen.

Pröll, Josef (2010): Pröll: Schulden fressen unsere Zukunft auf – alle sind gefordert. Presseaussendung des ÖVP-Parlamentsklubs, 22.4.2010.

Statistik Austria (2011): Einnahmen und Ausgaben des Staates, Jahresdaten [Stand 3/2011].

Eva Vasari

Sicherheitspolsterlandschaft

Katharina Meichenitsch

Soziale Hängematte

Die Erfindung des Begriffs der »sozialen Hängematte« wird Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland von 1982 bis 1998, zugeschrieben. Er soll im Jahr 1983 gesagt haben: »Wer unter dem Schutzdach der deutschen Sozialversicherung unter den Palmen von Bali in der Hängematte liegt, der betreibt Ausbeutung.« (Bosancic 2007) Es handelt sich dabei um eine Umdeutung des gängigen Begriffs des sozialen Netzes in eine Einrichtung, die scheinbar Annehmlichkeiten bietet und zum Verweilen einlädt. Spätere deutsche Politiker nahmen diese Metapher immer wieder auf. Mitte der 1990er Jahre verschärfte sich die Sprache, die Rede war nun von »Subventionen als Drogen« (Otto Graf Lambsdorff, FDP), »fataler Vollkaskomentalität« (Werner Müller, SPD) bis hin zu »kein Recht auf Faulheit« (Gerhard Schröder, SPD) Anfang der 2000er Jahre. Das Zitat »Nur wer arbeitet, soll auch essen« von Franz Müntefering (SPD) war dann Mitte des vergangenen Jahrzehnts einer der Tiefpunkte der Sozialstaatsdebatte. Solche »Sager« werden immer wieder legitimierend für den Abbau von Sozialleistungen eingesetzt; die Missbrauchsdebatte dient dazu, vermeintlich hohe staatliche Unterstützung zu kürzen (Knecht 2010: 166ff.).

Isolation durch fehlende soziale Kontakte

Mit dem Begriff der »Hängematte« werden vorrangig positive Begriffe verknüpft. Es ist schön, in der Hängematte zu liegen. Man denkt an Sommer, Sonne, Strand und Meer, an Urlaub und Freizeit. Man stellt sich ein gemütliches Plätzchen vor. Doch wie ist es, in der »sozialen Hänge-

matte« zu sein? Es beginnt mit dem »Reinlegen« – zu Beginn steht der Verlust der Arbeit oder die Scheidung. Der Verlust der Wohnung vielleicht oder eine schwere Krankheit. Ein Arbeitsunfall, eine Behinderung oder einfach nur Spielschulden. Eine psychische Erkrankung, die nicht richtig erkannt oder behandelt wird. Dann folgt Ausgrenzung, wenn niemand mehr mit einem spricht oder die Kinder nicht mehr auf Besuch kommen. Es gibt viele Wege, die in soziale Notlagen führen.

Ist man erst einmal in einer solchen, ist es schwierig, den Anschluss wiederzufinden. Vor allem, wenn soziale Kontakte fehlen. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu bezeichnet soziale Kontakte und Teilhabechancen als soziales Kapital. Mit sozialem Kapital ist es leichter möglich, sich durch die Gesellschaft zu bewegen. Mit sozialem Kapital ausgestattet, genießt man Ansehen und Ruf, bekommt einfacher Arbeit, hat FreundInnen und Freundschaften. Mit sozialem Kapital kann man seine Fähigkeiten in Geld, aber auch in immaterielle Werte umwandeln. Ohne soziales Kapital ist man schnell alleine oder isoliert und hat keine Chance, an der Gesellschaft teilzuhaben. Und je länger Isolation oder Arbeitslosigkeit dauert, desto höher wird die Gefahr von Depressionen und Krankheiten – einer generellen Stagnation, wie bereits Marie Jahoda in der bahnbrechenden Studie »Die Arbeitslosen von Marienthal« in den 1930er Jahren herausfand.

Menschen wollen anerkannt werden

Der Begriff der »sozialen Hängematte« verleitet dazu, sich Arbeitslosigkeit als etwas Tolles vorzustellen – Armut als das Leben, das jeder erstreben sollte. Man kann sich dann zwar nichts leisten, keinen neuen Kühlschrank, wenn der alte kaputt ist, FreundInnen zum Essen einladen oder ins Theater gehen; aber es wird suggeriert, dass jeder in Armut leben dürfen sollte! Dass jedoch in vielen Situationen eine Teilhabe gar

nicht möglich ist, weil etwa das Auto für die Anreise zum Job fehlt oder die Kinderbetreuung im ländlichen Raum nicht verfügbar ist, zeigt, dass Mobilität und Flexibilität zu Unrecht von jenen eingefordert werden, die Unterstützung am dringendsten brauchen. Ein Bezug von Sozialleistungen ist zudem an viele Voraussetzungen gekoppelt. So dürfen Jobangebote nicht abgelehnt werden, und das eigene Vermögen bzw. der eigene Besitz werden vollständig eingezogen, bevor die öffentliche Hand einspringt. Eine abschätzige und entmündigende Behandlung auf der Amtsstube bekommt man dann oft gratis dazu.

Die Debatte, ob sich Arbeit lohnt, ist in der Diskussion über den Sozialstaat »der Renner«. Das »Abstandsgebot« erregt die Gemüter: Der Abstand zwischen Sozialhilfe, bedarfsorientierter Mindestsicherung oder Arbeitslosengeld auf der einen Seite und Lohn auf der anderen muss so groß wie möglich sein, damit nur ja niemand den Anreiz verspürt, den Staat auszunützen. Studien belegen aber, dass das nicht der Punkt ist. So führen die geringen Nettoersatzraten in Österreich (im Schnitt beträgt das Arbeitslosengeld 55 Prozent des letzten Lohneinkommens) im Vergleich zu den hohen Nettoersatzraten in den nordischen Staaten (mehr als 70 Prozent) nicht zu weniger Arbeitslosigkeit. Die Bemühungen der Menschen um einen Job resultieren vielmehr aus der Motivation, wieder soziale Anerkennung zu erfahren. Und diese bekommt man oft erst wieder, wenn man einen Job hat. In unserer Gesellschaft wollen Menschen anerkannt werden und sich gebraucht fühlen (Schenk / Moser 2010: 132ff.). Studien zur Inanspruchnahme von Sozialhilfe zeigen zudem, dass in Österreich mehr als die Hälfte aller möglichen Berechtigten die Sozialhilfe erst gar nicht beantragen. Gründe dafür sind unter anderem Stigma und Scham – so ist die Inanspruchnahmen in »anonymen« Großstädten auch höher als in ländlichen Gebieten (Fuchs 2009).

Der Begriff der »sozialen Hängematte« suggeriert nicht zuletzt, dass man es selbst in der Hand hat, ob man sich in die vermeintlich schöne Situation des Nichtstuns begibt oder nicht. Abgesehen davon, dass Arbeits-

losigkeit alles andere als befriedigend ist (etwa die Hälfte aller Befragten stimmt laut einer Befragung der Aussage zu, es sei »demütigend, ohne Arbeit Geld zu erhalten«), hat man diese Entscheidung vielfach nicht selbst in der Hand (Friesl et al. 2009: 44). Man entscheidet sich in unserer Gesellschaft nicht für das Armsein, nicht für das Kranksein, nicht für das Altwerden und auch nicht für das Behindertsein. Es sind eine Vielzahl einzelner Umstände, die in das soziale Netz führen, aber in der Regel nicht die eigene Entscheidung. Arbeitslosigkeit ist zudem ein gesellschaftlich in Kauf genommenes Phänomen, bedenkt man, dass Modelle der Arbeitszeitverkürzung noch nicht umfassend diskutiert werden. Dass es nicht genug Arbeit für alle gibt, führt dazu, dass oft die Schwächsten der Gesellschaft außen vor bleiben. Gute Jobs müssen aber für alle geboten werden, entgegen der Vorstellung des »skimming the cream« (die Abschöpfung des guten Rahms, wobei die rahmlose Milch zurückbleibt).

Alle profitieren vom sozialen Netz

Eine Gesellschaft zeigt ihr Antlitz im Umgang mit ihren schwächsten Mitgliedern: Menschen mit Behinderungen, Menschen, die in Armut leben, Spielsüchtigen, Menschen mit Migrationshintergrund. All jenen, die soziale Leistungen beziehen. Armen und Kranken, Schwangeren und Müttern, Arbeitslosen und prekär Beschäftigten. Familien und Kindern, alten und behinderten Menschen. Ein »Das betrifft mich nicht« gibt es da gar nicht. Fast jeder Mensch, von wenigen Vermögenden abgesehen, kommt im Lauf seines Lebens in Österreich in den Genuss von Sozialleistungen und hat im Lauf seines Lebens unzählige Kontakte und Beziehungen zu BezieherInnen von Leistungen.

Kommt man in soziale Notlagen oder braucht Unterstützung, gibt es das soziale Netz. Das soziale Netz bedeutet, dass man abgesichert ist. Passiert etwas, fällt man nicht auf den Boden, sondern rutscht ins Netz

und kann von dort wieder aufstehen. Wie beim Seiltanzen gibt es einen doppelten Boden. Das Netz bietet Schutz, und alle tragen dazu bei, indem sie Steuern zahlen, Versicherungsbeiträge einzahlen oder einfach nur freiwillig helfen, sich etwa um Alte, Kranke, Kinder oder Flüchtlinge kümmern. Und Gesellschaften mit einem guten sozialen Netz haben weniger Arbeitslose, mehr glückliche Menschen, weniger Selbstmorde, niedrigere Kriminalitätsraten, weniger psychische Erkrankungen, eine höhere Lebenserwartung, eine bessere Lebensqualität und vieles mehr (Wilkinson / Pickett 2009). Aber schlussendlich muss auch die Löchrigkeit des sozialen Netzes gesehen werden. Noch immer gibt es Lücken, vor allem im sozialen Dienstleistungsbereich, etwa in der Kinderbetreuung und der Pflege älterer Menschen. Dass »neue« soziale Risiken nicht mehr oder nur unzureichend abgesichert und (zurück) in die private Verantwortung gedrängt werden, ist zum Teil auch der Debatte über die »soziale Hängematte« und dem Einfluss dieser Metapher auf Kürzungen bzw. den Nichtausbau von Sozialleistungen zuzuschreiben.

Literatur

Bosancic, Sasa (2007): Soziologie sozialer Ungleichheit. In: http://www.philso.uni-augsburg.de/lehrstuehle/soziologie/sozio1/medienverzeichnis/Bosancic_SS_07/SU_AbschlussPP.pdf [Stand 10/2010].

Friesl, Christian / Polak, Regina / Hamachers-Zuba, Ursula (Hg.) (2009): Die Österreicher/-innen. Wertewandel 1990–2008. Wien: Czernin.

Fuchs, Michael (2009): Social Assistance – No, Thanks? The Non-Take-up Phenomenon and its Patterns in Austria, Germany and Finland after 2000. Policy Brief, September 2009. Wien: European Centre for Social Welfare Policy and Research.

Knecht, Alban (2010): Lebensqualität produzieren. Ressourcentheorie und Machtanalyse des Wohlfahrtsstaats. Wiesbaden: VS.

Schenk, Martin / Moser, Michaela (2010): Es reicht! Für alle! Wege aus der Armut. Wien: Deuticke.

Wilkinson, Richard / Pickett, Kate (2009): Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind. Berlin: Tolkemitt.

Bernhard Leubolt

Staaten als Schweine und Ziegelsteine

Die Verwendung von ökonomisch geprägten Länderbeinamen hat schon eine längere Geschichte. Von »Kornkammern« und »Armenhäusern« wird beispielsweise seit Jahrhunderten gesprochen. Aktuell sind vor allem Tiernamen und Abkürzungen im Trend. Während in den 1980er und 1990er Jahren noch auf Bezeichnungen wie »Tigerstaaten« (für die sich schnell entwickelnden Ökonomien in Südostasien, vor allem Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong) und »Schurkenstaaten« (für Länder wie den Iran und Nordkorea) zurückgegriffen wurde, sind neuerdings zweideutige Abkürzungen en vogue. Finanzinvestoren beschreiben potenzielle »emerging markets« seit 2001 als »BRICs« (Brasilien, Russland, Indien und China) und neuerdings auch als »EAGLEs« (Emerging and Growth-Leading Economies). Auch für Gruppen von Staaten in der Krise wurden entsprechende Kürzel gefunden: So beschrieb David Smith in der »Sunday Times« vom 25. Mai 2008 eine Gruppe von Ländern als »Pigs« (Smith 2008):

I am referring to euroland's »Pigs«. Pigs, like »Brics« is an acronym, though less flattering to those who fall into it. While Brics refers to the fast-growing emerging economies of Brazil, Russia, India and China, the Pigs are the struggling euroland countries of Portugal, Italy, Greece and Spain.

I don't want to upset anybody on the other side of the Irish Sea, but I should say that in some versions there are two i's in Pigs.

Das Kürzel »PIGS« gibt es daher in mehreren Versionen: »PIIGS« inkludiert neben Portugal, Italien, Griechenland und Spanien auch Irland, »PIIGGS« beinhaltet zusätzlich noch Großbritannien. Auch für

osteuropäische Staaten in der Krise wurde schon eine Abkürzung gefunden: »HELL« steht für Ungarn (*Hungary*), Estland (*Estonia*), Lettland (*Latvia*) und Litauen (*Lithuania*) (vgl. Deiss 2010: 21).

Die Verwendung von Abkürzungen ermöglicht einerseits den Gebrauch beleidigender Bezeichnungen, der in dieser Form in Medien wie »The Economist« und »Sunday Times« sonst nur schwerlich möglich wäre. Andererseits werden dadurch auch Gemeinsamkeiten suggeriert, die in Zeiten ökonomischer Unsicherheit das Handeln von Wirtschaftstreibenden und PolitikerInnen legitimieren sollen.

Durch die Verwendung von Sammelbezeichnungen für Gruppen von Ländern, die kaum kulturelle Ähnlichkeiten oder auch nur geografische Nähe aufweisen, werden Realitäten konstruiert. Ein diesbezüglich sehr interessantes Beispiel ist die Kategorie »Schurkenstaaten« (*»rogue states«*), die von den US-Regierungen unter den Präsidenten George W. Bush und Bill Clinton geprägt wurde. Staaten wie Kuba, Iran, Sudan, Syrien, Libyen, Irak und Nordkorea verbindet zwar ökonomisch, politisch und kulturell relativ wenig, sie sind jedoch allesamt keine Verbündeten der USA. Derrida (2006) argumentiert, dass nach dem Wegfall des »Ostblocks« in den 1990er Jahren ein neuer Hauptfeind gesucht und in Gestalt der »Schurkenstaaten« gefunden wurde. Die Assoziation mit Terrorismus und Schurkentum ermöglichte es, Repressalien und Sanktionen zu rechtfertigen, selbst wenn es unilaterale Aktionen der USA waren: So kündigte der ehemalige US-Verteidigungsminister William Cohen an, »die Vereinigten Staaten seien bereit, gegen jeden Schurkenstaat einseitig (also ohne vorherige Zustimmung der UNO oder des Sicherheitsrats) militärisch zu intervenieren, wann immer ihre vitalen Interessen auf dem Spiel ständen; und unter vitalen Interessen verstand er – so wörtlich – ›ensuring inhibited access to key markets, energy supplies, and strategic resources‹« (Derrida 2006: 146). Für »Schurkenstaaten« gab es dann auch folgerichtig keine genaue Definition, da es am vorteilhaftesten schien, wenn US-PolitikerInnen selbst festlegen

konnten, wer dafür verurteilt wird, Terrorismus zu unterstützen und Massenvernichtungswaffen verwenden zu wollen.

Mit der Verwendung solch starker Termini wird den betreffenden Staaten abgesprochen, auch nur ansatzweise im selben Boot wie die »zivilisierte Welt« sitzen zu können – sie werden diskursiv zu »Anderen« gemacht, die sich fundamental von der »Wir-Gruppe« unterscheiden. Dieser Prozess des »*othering*« funktionierte phasenweise, gegen Ende seiner Amtszeit begann aber auch Bill Clinton schon eher von »*states of concern*« als von »*rogue states*« zu sprechen.

Für die EU-Staaten, die alle als Teil der »Wir-Gruppe« verstanden werden, ist es weitaus schwieriger, ähnlich starke Bezeichnungen für einzelne Mitglieder zu wählen. Dennoch wurde versucht zu konstruieren, dass sich manche »Schweine« nicht an die Regeln der »Wir-Gruppe« halten und daher sanktioniert werden sollten. In diesem Zusammenhang kam das Kürzel »PIGS« auf, das eine bezüglich ihrer volkswirtschaftlichen Voraussetzungen sehr heterogene Gruppe von Ländern auf einen Nenner brachte. Spanien galt beispielsweise im Gegensatz zu Griechenland lange als »Musterschüler« in Sachen Staatsverschuldung, die noch im Jahr 2008 mit 39,8 Prozent des BIP (laut Eurostat) weit unter der Maastricht-Grenze von 60 Prozent lag. Ebenso Irland. Durch die Verwendung des vereinheitlichenden Terminus »PIGS« wurde in weiterer Folge die diskursive Grundlage für die Disziplinierung der »unverantwortlichen EU-Mitglieder« bzw. »Schweinestaaten« gelegt. Die makroökonomische und haushaltspolitische Einflussnahme von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfonds (IWF) geht dabei so weit, dass sie die eigentlich zuständigen nationalen Parlamente zu weitgehend bedeutungslosen Akteuren degradiert. Sparpakete und Privatisierungswellen werden den betreffenden Staaten von höherer Ebene verordnet. Der Ausgang von auf nationaler Ebene stattfindenden Wahlen kann sich daher auf zentrale gesellschafts- und wirtschaftspolitische Entscheidungen nicht auswirken, was als Indiz

für das weitere Fortschreiten postdemokratischer Realitäten gewertet werden kann (Klatzer / Schlager 2011).

Der Umgang mit ökonomischen Unsicherheiten spielt auch bei den positiv konnotierten »BRICs« eine Rolle (vgl. Sum 2010). Der Begriff wurde Ende 2001 vom Chefökonomen der Investmentbank Goldman Sachs, Jim O'Neill, geprägt (O'Neill 2001). In einer – nach dem Platzen der »Dotcom-Blase« und dem Terroranschlag vom 11. September 2001 – vom Abwärtstrend der US-Ökonomie geprägten Zeit waren Investoren verunsichert und suchten nach neuen Anlagemöglichkeiten. Laut Sum (2010: 547) unternahm das Goldman-Team in dieser Phase »erste Schritte, um einige nützliche ›nicht-westliche Andere‹ zu bestimmen«. Brasilien, Russland, Indien und China wurden dabei erst als potenzielle Ziele für Investitionen gepriesen, deren Potenzial im Hinblick auf wirtschaftliches Wachstum weit über dem der US-amerikanischen und europäischen Pendants lag. Später (etwa ab 2004) kam hinzu, dass die »BRICs« auch als potenzielle neue Konsummärkte entdeckt wurden (vgl. O'Neill et al. 2005). Die neu entstehenden Mittelklassen in den betreffenden Ländern gerieten als KonsumentInnen von Waren, Gebrauchsgütern und Kapitaldienstleistungen in den Blick. Konsumausfälle in den »Kernmärkten« könnten durch den Einstieg in neue Märkte kompensiert werden. Das Exportmodell, wie es beispielsweise in Deutschland praktiziert wird (Produktivitätszuwächse auf Kosten der Lohnquote, Wettmachen sinkender Binnennachfrage über Exporte; vgl. Horn et al. 2009), könnte somit weiterhin Bestand haben. Sinkende Reallöhne in Europa und den USA würden sich nicht nachteilig auf die Nachfrage auswirken, da die neuen »Ziegelsteine« (*bricks*) der Weltwirtschaft das passende »Fundament« (im Sinne kaufkräftiger Konsum- und Investitionsnachfrage) liefern würden.

Auch das positiv konnotierte Länderkürzel »BRICs« produziert jedoch Ausschlüsse. So bemühen sich südafrikanische PolitikerInnen um die Aufnahme ihres Landes in den exklusiven Club der »BRICs« und waren dabei zum Beispiel im Rahmen der Verhandlungen über die Neu-

besetzung des IWF-Chefpostens 2011 erfolgreich (derStandard.at 2011). Sonst gilt für Südafrika allerdings – wie für den Rest der Welt – meist nicht der Status als »Ziegelstein« der neuen Weltwirtschaftsordnung, und somit ist mit weniger einströmenden Investitionen zu rechnen.

Sowohl positiv als auch negativ konnotierte Länderkürzel transportieren also implizit wirtschaftspolitische Implikationen. Diese ideologische Komponente wird durch die Verwendung von Abkürzungen naturalisiert: Die Bezeichnung »PIGS« verklausuliert die abwertende Bezeichnung als »Schweine« und transportiert dennoch, dass europäische Defizitländer sich wie Schweine verhalten und daher gemaßregelt werden müssen. Die Frage des Zusammenhangs zwischen ihren Außenhandels- (bzw. Leistungsbilanz-)Defiziten und den Exportüberschüssen anderer Länder wird dabei nicht gestellt – waren doch die »Defizitsünder« gleichermaßen die Abnehmer der Produkte der Überschussländer, die auf Kosten stagnierender bis sinkender Reallöhne mittels sinkender Lohn-Stück-Kosten konkurrenzfähiger wurden (vgl. den Beitrag »Exportweltmeister« in diesem Band). Ist es nun weiterhin denkbar, Massenkonsum ohne steigende Verschuldung aufrechtzuerhalten? Könnten Exportländer wie Deutschland und Österreich ohne das »Über-die-Verhältnisse-Leben« der »PIGS« weiterhin Wirtschaftswachstum verzeichnen?

Als zentrale Antwort auf diese Fragen können die »Ziegelsteine« (»BRICs«) herhalten. So könnten – gemäß der Goldman-Sachs-Story – etwaige Einbrüche in der wirtschaftlichen Dynamik und im Konsum in den Ökonomien der USA und der EU durch das dynamische Wachstum der »BRICs« mindestens kompensiert werden. Analysen auf Basis aktueller Daten (vgl. z. B. Ocampo 2011) deuten hingegen darauf hin, dass diese Rechnung nicht aufgehen wird und die gesteigerte Nachfrage aus den aufstrebenden Wirtschaftsmächten den Nachfrageeinbruch in den traditionellen Industrieländern nicht ausgleichen wird können.

Jenseits verschiedener Prognosen zur Zukunft der Weltwirtschaft bleibt jedoch darauf hinzuweisen, dass die Verwendung von Kürzeln wie

»PIGS« und »BRICs« innerhalb eines diskursiven Machtfeldes stattfindet. Durch ihre selbstverständliche Verwendung setzen sich bildhaft vermittelte Interpretationen im Alltagsverstand fest. Die konstruierten Deutungen internationaler Zusammenhänge erscheinen somit als natürlich. Gefragt ist daher der kritische Umgang mit solch vielsagenden Kürzeln, um alternative Lösungen denken zu können.

___ Literatur

__ Deiss, Richard (2010): Der Nabel des Mondes und die Träne im Indischen Ozean. 333 Länderbeinamen und wie es zu ihnen kam. Norderstedt: Books on Demand.

__ Derrida, Jacques (2006 [2003]): Schurken. Zwei Essays über die Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

__ derStandard.at (2011): BRICS-Staaten fordern neue IWF-Wahlprozedur. In: Der Standard online, 25.5.2011, http://derstandard.at/1304552771532/Strauss-Kahn-Nachfolge-BRICS-Staaten-fordern-neue-IWF-Wahlprozedur.

__ Horn, Gustav A. / Joebges, Heike / Zwiener, Rudolf (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (II). Globale Ungleichgewichte: Ursache der Krise und Auswegstrategien für Deutschland. In: IMK Report. Nr. 40, August 2009. Düsseldorf: IMK.

__ Klatzer, Elisabeth / Schlager, Christa (2011): Europäische Wirtschaftsregierung – eine stille neoliberale Revolution. In: Kurswechsel. Heft 1/2011, 61–81.

__ Ocampo, José Antonio (2011): Global Economic Prospects and the Developing World. In: Global Policy. Vol. 2, Issue 1, 10–19.

__ O'Neill, Jim (2001): Building Better Global Economic BRICs. In: Global Economics Paper 66. New York: Goldman Sachs.

__ O'Neill, Jim / Wilson, Dominic / Purushothaman, Roopa / Stupnytska, Anna (2005): How Solid are the BRICs? In: Global Economics Paper 134. New York: Goldman Sachs.

__ Smith, David (2008): Reform Failures May Still Kill off the Euro. In: The Sunday Times, 25.5.2008.

__ Sum, Ngai-Ling (2010): Die (Semi-)Peripherie ins Zentrum rücken. Eine Kulturelle Politische Ökonomie der »BRIC« und der Fall China. In: PROKLA. 40. Jg., Nr. 161, 543–566.

Klemens Himpele

Steuerlawine

Jammern über Steuern ist ein Volkssport geworden. Das Geld ist erst einmal weg, und wenn man die öffentliche Debatte verfolgt, könnte man meinen, dass der Staat bzw. die Regierung dieses Geld nimmt und verbrennt oder beim Fenster hinauswirft. Dass den Steuerzahlungen echte Leistungen gegenüberstehen – in Form von Hochschulen, Schulen, Krankenhäusern, Straßen, öffentlichem Nahverkehr usw. –, wird weniger zur Kenntnis genommen. Die Frage wäre dann nämlich nicht: Wer zahlt schon gerne Steuern?, sondern: Wer verzichtet gerne auf Schwimmbäder, Straßen, Krankenhäuser usw.? Diese Vorbemerkung dient dazu, deutlich zu machen, dass Steuerzahlen eine Notwendigkeit darstellt und vor allem jede und jeder von staatlichen Leistungen profitiert. Alleine könnten sich – wenn überhaupt – die ganz Reichen privat all das leisten, was öffentlich bereitgestellt wird. Alle anderen müssten auf zahlreiche Leistungen verzichten.

Steuern sind daher der zentrale Bestandteil der Finanzierung öffentlicher Leistungen. Dabei können Steuern so ausgestaltet werden, dass sie nach der ökonomischen Leistungsfähigkeit des Einzelnen erhoben werden. So kann es gelingen, starke Schultern mehr tragen zu lassen als schwache – ein Umstand, der bei Nutzungsgebühren, Beiträgen und anderen Finanzierungsformen nicht denkbar wäre. Zumal zahlreiche Tatbestände auch nicht vergebührt werden könnten, weil sich kein klarer NutzerInnenkreis ermitteln lässt (wer sollte dann etwa den Schutz vor Lawinen zahlen?).

Diese allgemeine Vorbemerkung erklärt zweierlei jedoch noch nicht: erstens, wer die Steuerlast trägt, und zweitens, ob es eine »Steuerlawine« überhaupt gibt. Jedenfalls hat eine »Initiative der österreichischen Industrie und Leitbetriebe und ihrer MitarbeiterInnen« einen

Stopp der Steuerlawine gefordert (http://stoppt-die-steuerlawine.at). Auch hier findet sich die implizite Annahme, der Staat würde das Geld quasi verbrennen – und nicht investieren. Denn wenn der Staat investiert, schafft er entweder direkt oder indirekt (über die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen) Arbeitsplätze. Die Kampagne »Stoppt die Steuerlawine!« diente demnach in erster Linie dazu, Stimmung gegen Steuern zu erzeugen – nicht aber dazu, über die Funktion von Steuern aufzuklären. Kampagnen allerdings funktionieren nur dann, wenn eine gewisse Grundzustimmung zu den Themen der Kampagne vorhanden ist. Gibt es in Österreich also eine »Steuerlawine«? Dieses Bild suggeriert dreierlei: Erstens gebe es eine zunehmende Steuerbelastung, zweitens erdrücke die Steuerlast die SteuerzahlerInnen, und drittens sei die Wucht der Besteuerung so groß, dass man sich ihr nicht entziehen könne. Mit dem Bild der »Steuerlawine« wird also gesagt: Die Steuern würden immer mehr und seien zu hoch. Sie seien so hoch, dass ein freies Atmen und Bewegen nicht mehr möglich sei, dass die Steuerlawine den Einzelnen quasi zu Boden drücke.

Die Steuerlast tragen die ArbeitnehmerInnen

Zunächst kann nicht davon die Rede sein, dass die Steuerbelastung in Österreich in den vergangenen Jahren insgesamt zugenommen hätte. Der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt heute mit 27,6 Prozent etwa beim Wert des Jahres 1996 mit 27,9 Prozent. Zwischenzeitlich lag der Anteil der Steuern am BIP bei 30,4 Prozent (2001).[1] Werden Steuern und tatsächliche Sozialbeiträge betrachtet, betrug deren Anteil am BIP 2001 noch 45,4 Prozent, 2010 waren es 42,3 Prozent. Es lässt sich also sagen: Eine »Lawine«, die durch ein ständiges Anschwellen charakterisiert wäre, hat es nicht gegeben. Vielmehr sind Steuern und Sozialabgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt relativ stabil und eher sinkend.

Allerdings ist es tatsächlich so, dass ein erheblicher Anteil der Lasten von ArbeitnehmerInnen getragen wird. So verzichtet Österreich weitgehend auf vermögensbezogene Steuern, und auch die Unternehmenssteuern wurden eher zurückgenommen. Daher ist es nicht verwunderlich, wenn Personen mit mittlerem Einkommen der Meinung sind, es gebe eine Steuerlawine (oder eine Steuer- und Beitragslawine). Sie sind es, die nicht von der Beitragsbemessungsgrenze der Sozialversicherungsabgaben profitieren und daher die höchsten Belastungen im Steuer- und Abgabensystem zu tragen haben. Ihr gesamtes Einkommen wird zur Berechnung der Sozialversicherungsbeiträge herangezogen, anders als bei Menschen, deren Einkommen oberhalb der Beitragsbemessungsgrenze liegt. Es ist daher angebracht, über die Verteilung der Steuerlast zu diskutieren und die Frage zu stellen, wie SpitzenverdienerInnen, Vermögende und Unternehmen stärker zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden können – nicht nur in Österreich.

Keine Steuerlawine – aber dennoch zu hohe Steuern?

Es könnte argumentiert werden, dass die Steuerbelastung zwar insgesamt nicht angestiegen ist, aber dauerhaft zu hoch sei. Daher müssten den bereits erfolgten Steuersenkungen der vergangenen Jahre weitere folgen. Diese Argumentation verkennt, dass ein »Aushungern des Staates« mittelfristig zwangsläufig zu Ausgabenkürzungen des Staates führt. Nun haben jedoch nicht nur die Steuern und Sozialabgaben als solche, sondern vor allem die staatlichen Leistungen eine umverteilende Wirkung. Durch sie wird sichergestellt, dass erhebliche Teile der Gesellschaft etwa eine Schulbildung erhalten, was ohne ein öffentliches System nicht möglich wäre. Klar ist auch: Die progressive Wirkung des Steuersystems wird in Österreich durch die Beitragsbemessungsgrenze bei der Sozialversicherung konterkariert – dies muss geändert werden.

Dennoch muss, wer für Steuersenkungen argumentiert, erklären, welche Aufgaben künftig nicht mehr staatlich erbracht werden sollen. Diese Leistungen müssten dann privat finanziert werden – was ebenfalls eine Belastung der Betroffenen wäre, mitunter eine deutlich höhere als die heutigen Steuerzahlungen.

Die Frage, wann die Steuerbelastung als zu hoch wahrgenommen wird, lässt sich abstrakt nicht beantworten. Dies hängt von vielen Faktoren ab, etwa von der steuerpolitischen Reaktion der Nachbarstaaten. Allerdings ist Österreich hier nicht Opfer, vielmehr beharrt das Land auf dem Bankgeheimnis, das auch zur Steuerhinterziehung genutzt wird. Und Österreich hat – wie auch Deutschland – erheblich zum Steuersenkungswettbewerb bei der Unternehmensbesteuerung und bei der Besteuerung von Vermögen beigetragen. Dadurch mussten andere Steuern eingehoben werden, um die staatlichen Aufgaben zu finanzieren. Doch auch ohne die Reaktion der Nachbarn besteht steuerpolitischer Handlungsspielraum für Nationalstaaten, gerade mit Blick auf die vermögensbezogenen Steuern, da viele Vermögen schlicht immobil sind. Hier verzichtet Österreich seit Jahren auf Einnahmen, und auch das Abschaffen der Erbschaftsbesteuerung ist verteilungspolitisch ein Skandal – und führt zu Mindereinnahmen des Staates.

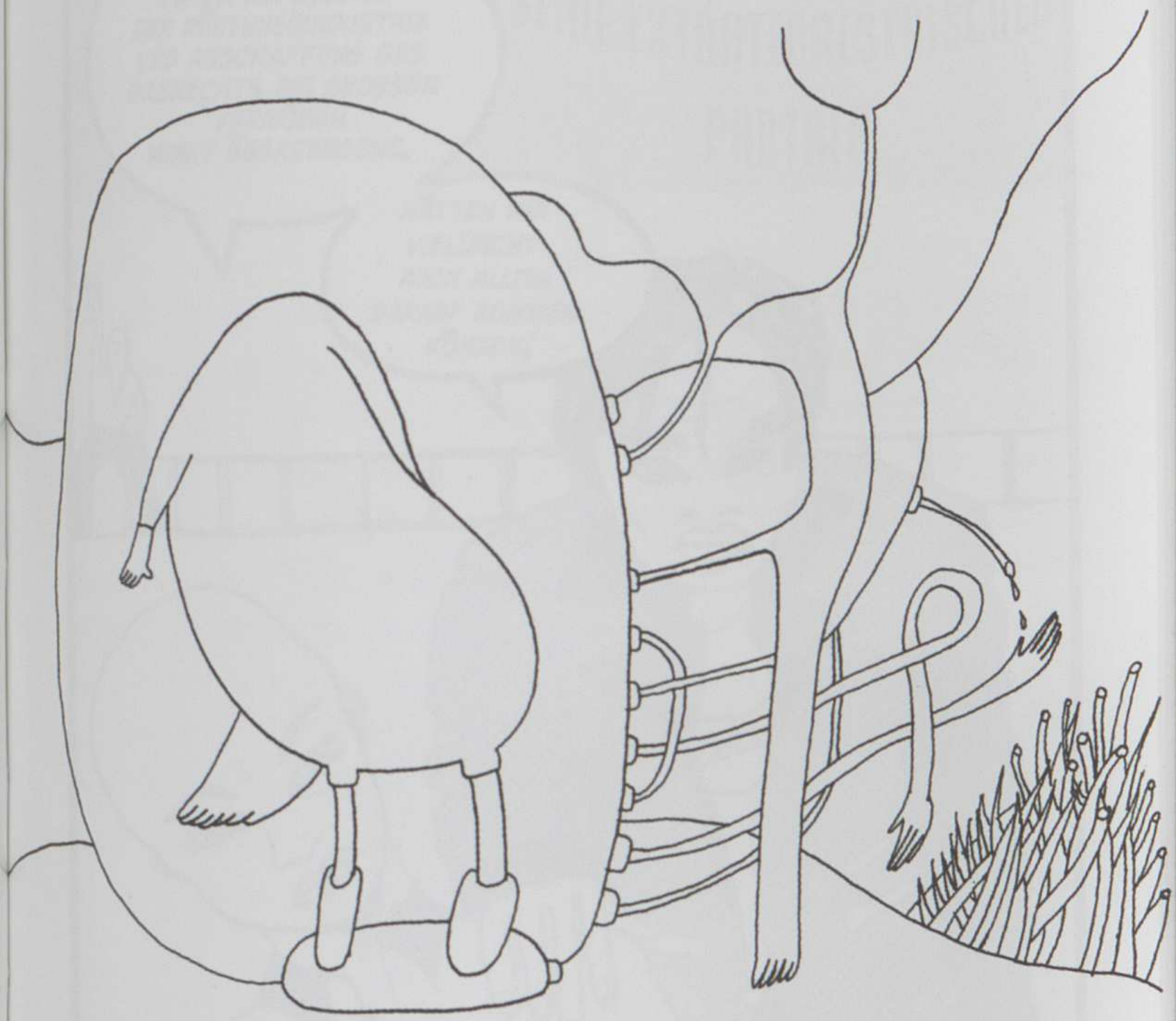
Die Kampagne »Stoppt die Steuerlawine!« streute also Sand in die Augen der LeserInnen. Die Frage, die sich eine Gesellschaft stellen muss, lautet: Welche Leistungen sollen öffentlich finanziert werden, und wer soll in welchem Ausmaß zur Finanzierung dieser Leistungen beitragen? Es geht also gerade nicht um die privaten Interessen der Wirtschaftstreibenden. Dass diese auch von der staatlichen Infrastruktur profitieren – über ausgebildetes Personal, über Straßen etc. –, ist dabei unbenommen. Die Frage, die in Österreich zu stellen wäre, ist die nach der Verteilung der Belastung, weniger die nach der Höhe. Hier steht das gesellschaftliche Interesse (an höheren öffentlichen Einnahmen) im Gegensatz zu manch privatem Interesse an einer geringen Steuerbelastung und hohen

Gewinnen. Diese Frage wird von Kampagnen wie der zum Stopp einer angeblichen Steuerlawine natürlich nicht gestellt. Die UnternehmensvertreterInnen wissen: Sie tragen in vielen Fällen zu wenig zur Finanzierung öffentlicher Ausgaben bei. Und dies ist eben ein Grund, warum ArbeitnehmerInnen überproportional viel beitragen müssen.

Im Ergebnis kann daher festgehalten werden, dass die öffentlichen Äußerungen über zu hohe Steuern einem Gesellschaftsmodell dienen, das die Reduktion staatlicher Handlungsfähigkeit will. Dem gegenüber steht das Modell eines solidarischen Gesellschaftssystems, in dem über einen gut ausgestalteten öffentlichen Sektor verteilungspolitische Impulse ebenso gesetzt werden wie Impulse zu einer nachhaltigen ökonomischen Entwicklung.

Anmerkung

1 Diese und die folgenden Werte wurden vom Autor nach Daten der Statistik Austria berechnet.



elffriede.interdisziplinäre.aufzeichnensysteme

Ungleichheits-Blocker

Linda Bilda

Vermögensentrümpelung

DER IWF BEGRÜSST
SEINE EXTRATERRESTRISCHEN
PARTNER

EINE VERMÖGENSENTRÜMPELUNG DURCH AUFLÖSUNG DER RÜSTUNGSINDUSTRIE UND ABSCHAFFUNG DES ERBRECHTS BEI GROSSEN VERMÖGEN WIRKT ÜBERZEUGEND.

HÄTTEN WIR VIELLEICHT AUCH ALLEIN DARAUF KOMMEN KÖNNEN!

Alban Knecht & Michaela Neumayr

Vollkasko-Mentalität

Die Medienwelt und die Politik scheinen den Begriff der Vollkasko-Mentalität für seine vielseitige Verwendbarkeit zu lieben. Beispielsweise forderte Franz Hörl, Nationalrat und Bezirksobmann der Wirtschaftskammer Schwaz: »Wir brauchen jetzt kein Taktieren, keine halben Lösungen, wir müssen uns etwas trauen: Sparsamkeit statt Verschwendung, Leistung statt Bequemlichkeit und vor allem Eigenverantwortung statt Vollkaskomentalität« (Hörl 2011). Ähnlich äußerte sich Ulrich Schuhmacher als Vorstandsvorsitzender von Infineon: »Wir brauchen eine flexiblere Bürokratie [...] und eine gelockerte Tarifautonomie [...] Und wir brauchen mehr Eigeninitiative [...] In Deutschland gibt es noch immer zu viel Vollkasko-Mentalität« (ChangeX 2003). Eine Vollkasko-Mentalität wird also nicht nur dann attestiert, wenn sich jemand zahlreiche Versicherungen aufschwatzen lässt: Menschen mit Vollkasko-Mentalität fehle es generell an Eigeninitiative und -verantwortung, sie wollen jedem denkbaren Risiko aus dem Weg gehen.

Zu wenig Eigeninitiative, zu viel Bequemlichkeit?

Des Weiteren wird die Metapher der Vollkasko-Mentalität auch verwendet, um ein Zuviel an Leistungserwartung gegenüber der Gesellschaft anzuklagen. Diesbezüglich stellte der Leserbriefautor John F. Edmaier (2010) in der »Kronen Zeitung« fast ganz Österreich unter Verdacht: »Ein sehr hoher Prozentsatz österreichischer Wähler(innen) hat die absolute Vollkasko-Mentalität, im Extremfall erwartet man den nahtlosen Übergang von Kinderbeihilfe über Studienbeihilfe, bald auch mit Grundsicherung,

in die Frühpension [...] Dazu kommt die Erwartungshaltung, dass der Staat von der Geburt bis zum Begräbnis für alles Sorge trägt.« Und der Blogger Spyro (2010) fragte: »Wer ist schuld an der Vollkasko-Mentalität?« – um sich selbst die Antwort zu geben: »Scheinbar sterben Moralbegriffe wie Stolz, Selbstachtung etc. völlig aus [...] Jetzt macht man es sich einfach und schreit nach ›Öffentlicher Hilfe‹, also dem Geld, das der Steuerzahler erarbeitet und eingezahlt hat.« Für ihn hat die Frage nach sozialer Sicherheit also eine moralische Qualität.

Seit der Bankenkrise, ausgelöst durch die Pleite der US-Investmentbank Lehman Brothers, wird aber auch den Banken und BankerInnen eine Vollkasko-Mentalität vorgeworfen (vgl. z. B. Wittkowski 2010). So beobachteten MitarbeiterInnen der Metzler-Privatbank: »Das Risikobewusstsein in der gesamten Branche ist gewachsen. Allerdings haben viele Marktteilnehmer auch eine Art Vollkaskomentalität entwickelt«, denn »es wird jede relevante Bank aufgefangen, die in Schwierigkeiten kommt« (Frankfurter Rundschau 2011).

Die Vollkasko-Mentalität ist also facettenreich. Aus dem ersten Überblick kann man folgern, dass Vollkasko out ist. En vogue ist dagegen alles, was mit Eigenverantwortung zu tun hat, mit unternehmerischem, vielleicht sogar draufgängerischem Mut: Nur wer wagt, gewinnt. Dagegen sind Menschen mit Vollkasko-Mentalität scheinbar risikoaverse, lahme Angsthasen, die sich um nichts kümmern, rundum versorgt und abgesichert sein wollen. BankerInnen mit Vollkasko-Mentalität allerdings gelten nicht als Angsthasen, ihnen werden vielmehr mangelnde Verantwortung und zu riskantes Handeln vorgeworfen. Spätestens hier wird es verwirrend.

Herkunft der Begriffe »Vollkasko« und »Mentalität«

Daher noch einmal zurück zu den Ursprüngen des »Vollkasko«-Begriffs, der aus der Versicherungsbranche kommt: Er steht für einen

umfassenden Versicherungsschutz, der auch »Kollisionsschäden durch Eigenverschulden, Schäden durch Vandalismus sowie Unfallschäden, bei denen kein Verursacher ermittelt werden kann« (Vollkasko.net 2011), umfasst. Vollkasko ist also der optimale Rundumschutz für das eigene Auto oder, allgemeiner, für die eigene(n) Sache(n). Egal, wer den Schaden verursacht hat, das eigene Auto, Haus, Motorrad ist gegen alles geschützt und wird im Schadensfall ersetzt. Alle Eventualitäten sind abgedeckt, man muss sich keine Sorgen machen.

Der zweite Begriffsteil der Vollkasko-Mentalität lässt sich begriffsgeschichtlich herleiten. »Mentalität« stammt vom lateinischen »mens« ab und bezeichnet etwas, das den Geist betrifft. In Bezug auf die Vollkasko-Mentalität sind damit vorherrschende Denk- und Verhaltensmuster gemeint, die eine Person, eine Gruppe oder gar eine ganze Nation verinnerlicht hat. Es handelt sich also nicht um eine Haltung, die eine bestimmte Situation oder Angelegenheit betrifft, die Mentalität sitzt tiefer und ist immer zugegen – sie ist eine Grundeinstellung, die sich auf viele Gegenstandsbereiche bezieht. Zieht man die Bedeutung der beiden Begriffsteile zusammen, ergibt sich: Die Vollkasko-Mentalität stellt eine Haltung dar, die das ganze Leben versichert haben will.

Der Wunsch nach Sicherheit

Was ist daran nun so verwerflich? Grundsätzlich sind Versicherungen dazu da, Risiken zu managen, indem diese »gestreut«, also auf eine große Anzahl von Personen verteilt werden. Ein Schadensfall, der für eine Person alleine schwer zu tragen wäre und zuweilen deren Existenz zerstören würde, wird durch den Abschluss einer Versicherung tragbar, da jeder und jede Versicherte quasi einen Teil davon bezahlt. Für diesen kleinen Beitrag wird durch die Sicherheit die Lebensqualität erhöht und niemandes Existenz zerstört. Tatsächlich kann man sich gegen viele

Risiken des Lebens versichern. Es gibt private Versicherungen für Feuerschäden, eine Haushaltsversicherung gegen Glasbruch, bei Diebstahl, eine Haftpflichtversicherung bei Schäden an anderen Menschen oder Dingen, eine private Unfallversicherung und so weiter. Prinzipiell ist es sinnvoll, wenn sich eine große Anzahl von Menschen zusammentut, um sich gegen ein unvorhersehbares Unglück zu versichern und einander im Schadensfall beizustehen. Das Versicherungsprinzip folgt einer Idee der Kooperation und Solidarität, und dementsprechend waren früher viele Versicherungen »auf Gegenseitigkeit« organisiert. Dieser Aspekt mag heute keine Rolle mehr spielen, wenn man bei VersicherungsmaklerInnen einen Vertrag unterschreibt. Dennoch ist festzuhalten: Sich zu versichern ist eine feine Sache. Man muss sich nicht vor Schadensfällen fürchten, darf sich weniger Sorgen machen und kann ein entspannteres Leben führen.

Probleme von Versicherungssystemen

Beim Versichern gibt es allerdings auch ein paar Haken. Der erste hat damit zu tun, dass Personen, die einem höheren Risiko ausgesetzt sind, ein stärkeres Interesse daran haben, eine Versicherung abzuschließen. Sie sind auch bereit, höhere Prämien zu bezahlen als solche, die ihr Risiko geringer einschätzen. Beispielsweise würden in eine freiwillige Krankenversicherung nur jene Menschen einzahlen, die meinen, dass sie auch einmal deren Leistungen in Anspruch nehmen werden. Alle anderen würden aussteigen, weil die Versicherung für sie nicht rentabel wäre. Und manche würden sich gar nicht versichern, weil sie sich die Prämien nicht leisten könnten. Das wäre schlecht, weil dann viele unversichert blieben und im Falle einer Erkrankung eventuell existenziell bedroht wären. Dieses Problem der Selektion kann mit einer gesetzlichen Pflichtversicherung behoben werden. Sie verpflichtet alle, ganz egal wie

hoch ihr Risiko ist, sich zu versichern. Dadurch werden die unterschiedlichen Risiken bzw. die entstehenden Kosten von allen getragen; niemand soll in Existenzschwierigkeiten kommen, und wenn man selbst etwas braucht – Krankheiten sind teilweise völlig unkalkulierbar –, zahlen alle mit. Der Staat verhindert damit auch, dass Menschen bei Krankheit total abstürzen und sich nicht mehr selbst helfen können. Auch die gesetzliche Arbeitslosen- und Pensionsversicherung funktioniert nach diesem Prinzip der Pflichtversicherung. Im Prinzip ist eine Versicherung also ein durch und durch rationales System.

Der zweite Haken beim Versichern besteht darin, dass sich Personen, die versichert sind, riskanter verhalten könnten als Unversicherte. Sie könnten beispielsweise unvorsichtig die Skipiste hinunterrasen, unvorsichtiger Auto fahren, mehr rauchen oder mit offenem Feuer im eigenen, feuerversicherten Heuschuppen hantieren. Dagegen sichern sich Versicherungen mit mehreren Schutzmechanismen ab. So gibt es sogar bei der Vollkasko-Versicherung häufig einen Selbstbehalt: Der oder die Versicherte muss auf alle Fälle einen kleinen Teil des Schadens selbst bezahlen. Und die Vollkasko-Versicherung – das steht im Kleingedruckten – zahlt auch nicht immer: »Sein Auto Vollkasko versichert zu haben, kann in vielen Fällen eine große Hilfe sein. Zum Beispiel bei einem selbst verursachten Auffahrunfall. Allerdings hilft auch der Schutz einer Vollkaskoversicherung nicht, wenn ein Fahrer grob fahrlässig handelt (beispielsweise betrunken Auto fährt) [...]« (Vollkasko.net 2011). Zusätzlich muss, wer einmal einen Schaden hatte, hinkünftig höhere Prämien bezahlen (»Bonus-Malus-System«). Auch bei den Sozialversicherungen gibt es solche Schutzmechanismen: So sperrt die Arbeitslosenversicherung bei Selbstverschulden, als welches z. B. eine eigene Kündigung ausgelegt wird, das Arbeitslosengeld für den ersten Monat. Darüber hinaus erhalten Versicherte in der Arbeitslosigkeit einen großen Abschlag gegenüber ihrem bisherigen Einkommen, was einem Selbstbehalt entspricht.

Vollkasko-Mentalität im Sozialstaat?

Vergleicht man die Kfz-Vollkasko-Versicherung mit sozialstaatlichen Sicherungssystemen, zeigen sich wesentliche Unterschiede: Der sozialstaatliche Schutz sichert in erster Linie Grundbedürfnisse ab – und nicht privates Eigentum bzw. teure Konsumgüter. Des Weiteren wird bei sozialstaatlichen Versicherungen selten ein Vollersatz für das verlustig Gegangene (z. B. den Job) geleistet; Pensions- und Arbeitslosengeld sind wesentlich niedriger als das zuvor erzielte Arbeitseinkommen.

Die Anwendung des Begriffs »Vollkasko-Mentalität« auf die Sozialversicherung ist also irreführend. Der Begriff sollte lieber dort bleiben, wo er hingehört, nämlich in der Kfz-Branche. Mit staatlicher Sozialversicherung hat er nicht viel zu tun, weil diese gerade nicht alle Schäden versichert. Hier sollte man eher von einer »Geisteshaltung der solidarischen Sorgenfreiheit für alle« sprechen. Sie ist eine erstrebenswerte Sache, die von den meisten BürgerInnen wohl auch gewollt wird, wie Umfragen zur Akzeptanz der Sozialversicherung durch die Bevölkerung zeigen (Grasgruber 2005; Nüchter et al. 2010).

Wird der Begriff »Vollkasko-Mentalität« auf Sozialversicherungssysteme angewandt, dient dies eher dazu, einen diffus diskreditierenden Inhalt plakativ zu transportieren und rationale Argumentationen über den Sinn und die Leistungsfähigkeit verschiedener Versicherungsformen zu verhindern. Die Folge ist, dass Kfz-Vollkasko-Versicherte, die im Schadenfall den Leistungsanspruch bei der Versicherung geltend machen möchten (Reparatur, Schadenersatz, neues Auto ...), das vollste Verständnis ihrer Mitmenschen ernten, während Arbeitslosenversicherte, die im Fall der Arbeitslosigkeit ihren Leistungsanspruch geltend machen möchten, oft vorwurfsvoll geächtet werden. Möglicherweise sind es sogar diejenigen, die ihre teuren Neuwagen Vollkasko versichern, die ihren Mitmenschen eine Vollkasko-Mentalität vorwerfen.

Fazit: Menschen können sich versichern, und das ist gut so

Sowohl private als auch sozialstaatliche Versicherungen haben ihre Berechtigung, weil sie das Leben sorgenfreier machen. Beide verfügen über Mechanismen, die eventuellen Missbrauch verhindern sollen. Es ist also nicht nachvollziehbar, dass die Vollkasko-Mentalität negativ besetzt ist. Soweit es aber gelungen ist, mit dem Begriff der Vollkasko-Mentalität die Vorstellung einer solidarischen Versicherung kaputtzureden, hat dies dazu geführt, dass sich heute nur noch Banken und BankerInnen, die in Schwierigkeiten geraten, in Sicherheit wiegen dürfen (vgl. den Beitrag »Rettungsschirm«); das Gros der BürgerInnen aber muss zunehmend Risiken aushalten und abfedern. Tatsächlich kann man aber auch BankmanagerInnen keine Vollkasko-Mentalität unterstellen: Erstens haben sie keine Beiträge eingezahlt, und zweitens zahlt eine Vollkasko-Versicherung nicht bei Fahrlässigkeit.

Literatur

- ChangeX (2003): Weg von der Vollkasko-Mentalität! Das Infineon Future Forum in Berlin. 28.5.2003. In: http://www.changex.de/Article/article_1068 [Stand 10/2011].
- Edmaier, John F. (2010): Vollkasko-Mentalität. Leserbrief. In: Neue Kronen Zeitung, 8.11.2010.
- Frankfurter Rundschau (2011): Bankier: »Vollkaskomentalität« nach der Krise. In: Frankfurter Rundschau, Onlineausgabe, 19.2.2011, http://www.fr-online.de/wirtschaft/bankier---vollkaskomentalitaet--nach-der-krise/-/1472780/7211826/-/index.html [Stand 10/2011].
- Grausgruber, Alfred (2005): »Mehr privat – weniger Staat?« Zur Akzeptanz des Wohlfahrtsstaats in Österreich. In: Schulz, Wolfgang / Haller, Max / Grausgruber, Alfred (Hg.): Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986–2004. Wiesbaden: VS, 461–486.

__ Hörl, Franz (2011): Eigenverantwortung statt Vollkaskomentalität. Tiroler Wirtschaft braucht trotz Stabilität »Langzeittherapie«. In: http://portal.wko.at/wk/dok_detail_html.wk?AngID=1&DocID=1200710&StID=519163 [Stand 10/2011].

__ Nüchter, Oliver / Bieräugel, Roland / Glatzer, Wolfgang / Schmid, Alfons (2010): Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung. Opladen / Farmington Hills: Barbara Budrich.

__ Spyro (2010): Wer ist schuld an der »Vollkaskomentalität«? In: Spyro Networks Blog, 18.5.2010, http://www.spyro-networks.com/wer-ist-schuld-an-der-vollkaskomentalitat-wo-bekomme-ich-was-was-kann-ich-beantragen-was-steht-mir-zu.html [Stand 10/2011].

__ Vollkasko.net (2011): Vollkasko Versicherung. In: http://www.vollkasko.net [Stand 5/2011].

__ Wittkowski, Bernd (2010): Vollkaskogläubiger. Kommentar zur Lastenteilung bei faktischen Staatspleiten. In: Börsen-Zeitung, Nr. 224, 19.11.2010, 1.

Susanne Mayer & Louise Horvath

Work-Life-Balance

»Ich bin erschöpft – jene Art von Müdigkeit, die einen dazu bewegt, sich zu fragen: ›Wie schlimm kann Crystal Meth [aufputschende US-Modedroge, Anm.] wirklich sein?‹ Mein Ehemann ist bettlägrig (ihm wurde die Gallenblase entfernt). Mein Sohn hustet, zahnt und wird hysterisch, sobald er sein neues Kinderbett auch nur erblickt. Seit mehr als zwei Wochen habe ich mich nun in der Arbeit nicht mehr blicken lassen, was bei der derzeitigen Wirtschaftslage nicht gut sein kann. Mein Haus ist ein Chaos [...] und das Q auf meiner Tastatur fehlt.« (Kelley 2009) Es ist das halsbrecherische Leben einer Frau, das exemplarisch für viele steht, völlig überfordert durch die Aufgaben, die sie in all ihren Lebensbereichen wahrnimmt: den Anspruch, eine perfekte Mutter zu sein, eine glückliche Partnerin, eine entspannte Freundin und zielstrebige Karrierefrau. Es ist, was den Menschen der Postmoderne vor Rätsel stellt, worauf ihm landläufig der Ratschlag erteilt wird, Schritte in Richtung mehr »Work-Life-Balance« zu setzen; eine Änderung der Prioritäten hin zu dem Idealzustand eines Gleichgewichts von Arbeit und Leben vorzunehmen.

Arbeit und Leben?

Die Idee eines notwendigen, aber auch *möglichen* Ausgleichs suggeriert einen Gegensatz zwischen »work« und »life«. Die Waage trägt das Gegenspiel von Gewichten hin zu Stillstand als der Entsprechung beider Seiten. An erster Stelle und damit eine höhere Priorität suggerierend steht »arabeit«, im Althochdeutschen Synonym für Mühe und Plagen, heute gleichgesetzt mit der beruflichen Tätigkeit. Dem gegen-

über steht »life«, das Leben, das alle Bereiche abseits der Erwerbstätigkeit umfasst (Klimpel / Schütte 2006).

Mit der Metapher der »Work-Life-Balance« wird der Versuch unternommen, ein Lebensideal anschaulich zu machen (Brooks 2011). Auf den zweiten Blick wird klar, dass es sich um ein neoliberales Lebensideal handelt: So liefert das »Work-Life-Balance«-Konzept Lösungen für ein Problem, das mit der Totalisierung ökonomischer Lebensverhältnisse wie der Entgrenzung der Arbeit erst entstanden ist. Dafür muss ein Bild herhalten, das simpel und konkret wirkt: die Waage als Symbol der »Balance«, Ausgeglichenheit, stellvertretend für Glück. »Work-Life-Balance« fußt auf diesem Symbol, das mit positiv konnotierten Werten wie Zufriedenheit und Harmonie assoziiert wird und insofern zunächst nicht weiter polarisiert. Nicht nur für marktgläubige ÖkonomInnen ist ein Ungleichgewicht ein Albtraum – Instabilität und Unausgeglichenheit gelten generell nicht als ideale, sondern als irritierende Zustände, die es möglichst zu ändern gilt.

Nehmen wir die Entgegensetzung von Arbeit und Leben als Ausgangspunkt für eine analytische Übung, wird rasch klar, dass es sich nicht um eindeutige Gegensätze mit Sinnrelationen wie »gut / böse« oder »erholend / belastend« handelt (Baudrillard 1983). Arbeit wird als Gegenpol zu Leben vorerst *definiert*. Anstatt Arbeit also als integralen Teil von Leben zu fassen, werden beide getrennt. Während diese Dichotomie für die Realität prekärer und / oder ausbeutender Arbeitsverhältnisse durchaus passend wirken mag, widerspricht sie allen normativen Vorstellungen der *Selbst*verwirklichung durch Arbeit im Sinne eines Auslebens und einer Entfaltung individueller Fähigkeiten, wie mittels moderner Managementkonzepte propagiert.

Eine Metapher, viele Interpretationen

Auf den ersten Blick scheint die Metapher eines Gleichgewichts von Arbeit und Leben kein klar identifizierbares ideologisches Konzept zu transportieren, sie kann vielmehr auf vielfältige Art und Weise instrumentalisiert und ausgelegt werden. Ihre Wurzeln hat die Metapher in den 1970er Jahren, als eine Bewegung in den USA das Ziel verfolgte, durch eine stärkere Anpassung von Produktionsorganisation und -bedingungen an den Menschen humanere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Als derartige Bestrebungen in den 1990er Jahren auch in Europa Einzug hielten, erlangte die Idee der »Work-Life-Balance« vor allem vor dem Hintergrund gut ausgebildeter Frauen, die auf den Arbeitsmarkt drängten, aber auch angesichts des aufkommenden Wunsches engagierter Väter, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, zunehmende Präsenz in politischen, wissenschaftlichen und auch alltäglichen Diskursen (Klimpel / Schütte 2006). Unter den Slogans »familienbewusste Personalpolitik« auf wertkonservativer und »Frauenförderung« auf fortschrittlicher Seite etablierte sich die Forderung nach »Work-Life-Balance« zu Beginn aber vor allem im Human-Resources-Management. Auf der einen Seite hat ein Unternehmen demnach ein ureigenes Interesse, die Bereiche Arbeit und Leben ins Lot zu bringen, um einem überlastungsbedingten Ausfall des Humankapitals vorzubeugen – dieser Tage auch unter dem Schlagwort Burn-out in aller Munde. Betriebliche Kinderbetreuungsangebote, Gesundheitsvorsorge und flexible Arbeitszeitmodelle sollen es also richten, vor allem für die »High Potentials«, deren Fehlzeiten ein Unternehmen teuer zu stehen kämen (Klimpel / Schütte 2006; Beneder 2010).

Auf der anderen Seite (auch als Gegendiskurs zur Vereinbarkeits*politik*) individualisiert die Metapher den Leistungsdruck, beide Bereiche vereinen zu können (Beneder 2010). Es wird vermittelt, dass (produktive Erwerbs-)Arbeit von jedem und jeder mit dem Privatleben ausbalanciert

werden soll und kann – womit mögliche ökonomische Zwänge, die Überstunden (und Überarbeitung) von NiedrigverdienerInnen unvermeidlich machen, negiert werden.

Auch klar dabei: Es geht nicht um Arbeit abseits des Bruttoinlandsprodukts, sondern um bezahlte Erwerbstätigkeit. Die immer noch hauptsächlich von Frauen in den eigenen vier Wänden unbezahlt geleisteten Dienste werden damit in den privaten Bereich der Freizeit geschoben, der in dieser Dichotomie der Metapher eigentlich der Erholung von Arbeit dienen soll: Die Betreuung von Kindern und die Pflege älterer Angehöriger, aber auch die nach wie vor zwischen den Geschlechtern ungleich verteilte Hausarbeit sowie ehrenamtliche Tätigkeiten finden auf dieser imaginären Waagschale keine Berechtigung als Arbeit und somit als auszugleichende Belastung.

Denn auf der Seite von Leben geht es, im Wortsinn, um das Private abseits der Betriebsstätte: die Familie und Aktivitäten der Freizeit. Diese sollen mit dem Beruf (der als erster Referenzpunkt auf der Waage das verbleibende Ausmaß von Leben determiniert) vereinbart werden und Anstrengungen des Arbeitsalltags ausgleichen. Eingegriffen werden soll in die Gestaltung dieses privaten Bereichs aber nicht. Das ist insofern problematisch, als in der Realität nicht nur das Ausüben von Hobbys in das Spektrum des Lebens abseits der Erwerbsarbeit fällt, sondern eben auch all die informell geleistete Arbeit von (zumeist) Frauen. Sobald es in diesem Zusammenhang lapidar heißt, »jedem sein eigenes Gleichgewicht«, wird die Metapher also gefährlich. Statt sie politisch zu nützen, um tatsächliche Überforderungen, Unvereinbarkeiten oder Ungerechtigkeiten aufzuzeigen und ihnen entgegenzuwirken, wird die stilisierte Balance zwischen belastender Arbeit und erholendem Leben zur subjektiven Verantwortung. Dabei wird vorerst angenommen, dass es tatsächlich Wahlfreiheit gibt: eine Welt, in der die Hausfrau scheinbar gerne Hausfrau ist und die informell Pflegende aus reiner Nächstenliebe auch nachts die dementen Schwiegereltern auf die Toilette begleitet und

dafür auf eine (Erwerbs-)Karriere verzichtet. Tatsächlich scheint diese Wahlfreiheit nur für eine Minderheit an SpitzenverdienerInnen Realität zu sein. Indem die Metapher als das Ausbalancieren von erwerbstätiger Arbeit mit erholender Freizeit verstanden wird, werden diese Spannungsfelder übergangen. Denn damit wird nur unzulänglich erfasst, dass die Grenze zwischen Arbeit und anderen Lebensbereichen oftmals schwer zu ziehen ist. Die einfache Formel von Arbeit als Be- und Leben als Entlastung ist nicht treffend, wenn als Arbeit nur gilt, was gesellschaftlich auch entsprechend monetär honoriert wird (Hochschild 1998).

Scheinbar geteilter Konsens

Die Metapher von der »Work-Life-Balance« umgibt also der *Schein* einer klaren Bedeutung, den sie erst durch Zuschreibungen und Interpretationen erhält, von denen es tatsächlich eine ganze Palette gibt. Einerseits ist das Bild, das der Metapher entspringt, eines, das von vielen geteilt werden kann; andererseits verbergen sich dahinter widersprüchliche und paradoxe Interpretationen. Die Metapher lässt offen, wie *wer* eigentlich gesamtgesellschaftlich gesehen die Waage kalibriert, also entscheidet, was als »Work-Life-Balance« zu gelten hat, und somit, ob und wo Politik eingreifen soll. Das betrifft nicht nur die Definition der Begriffe Leben und Arbeit, sondern auch die Frage nach den verantwortlichen AkteurInnen zur Ausbalancierung. Ist nun jede und jeder Einzelne, der/die PersonalchefIn des beschäftigenden Unternehmens oder doch der Gesetzgeber verantwortlich für Maßnahmen hin zu diesem vermeintlichen Idealzustand des Gleichgewichts? Der einfachste Ausweg aus diesen inhärenten Dilemmata scheint der skizzierte Verweis auf subjektive Entscheidungsfreiheit und scheinbare Wahlmöglichkeiten zu sein. Wenn aber die Bewertung der/des Einzelnen, was als Gleichgewicht gilt, Vorrang und Absolution erhält, wird, was als Chance für den/die Einzelne/n

verstanden werden kann, gleichzeitig zum Risiko. Als Antwort auf die von ihm mitverursachte Problematik hält der Neoliberalismus Einzug ins Privatleben – unzählige Ratgeberbücher versprechen Lösungen für das optimalere Management des »unternehmerischen Selbst« (Beneder 2010).

Die Metapher als Chance

Positiv interpretiert: Das Konzept der »Work-Life-Balance« ist derart offen für Auslegungen, dass es nicht überrascht, dass es als Ausgangspunkt für höchst unterschiedliche Maßnahmen und Analysen auf der Makro-, Meso- und Mikroebene dienen kann. Einerseits für sozialpolitische Ziele wie Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern, andererseits als Motivation für (scheinbar selbstlose) Mitarbeiterförderungen und schließlich als Aufruf an die/den Einzelne/n, sich als SchmiedIn des eigenen Glücks zu versuchen.

Eben weil die Metapher vieles offen lässt, birgt sie auch die Möglichkeit, schwierige, weil ideologisch besetzte Themen zu transportieren und ein Verständnis dafür unter vielen BürgerInnen zu erreichen; ein Blick auf die von der Europäischen Union auf ihrer Website benutzte Verwendung der »Work-Life-Balance«-Metapher genügt zur Illustration. So führt der Link zu EU-Politiken für »life-work balance« direkt zu einer Seite für »Gender Equality«, also Geschlechtergerechtigkeit. Das Begriffsduo Arbeit und Leben kommt im Folgenden dann nicht mehr vor, es war nur das Schlagwort, um zum eigentlichen Thema zu führen.

Auch wenn die Metapher der »Work-Life-Balance« häufig noch genutzt wird, um unternehmerischen Zielen der Effizienz gerecht zu werden bzw. ein neoliberales Konzept des Menschen als alleinig für seine Zukunft verantwortlich darzustellen: Als Kanal, um Fragen der Verteilungs- und Geschlechtergerechtigkeit in einfacher Art für alle zugänglich zu machen (Beneder 2010), öffnet sie doch Türen. Der exakte Wortlaut

der Metapher bleibt allerdings problematisch, selbst wenn daraus positive Maßnahmen erwachsen können. Im englischsprachigen Raum ist dagegen eine elegantere Version dieser Metapher gebräuchlich: Es wird von »life domain balance« gesprochen, womit die künstliche Trennung und Gegenüberstellung von Arbeit und Leben aufgehoben wird. Sinnvoller scheint also, die Dichotomie der Metapher neu zu definieren: anstelle von Arbeit und Leben von *Belastung* und *Erholung* (oder umgekehrt!) als auszubalancierenden Elementen eines guten Lebens auszugehen (Kastner 2004) – auch als Grundlage für eine neue Metapher?

Literatur

Baudrillard, Jean (1983): Laßt euch nicht verführen! Berlin: Merve.

Beneder, Beatrix (2010): Work-Life-Balance als Konzept neoliberaler Gouvernementalität. In: TRANS. Nr. 17, Sektion 2.9, Februar 2010, http://www.inst.at/trans/17Nr/2-9/2-9_beneder17.htm [Stand 10/2011].

Brooks, David (2011): Poetry for Everyday Life. In: The New York Times, 12.4.2011, A25.

Hochschild, Arlie R. (1998): The Time Bind. When Work Becomes Home and Home Becomes Work. New York: Holt.

Kastner, Michael (2004): Work Life Balance als Zukunftsthema. In: Kastner, Michael (Hg.): Die Zukunft der Work Life Balance. Kröning: Asanger.

Klimpel, Melanie / Schütte, Tina (2006): Work-Life-Balance. Eine empirische Erhebung. München / Mering: Hampp.

Kelley, Raina (2009): A Mother's Day Uprising. In: Newsweek, 8.5.2009 (Übersetzung durch die Autorinnen).

___ Biografien

___ **BEIGEWUM** Der Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen ist ein Verein von österreichischen SozialwissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Disziplinen, der das Ziel verfolgt, Ergebnisse kritischer Forschungstätigkeit in die laufende politische Debatte einzubringen. www.beigewum.at

___ **Hans Asenbaum** studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien mit einem Schwerpunkt auf Demokratietheorien und Osteuropaforschung.

___ **Linda Bilda** ist Künstlerin und Erfinderin in Wien.

___ **Agnieszka Czejkowska** ist Professorin für LehrerInnenbildung und Schulforschung an der Karl-Franzens-Universität Graz und Herausgeberin der Reihe *Arts & Culture & Education*.

___ **elffriede.interdisziplinäre.aufzeichnensysteme** wurde gegründet um 2000. zeichnen + aufzeichnen initiieren medienübergreifend formatreflektierende projekte. www.elffriede.net

___ **Klemens Himpele** studierte Volkswirtschaftslehre in Köln und ist Mitglied im Beirat des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).

___ **Louise Horvath** ist wissenschaftliche Assistentin der ICCR Foundation (Interdisciplinary Centre for Comparative Research in the Social Sciences).

___ **Alban Knecht** ist Sozialpädagoge und Soziologe. Er lehrt an den Hochschulen München und Fulda.

___ **LAAS** hat 1999 eine Wette verloren und muss seitdem Comics und Artverwandtes zeichnen. Beileid an mondolaas@gmx.net.

___ **Bernhard Leubolt** ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Regional- und Umweltwirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien.

___ **Susanne Mayer** ist wissenschaftliche Assistentin prae doc am Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien.

___ **Katharina Meichenitsch** ist Sozialexpertin der Diakonie Österreich.

___ **Katharina Muhr** ist Ökonomin und Mitglied des BEIGEWUM.

___ **Michaela Neumayr** ist Ökonomin und Wirtschaftspädagogin und arbeitet an der Abteilung für Nonprofit Management der Wirtschaftsuniversität Wien.

___ **Walter Ötsch** ist Professor und Leiter des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft an der Johannes Kepler Universität Linz.

___ **Philipp Poyntner** studiert Volkswirtschaftslehre und Internationale Entwicklung an der Universität Wien.

___ **Oliver Prausmüller** ist Mitarbeiter der Abteilung EU & Internationales der AK Wien und Vorstandsmitglied des BEIGEWUM.

___ **Armin Puller** ist Mitarbeiter der Fakultät für Sozialwissenschaften sowie Doktorand und Lektor am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien.

___ **Anita Roitner,** Ökonomin und Politologin, lebt und arbeitet in Wien.

___ **Daniel Siegrist** studiert Volkswirtschaftslehre an der Universität Wien.

___ **Elisabeth Springler** ist Ökonomin in Wien und an der Fachhochschule des bfi Wien tätig.

___ **Eva Vasari** ist Illustratorin in Wien und beendete ihre Ausbildung an der Akademie der bildenden Künste.

___ **Beat Weber** ist Ökonom und Mitglied des BEIGEWUM.

___ **Ruth Wodak** ist Professor of Discourse Studies an der Lancaster University.

--- Abbildungsnachweise

--- **Linda Bilda** (2011):

Seite 47: *Fühlungsqualitäten,* Mangatechnik. Tinte auf Papier, Verwendung von Rasterfolien, ca. A4.

Seite 48/49: *Gelderschöpfung,* Mangatechnik. Tinte auf Papier, Verwendung von Rasterfolien, ca. A4.

Seite 59/60: *Investitionswählscheibe,* Mangatechnik. Tinte auf Papier, Verwendung von Rasterfolien, ca. A4.

Seite 137: *Vermögensentrümpelung,* Mangatechnik. Tinte auf Papier, Verwendung von Rasterfolien, ca. A4.

--- **elffriede.interdisziplinäre.aufzeichnensysteme** (2011):

Seite 25: *Bildungs-Freifahrt,* Tusche auf Papier, ca. A4.

Seite 29: *Entpraekarisierungs-Spirale,* Tusche auf Papier, ca. A4.

Seite 135: *Ungleichheits-Blocker,* Tusche auf Papier, ca. A4.

--- **LAAS** (2011):

Seite 51: *Glückskompass,* Tusche und Filzstift auf Papier, ca. A4.

Seite 67: *Leistungsgedankenlosigkeit,* Tusche und Filzstift auf Papier, ca. A4.

Seite 89: *Reichtumsdrossel,* Tusche und Filzstift auf Papier, ca. A4.

--- **Eva Vasari** (2011):

Seite 27: *Chancenmixer,* Collage, ca. A4.

Seite 77: *Luxus-Fließband,* Collage, ca. A4.

Seite 79: *Mitsprachefeuerwerk,* Collage, ca. A4.

Seite 115: *Sicherheitspolsterlandschaft,* Collage, ca. A4.

In der Reihe ARTS & CULTURE & EDUCATION bisher erschienen:

Bd. 1: Egermann, Eva / Pritz, Anna (Hg.) 2009
school works Beiträge zu vermittelnder, künstlerischer und forschender Praxis
ISBN 978-3-85409-515-6

Bd. 2: Egermann, Eva / Pritz, Anna (Hg.) 2009
class works Weitere Beiträge zu vermittelnder, künstlerischer und forschender Praxis
ISBN 978-3-85409-531-6

Bd. 3: Inst. für Wissenschaft u. Kunst (Hg.) 2010
kunst fragen Ästhetische und kulturelle Bildung – Erwartungen, Kontroversen, Kontexte
ISBN 978-3-85409-557-6

Bd. 4: Thuswald, Marion (Hg.) 2010
urbanes lernen Bildung und Intervention im öffentlichen Raum
ISBN 978-3-85409-574-3

Bd. 5: Lehn, Antje / Stuefer, Renate (Hg.) 2011
räume bilden Wie Schule und Architektur kommunizieren
ISBN 978-3-85409-577-4

Bd. 6: Barbara Rothmüller 2011
chancen verteilen Ansprüche und Praxis universitärer Zulassungsverfahren
ISBN 978-3-85409-609-2

ARTS & CULTURE & EDUCATION – Vorschau:

Arts & Culture & Education Bd. 8
KulturKontakt Austria (Hg.) 2012

mapping culture
Aspekte der Kulturvermittlung
in Südosteuropa

ISBN 978-3-85409-615-3

Kurswechsel

Zeitschrift für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen

http://www.kurswechsel.at

Jahresprogramm 2012

Heft 1: „Sparen, sparen, sparen"

Alle reden über Staatsschulden, und Sparen im öffentlichen Sektor wird zum obersten Gebot erklärt. Wohin führt Kürzungspolitik und Entdemokratisierung, und wie lang kann das fortgesetzt werden?

Heft 2: „Neoliberalismus: Endgame oder nächste Etappe?"

Geht der Neoliberalismus gestärkt aus der Krise hervor? In welcher Weise verändert er sich und welche postneoliberalen Tendenzen sind auszumachen?

Heft 3: „Die gespaltene Gesellschaft: Der Fall Österreich"

Aktuelle Debatten um die Krise und die Erosion des Wohlfahrtsstaates, die Abstiegsängste der „Mitte", um Migration / Integration, um Prekarisierung und Perspektivlosigkeit vor allem Jugendlicher, zeichnen in westeuropäischen Ländern das Bild einer gespaltenen Gesellschaft. Woher kommt die diesbezügliche Untergangsstimmung, ist sie berechtigt und wie kann der „gespaltenen Gesellschaft" entgegen gearbeitet werden?

Heft 4: „Alter: Das neue alte Risiko?"

Pensionsversicherung ist mehr als nur eine Finanzierungsfrage: Hier manifestiert sich die Richtung(sänderung) der zukünftigen Sozialpolitik. Was bedeuten die Verluste der privaten Pensionsfonds in der jüngsten Krise, die Zukunft der Arbeit und die wachsende Verteilungsungleichheit für die Alterssicherung?

ARTS & CULTURE & EDUCATION

herausgegeben von
Agnieszka Czejkowska

Die Reihe ARTS & CULTURE & EDUCATION erscheint mit zwei Themenbänden pro Jahr, die von Einzelpersonen, Kollektiven oder Institutionen verantwortet werden. Zwischen Zeitschrift und Buch angesiedelt, bietet sie innovativen wie internationalen Ansätzen zu Erziehungs- und Bildungsprozessen eine Plattform. Die Reihe interveniert damit in der Diskussion anlässlich gegenwärtiger gesellschaftlicher Entwicklungen und befragt dabei die unterschiedlichen Diskursformen aus Kunst, Kultur und Wissenschaft. Pointiert werden gegenwärtige Diskussionen der Felder aufgezeigt und weiterentwickelt. Im Vordergrund stehen Möglichkeiten, Methoden und Strategien der aktuellen Praktiken kultureller und demokratischer Bildung.

ARTS & CULTURE & EDUCATION

imagine economy

Dieses Buch bietet ein kleines Glossar der wichtigsten Metaphern im wirtschaftspolitischen Diskurs. Die mit diesen Begriffen transportierten Bilder und Assoziationen werden explizit gemacht und ihre Konnotationen und Ausblendungen kritisch beleuchtet.

Mit Beiträgen von:
Hans Asenbaum
Linda Bilda
elffriede.interdisziplinäre.aufzeichnensysteme
Klemens Himpele
Louise Horvath & Susanne Mayer
Alban Knecht & Michaela Neumayr
LAAS
Bernhard Leubolt
Katharina Meichenitsch
Katharina Muhr
Walter Ötsch
Philipp Poyntner & Daniel Siegrist
Oliver Prausmüller
Armin Puller
Anita Roitner
Elisabeth Springler
Eva Vasari
Beat Weber
Ruth Wodak

ISBN 978-3-85409-614-6